

*Rechenschaftsbericht
des Regierungsrates*

Inhaltsverzeichnis

Behörden

1. Kantonsrat.....	5
2. Regierungsrat.....	7

Staatskanzlei

1. Schwerpunkte	25
2. Rechtsdienst/Kanzlei	26
3. Zentrale Dienste.....	29
4. Staatsarchiv	30
5. Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag	31

Finanzdepartement

1. Allgemeines.....	33
2. Amt für Finanzen	35
3. Personalamt	41
4. Steueramt.....	43
5. Erlasswesen	44
6. Amt für Informatik und Organisation.....	45
7. Finanzkontrolle.....	47
8. Amtschreibereien.....	48
9. Amtschreiberei-Inspektorat	49

Departement des Innern

1. Allgemeines.....	51
2. Gesundheitsamt	51
3. Spitalamt	55
4. Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (AGS).....	57
5. Amt für öffentliche Sicherheit	72
6. Kantonspolizei	79

Volkswirtschaftsdepartement

1. Überblick	82
2. Departementssekretariat/Rechtsdienst	83
3. Europafachstelle, grenzüberschreitende und interkantonale Beziehungen	85
4. Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA.....	86
5. Kantonsforstamt	89
6. Abteilung Jagd und Fischerei.....	92
7. Amt für Landwirtschaft ALW	95
8. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz AMB	97
9. Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht ABVS	103
10. Ausübung der Aufsicht über die Solothurnische Gebäudeversicherung SGV.....	105
11. Tätigkeit der Aufsichtskommission, AHV, IV und Familienausgleichskassen.....	106

Bau- und Justizdepartement (BJD)

1. Allgemeines.....	110
2. Amt für Raumplanung (ARP)	112
3. Hochbauamt (HBA).....	115
4. Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT)	119
5. Amt für Umwelt (AFU)	121
6. Amt für Denkmalpflege und Archäologie (ADA)	126
7. Amt für Geoinformation (AGI)	127

Departement für Bildung und Kultur

1. Allgemeines.....	129
2. Stab.....	129
3. Kindergarten und Volksschule	135
4. Mittelschulen und Hochschulen.....	137
5. Berufsbildung und Berufsberatung.....	150
6. Amt für Kultur und Sport.....	156

Behörden

1. Kantonsrat

1.1. Ratsstatistik und Allgemeines

Der Kantonsrat wurde im Berichtsjahr von Gabriele Plüss, FdP, Soziologin/Stadträtin, Olten, präsiert. Es fanden 7 Sessionen mit insgesamt 16 halbtägigen Sitzungen statt. Es wurden behandelt: 58 Sachgeschäfte; 22 rechtsetzende Erlasse; 32 Wahlgeschäfte; 1 Verordnungsveto; 1 Volksinitiative; 0 Volksmotionen; 6 Aufträge; 21 Motionen; 12 Postulate; 45 Interpellationen. 3 Kleine Anfragen konnten nach der Beantwortung durch den Regierungsrat abgeschrieben werden. Es wurden neu eingereicht: 0 Volksmotionen; 26 Aufträge; 33 Motionen; 17 Postulate; 47 Interpellationen; 3 Kleine Anfragen.

Im Berichtsjahr waren folgende Neueintritte zu verzeichnen: Am 27. Januar 2004 Urs Allemann (CVP), Rüttenen (als Nachfolger von Anna Mannhart), Daniel Bloch (SP), Härkingen (als Nachfolger von Rudolf Burri), Alfons Ernst (CVP), Niedergösgen (als Nachfolger von Otto Meier), Adrian Flury (CVP), Lommiswil (als Nachfolger von Theo Heiri), Urs Nyffeler (SVP), Rechterswil (als Nachfolger von Walter Mathys); am 16. März 2004 Robert Gerber (FdP), Grenchen (als Nachfolger von Stefan Ruchti), Andrea Meier-Hodler (SP), Schönenwerd (als Nachfolgerin von Bea Heim); am 22. Juni 2004 Josef Galli (SVP), Deitingen (als Nachfolger von Peter Lüscher), Stephan Schöni (FdP), Zuchwil (als Nachfolger von Urs Hasler); am 31. August 2004 Heinz Bucher (FdP), Messen (als Nachfolger von Theodor Kocher); am 2. November 2004 Adrian Würigler (SP), Solothurn (als Nachfolger von Anne Allemann).

Es fanden 67 teilweise ganztägige kantonsrätliche Kommissionssitzungen statt, in denen Staatskanzlei und Parlamentsdienste das Aktuariat besorgten. Die Sitzungen teilten sich auf in: Büro des Kantonsrates: 12; Finanzkommission: 13; Geschäftsprüfungskommission: 7; Justizkommission: 9; Bildungs- und Kulturkommission: 6; Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission: 7; Sozial- und Gesundheitskommission: 8. Die Redaktionskommission behandelte alle Geschäfte im Zirkulationsverfahren. Spezialkommissionen: Teilrevision des Gemeindegesetzes: 2; Wirkungsorientierte Verwaltungsführung: 3.

1.2. Besondere Parlamentsrechte

Der Regierungsrat hat dem Kantonsrat im Berichtsjahr 26 Verordnungen oder Verordnungsänderungen unterbreitet; gegen 1 wurde das Veto ergriffen, vom Kantonsrat aber abgelehnt.

Stellungnahmen des Kantonsrates zu Vernehmlassungen des Regierungsrates an Bundesbehörden (Art. 76 Abs. 1 Bst. h KV)

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr dem Büro des Kantonsrates 62 Vernehmlassungsvorlagen von Bundesbehörden unterbreitet. Das Büro hat in allen Fällen auf eine Mitwirkung des Kantonsrates verzichtet.

1.3. Büro des Kantonsrates

Im Berichtsjahr empfing das Büro des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt zu einem Gegenbesuch im Kanton Solothurn.

Das Büro hat im Berichtsjahr 12 Sitzungen abgehalten, an denen es sich vorwiegend mit Fragen des Ratsbetriebes befasst hat. Folgende Beschlüsse seien hervorgehoben:

In mehreren Sitzungen befasste sich das Büro des Kantonsrates mit der Situation der ehemaligen Solothurner Kantonalbank und der ehemaligen Bank in Kriegstetten (BiK). Durch aussergerichtlichen Vergleich über einen Betrag von 910'000 Franken, die vollumfänglich dem Kanton Solothurn zugute kommen, konnte auch das letzte offene Verantwortlichkeitsverfahren – das gegen die ehemaligen Organe der Bank in Kriegstetten – erledigt werden. Mit diesem Vergleich wurde ein Schlusstrich auch unter die seit einem Jahrzehnt dauernde Auseinandersetzung über die Frage der Verantwortlichkeiten im Zusammenhang mit dem Untergang der BiK gezogen. Zu diesem Schritt hat sich das Büro des Kantonsrats insbesondere deshalb entschlossen, weil mit einem schwierigen und entsprechend langen Verfahren gegen die damaligen Organe der BiK gerechnet werden musste. Das Verhältnis von Aufwand und Ertrag hätte sich mit grosser Wahrscheinlichkeit zunehmend verschlechtert, zumal der Sachverhalt lange zurückliegt, was die Beweisführung in einem allfälligen Gerichtsverfahren erheblich erschwert hätte.

Nachdem die wirkungsorientierte Verwaltungsführung per 1. Januar 2005 definitiv und flächendeckend für die ganze Verwaltung eingeführt wird, hat der Kantonsrat erstmals auch für die Parlamentsdienste ein Globalbudget mit Leistungsauftrag beschlossen.

2. Regierungsrat

2.1. Allgemeines

Der Regierungsrat wurde 2004 von Frau Landammann Ruth Gisi geleitet. 2004 wurden an 48 Sitzungen 2633 Beschlüsse gefasst.

2.1.1. Regierungsgeschäfte

Nicht nur die beiden eidgenössischen Abstimmungen über das Steuerpaket und den Neuen Finanzausgleich verliefen im Jahre 2004 im Sinne des Regierungsrates, auch in der Staatsrechnung über das Jahr 2003 und im Voranschlag für das Jahr 2005 erzeigten sich erstmals seit vielen Jahren wieder Überschüsse. Diesen Teilerfolgen auf dem Weg zur Haushaltsanierung müssen weitere Schritte folgen; die Ausgaben- und Budgetdisziplin bleibt weiterhin oberstes Gebot. Mit der Zustimmung des Volkes zu verschiedenen Änderungen der Kantonsverfassung, so zur Zentralisierung der Oberämter und der Amtschreibereien für die Amteien Solothurn-Lebern und Bucheggberg-Waseramt (Inkrafttreten 1.1.05), zur wirkungsorientierten Verwaltungsführung (Inkrafttreten 1.1.05), zur Reform der Strafverfolgung (Inkrafttreten 1.8.05) und der Einführung der selbstständigen Gerichtsverwaltung (Inkrafttreten 1.8.05), gelangten mehrere in der letzten Zeit initiierte Grossprojekte zum erfolgreichen Abschluss. Sie alle verfolgen den Zweck einer besseren Ausnutzung der Ressourcen; Synergien werden nutzbar gemacht und letztlich wirkt sich das Ganze auch positiv auf den Staatshaushalt aus. Nach der Zustimmung des Volkes zur Umwandlung des Bezirksspitals Thierstein konnte Anfang 2004 über das weitere Vorgehen beschlossen werden. Damit ist der lückenlose Übergang von der bisherigen zur neuen Trägerschaft gesichert und die Arbeiten für die Spitalumwandlung können weitergehen. Die Änderung des Volksschulgesetzes schuf die Rechtsgrundlagen zum Vorgehen gegen Störungen des Schulunterrichts. Im Fachhochschulbereich konnte, gestützt auf die Einigung unter den Nordwestschweizer Kantonen AG, BL, BS und SO, der Entwurf eines Staatsvertrages zur Schaffung einer gemeinsamen Fachhochschule Nordwestschweiz in die Vernehmlassung gegeben werden. Ebenfalls in die Vernehmlassung ging der Entwurf des neuen Sozialgesetzes, das die mit der Aufgabenreform «soziale Sicherheit» eingeleitete Aufgabenteilung Kanton – Einwohnergemeinden abschliessen und 14 bisherige Gesetze aus dem Bereich der sozialen Sicherheit zusammenfassen wird. Nach der Verabschiedung von Botschaft und Entwurf für eine Änderung des Gesetzes über das Staatspersonal und der Schulgesetzgebung im Kantonsrat stand der Unterzeichnung des Gesamtarbeitsvertrages im Herbst 2004 nichts mehr im Wege. Dieses für die Schweiz einmalige Vertragswerk gilt für sämtliche Angestellten des Kantons und trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Mit der Internetstellung aller (öffentlichen) Regierungsratsbeschlüsse, rückwirkend auf den 1. Januar 2003, ergänzte der Kanton das seit diesem Zeitpunkt geltende Öffentlichkeitsprinzip auf sinnvolle Weise.

Regierungsrat

2.1.2. Anlässe/Aussprachen

Der Regierungsrat traf sich im Berichtsjahr mit den Gemeindepräsidien von Brugglen, Küttigkofen, Kyburg-Buchegg, Lüsslingen, Lüterkofen-Ichertswil, Nennigkofen, Biberist, Derendingen, Gerlafingen, Lohn-Ammannsegg, Luterbach, Zuchwil, Aeschi, Bolken, Etziken, Heinrichswil-Winistorf, Hersiwil, Horiwil, Hüniken, Steinhof, Aedermannsdorf, Balsthal, Gänsbrunnen, Herbetswil, Holderbank, Laupersdorf, Matzendorf, Mümliswil-Ramiswil, Welschenrohr. Mit dem Gemeinderat Eppenberg-Wöschnau führte er am 26. August 2004 eine ausserordentliche Aussprache durch.

Weitere Aussprachen fanden mit den Präsidien der Bürgergemeinden der Amtei Dorneck-Thierstein, mit dem Verband Soloth. Einwohnergemeinden (VSEG) und dem Verband Soloth. Bürgergemeinden und Waldeigentümer sowie dem Obergericht statt.

Der Regierungsrat empfing die für den Kanton Zuständigen von «Die Post», die ehemaligen Regierungsräte, den Verwaltungsratspräsidenten und die Geschäftsleitung der Atel sowie den Verwaltungsratspräsidenten/CEO der Synthes-Stratec, Oberdorf.

Zu den sich wiederholenden Anlässen gehörten Empfänge von hohen Offizieren, der solothurnischen interkonfessionellen Konferenz (SIKO) und Begegnungen mit Vertretern des Bistums Basel und des Klosters Mariastein.

2004 wurden 13 Hundertjährige geehrt.

Regelmässige Aussprachen fanden auch mit Vertretern aus der Politik wie eidg. Parlamentarier, Wirtschaft und Verbände statt, weitere Begegnungen wurden auf Schloss Waldegg im Rahmen der Aktivitäten des Begegnungszentrums durchgeführt.

Jedes Jahr vergibt der Regierungsrat Werkjahrbeiträge, Sport- und Kunstpreise.

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben sich einmal zum Gespräch getroffen und es fanden 3 Arbeitsausschuss-Sitzungen sowie 2 Zusammenkünfte mit den NWS-Ständeräten statt.

Der Regierungsrat nahm an verschiedenen Jubiläumsfeierlichkeiten teil, so am Jubiläum des Kantons Jura, an Firmen-, und Gemeindejubiläen. Ebenso nahm er an der offiziellen Gedenkfeier für die Opfer des Brandunglücks von Gretzenbach sowie an der Einweihung der Neubaustrecke Bahn 2000 teil.

Die Kontakte mit den Medien wurden durch regelmässige Medienkonferenzen und Begegnungen bei weiteren Anlässen aufrechterhalten.

2.1.3. Information der Öffentlichkeit

Tätigkeiten	2003	2004
Anzahl Medienversände nach RR-Sitzungen	53	47
Anzahl Medienmitteilungen	327	312
Anzahl Medienkonferenzen inkl. Fototermine	17	25
Anzahl akkreditierte Medien	51	54

Im Schnitt wurden auch im 2004 täglich fünf bis sieben Medienauskünfte erteilt, Interviews vermittelt und begleitet, Medienunterlagen zusammengestellt sowie Medienschaffende mit den richtigen Stellen in Kontakt gebracht.

Im Bereich der internen Ausbildung (inkl. Polizei) war der Medienbeauftragte des Regierungsrates wiederum an rund 15 Tagen als Medientrainer im Einsatz. Dazu wurden die Kursunterlagen von Grund auf überarbeitet, aktualisiert und neu gestaltet.

Verschiedene Anfragen für Referate zum Thema «Kommunikation» wurden angenommen (Institut für Medienwissenschaften der Uni Bern, Kirchgemeinden und Gemeinden).

Der Erfahrungsaustausch mit den Informationsdiensten anderer Kantone wurde weiter gepflegt (AG, BE, SG).

In Fragen der Öffentlichkeitsarbeit stand der Medienbeauftragte den Departementen und Ämtern wiederum beratend zur Seite. Im Rahmen seiner Funktion hat er auch im Kantonalen Führungstab und in der Kommunikationsgruppe des Espace Mittelland mitgewirkt.

2.2 Vollzugskontrolle zur Jahresplanung des Regierungsrates für das Jahr 2004

Jahresplanung: RRB Nr. 2004/245 vom 26. Januar 2004

Vollzugskontrolle: RRB Nr. 2005/556 vom 1. März 2005

1. Lebensqualität durch Solidarität, Sicherheit und Nachhaltigkeit erhalten	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
1.1. Umwelt und Raum als Lebensgrundlagen schützen			
• Totalrevision Wasserrechtsgesetz (Vernehmlassungsentwurf)		X	Interner Entwurf liegt vor. Verzögerung wegen Umständen beim externen Experten.
• Teilrevision Planungs- und Baugesetz (verwaltungsinterner Vernehmlassungsentwurf)	X		Vernehmlassungsentwurf BJD vom 9. Dezember 2004
• Verkehrspolitisches Leitbild (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1789 vom 30. August 2004; KRB Nr. 187/2004 vom 3. November 2004
• Bericht zum Richtplan-Controlling (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1790 vom 30. August 2004; KRB Nr. 188/2004 vom 3. November 2004
• Richtplananpassung wegen verkehrsinintensiver Grossprojekte und Deponieplanung rechtskräftig		X	Öffentliche Auflage führte zu grosser Kritik? Änderungen notwendig. Erledigung i.S. Grossprojekte im 1. Quartal 2005, Deponieplanung im 4. Quartal 2005
• Verlängerung Mehrjahresprogramm Natur- und Landschaft bis 2008 (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2003/2088 vom 18. November 2003; KRB Nr. 80/2004 vom 16. März 2004
• Teilrevision des Energiegesetzes (Vernehmlassung, Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/2033 vom 27. September 2004; KRB Nr. RG 183a/2004 vom 15. Dezember 2004

1. Lebensqualität durch Solidarität, Sicherheit und Nachhaltigkeit erhalten	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
Energiekonzept anpassen	X		XRRB Nr. 2004/481 vom 2. März 2004; KRB Nr. SGV 032/2004 vom 15. Dezember 2004
1.2 Qualitativ hoch stehende, wirtschaftliche Spitalversorgung sicherstellen			
Zusammenarbeit zwischen Spitälern Grenchen und Solothurn mittels KRB festlegen	X		RRB Nr. 2004/230 vom 26. Januar 2004; KRB Nr. SGB 013/2004 vom 12. Mai 2004
1.3 Sicherheit und Schutz bieten			
Selbstständige Gerichtsverwaltung (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/621 vom 23. März 2004; KRB Nr. 133/2004 vom 23. Juni 2004
Einführungsgesetz zur eidgenössischen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzgebung (Botschaft und Entwurf)		X	RRB Nr. 2004/2236 vom 9. November 2004 Behandlung im KR: Januar-Session 2005
Verordnung über den Bevölkerungs- und Zivilschutz		X	RRB: Juli 2005

2. Partnerschaft nach innen und aussen ausbauen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
2.1 Gegenseitiges Verständnis zwischen Behörden, Verwaltung und Öffentlichkeit fördern			
öffentliche Regierungsratsbeschlüsse im Internet publizieren	X		RRB Nr. 2004/1554 vom 6. Juli 2004, Publikation rückwirkend auf 1.1.03
2.2 Gemeinden erhalten und Zusammenarbeit fördern			
Teilrevision Gemeindegesetz (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/2035 vom 27. September 2004

Regierungsrat

2. Partnerschaft nach innen und aussen ausbauen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
2.3 Zusammenarbeit über die Grenzen intensivieren			
Mitgründen eines Ausbildungskonkordats mit den Kantonen der Zentral- und der Nordwestschweiz zwecks Errichten und Betreiben einer gemeinsamen Polizeischule für die Grund- und Weiterausbildung von Polizeikräften	X		RRB Nr. 2004/429 vom 24. Februar 2004 KRB RG 030/2004 vom 11. Mai 2004 RRB Nr. 2004/1863 vom 7. September 2004
Agglomerationsprogramm Netzstadt Mittelland/OGG fristgerecht zu Handen des Bundes erarbeiten	X		Erarbeitung erfolgt. Allerdings ist Frist durch «AVANTI-Abstimmung» hinfällig geworden.

3. Zukunftsfähigen Staat durch gesunde Staatsfinanzen und wirkungsorientierte Verwaltung sicherstellen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
3.1 Finanzhaushalt stabilisieren			
Subventionsbericht mit Handlungsempfehlungen vorlegen (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/2025 vom 27. September 2004
Vollzug NFA (Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kanton) vorbereiten	X		- Wahl der Mitglieder der Projektorganisation «NFA-Umsetzung Kanton Solothurn» (RRB Nr. 2004/242 vom 26. Januar 2004) - Mandatserteilung Teilprojekte (RRB Nr. 2004/785 vom 6. April 2004) - Genehmigung Zwischenbericht Phase Grobkonzept (RRB Nr. 2004/2167 vom 25. Oktober 2004)

3. Zukunftsfähigen Staat durch gesunde Staatsfinanzen und wirkungsorientierte Verwaltung sicherstellen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
3.2 Staatliche Strukturen und Instrumente verbessern			
• Vollzugsverordnung zum WoV-Gesetz vorbereiten	X		RRB Nr. 2004/1560 vom 6. Juli 2004
• Flächendeckende Einführung Globalbudgets vorbereiten	X		Mit Botschaft und Entwurf des Regierungsrates zum Vorschlag 2005 erledigt (RRB Nr. 2004/1848 vom 7. September 2004).
• Flächendeckende Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung ab 1. Januar 2005 vorbereiten	X		Mit Botschaft und Entwurf des Regierungsrates zum Vorschlag 2005 erledigt (RRB Nr. 2004/1848 vom 7. September 2004).
• Neue Instrumente für die politische Planung unter WoV (insbesondere Integrierte Aufgaben- und Finanzplanung [IAFP]) vorbereiten		X	Arbeiten sind initialisiert, Projekt dauert aber bis Ende August 2005.
• Umsetzung So+-Massnahme Nr. 29 (wirkungsorientierte Ausgestaltung der Staatsbeiträge und Befristung der Erlasse) starten		X	Arbeiten werden im Jahr 2005 an die Hand genommen. Es besteht hier eine Abhängigkeit zum Subventionsbericht, welcher im Kantonsrat noch nicht behandelt worden ist.
• Umsetzung So+-Massnahme Nr. 40 (ausgewogene Verteilung der Sachgebiete auf die Departemente) starten		X	Arbeiten werden allenfalls im Anschluss an die Gesamterneuerungswahlen des RR erledigt.
• Detailkonzept für ein Personalcontrolling erarbeiten		X	Mit RRB Nr. 2204/1961 vom 21. September 2004 wurde das Grobkonzept verabschiedet.
• Neues Personalinformationssystem mit Gehaltsapplikation vorbereiten	X		Die Arbeiten laufen. Der KR bewilligte am 2. November 2004 (Nr. 179/2004) gestützt auf B+E des RR (Nr. 2004/1920) einen Verpflichtungskredit von 1,994 Mio. Franken.

Regierungsrat

3. Zukunftsfähigen Staat durch gesunde Staatsfinanzen und wirkungsorientierte Verwaltung sicherstellen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
Archivgesetz (Vernehmlassungsentwurf, Botschaft und Entwurf)		X	Verzögerung wegen zwischen-geschalteter interner Vernehm-lassung. Externe Vernehm-lassung mit RRB Nr. 2622 vom 21. Dezember 2004 initiiert.
Polizeiposten Olten (Umbau; Botschaft und Entwurf)		X	Geänderte Rahmenbedingun-gen machen Vergleich Neubau-Mietlösung notwendig.
Franziskanerhof Solothurn (Umbau; Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/377 vom 17. Februar 2004; KRB Nr. 105/2004 vom 11. Juni 2004
Kantonsspital Olten (Abschluss Fassade und Ambulatorium)	X		
PKS Langendorf (Schlussetappe, Abschluss Neubau Haus 3)	X		
KJPS Langendorf (Abschluss Umbau und Sanierung)	X		
3.3 Gezielte Personalentwicklung realisieren			
Verhandlungen über den Gesamt-arbeitsvertrag abschliessen	X		Der GAV wurde am 25. Oktober 2004 allseitig unterzeichnet.
Arbeitssicherheit erhöhen und Gesund-heit der Mitarbeitenden fördern (Detailkonzept erarbeiten)		X	Mit RRB Nr. 2004/1962 vom 21. September 2004 wurde das Grobkonzept verabschiedet.
Pilotprojekt für eine Kindertagesstätte zu Gunsten des Staatspersonals verlängern (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1057 vom 18. Mai 2004; KRB Nr. 086/2004 vom 23. Juni 2004: Verlängerung bis Ende 2006.

4. Bildung und Kultur als Chance für Solothurn wahrnehmen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
4.1 Gesellschaftliche Entwicklungen in der Volksschule umsetzen			
Ausgestaltung und Gliederung der Sekundarstufe I (Vernehmlassungsentwurf)	X		Der Vernehmlassungsentwurf wurde mit RRB Nr. 2004/2621 vom 21.12.2004 zu Händen der Vernehmlassung beschlossen. Die Vernehmlassungsfrist endet am 18. März 2005.
Gegenvorschlag und LSO-Initiative Geleitete Schulen (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1542 vom 6. Juli 2004. KRB Nr. VI 138/2004 vom 3. November 2004. Die Volksabstimmung aufgrund des obligatorischen Referendums findet am 24. April 2005 statt.
Disziplinar- und Erziehungsmassnahmen (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1300 vom 21. Juni 2004. KRB Nr. RG 097/2004 vom 31. August 2004. RRB Nr. 2004/2618 vom 21.12.2004 (Inkrafttreten per 1.1.2005).
Verabschiedung Heilpädagogisches Konzept		X	Das Heilpädagogische Konzept beeinflusst nicht nur den Sonderschulungsbereich, sondern auch die Volksschule nachhaltig (Früherfassung, Integration, Wachstums- und Finanzsteuerung). Nach der Zustimmung des Schweizer Volkes zur NFA-Vorlage wurde ein interner Entwurf erstellt, der 2005 zu Händen der politischen Diskussion lanciert werden soll.

Regierungsrat

4. Bildung und Kultur als Chance für Solothurn wahrnehmen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
4.2 Mittelschulen stärken			
• Anpassung Maturitätsverordnung aufgrund der Evaluation der neuen Maturitätslehrgänge	X		RRB Nr. 2004/1015 vom 10. Mai 2004
• Neue Lehrgänge der Fachmittelschulen einführen	X		KRB RG 162/2003 vom 17. Dezember 2003; RRB Nr. 2004/1013 und /1014 vom 10. Mai 2004; RRB Nr. 2004/1064 vom 18. Mai 2004.
• Neues Mittelschulgesetz zusammen mit Sek-I-Reform (Vernehmlassungsentwurf)	X		Der Vernehmlassungsentwurf wurde mit RRB Nr. 2004/2621 vom 21.12.2004 zu Handen der Vernehmlassung beschlossen. Die Vernehmlassungsfrist endet am 18. März 2005.
4.3 Übergang Schule–Berufswelt verbessern			
• Abschluss des Lehrstellenbeschlusses 2 des Bundes. Nachhaltigkeit des Lehrstellenmarketings innerkantonale verankern	X		Anstellung 100% Lehrstellenförderer ab 1.8.2004. Schlussbericht LSB II vom 12. November 2004.
• Schrittweise Umsetzung neues Berufsbildungsgesetz Bund		X	Laufende Anpassung innerhalb der Übergangsfrist 2003–2008
4.4 Berufsschulen stärken			
• Umsetzung neue Führungsstrukturen an den beiden Berufsbildungszentren Ost und West	X		RRB Nr. 2003/1034 vom 3. Juni 2003
4.5 Lehrerseminar zur pädagogischen Fachhochschule entwickeln			
• Neuregelung Lehrerinnen- und Lehrerweiterbildung im Rahmen des GAV		X	RRB Nr. 2004/1392 vom 29. Juni 2004 (Verlängerung geltende Ordnung). Eine Neuregelung erfolgt 2005, auch abgestimmt auf die initiierte Integration der PH in die FHNW.

4. Bildung und Kultur als Chance für Solothurn wahrnehmen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
4.6 Fachhochschule Solothurn als Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz positionieren			
Planungen zum künftigen Ausbau der Fachhochschule in Olten weiterführen		X	RRB Nr. 2003/2269 vom 8. Dezember 2003 (Landerwerb).
Fusion der Nordwestschweizer Fachhochschulen (Vernehmlassungsentwurf)	X		RRB Nr. 2004/1080 vom 18. Mai 2004 (Eröffnung Vernehmlassung). RRB Nr. 2004/2270 vom 9. November 2004 (Abschluss Staatsvertrag, KR-Vorlage).
4.7 Kulturelle Vielfalt und Begegnungen fördern			
Totalrevision Verordnung des Kantonalen Kuratoriums für Kulturförderung	X		RRB Nr. 2004/243 vom 26. Januar 2004 (Verordnung) und RRB Nr. 2004/909 vom 27. April 2004 (Verordnungsveto); KRB Nr. VET 048/2004 vom 11. Mai 2004

5. Attraktivität des Wirtschafts- und Arbeitsortes weiter ausbauen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
5.1 Rahmenbedingungen für die Wirtschaft optimieren			
Konzept zur Prüfung der KMU-Verträglichkeit erstellen		X	Im Anschluss an den Bericht der Arbeitsgruppe «Kampf gegen die staatliche Bürokratie» (RRB Nr. 2004/1539 vom 6. Juli 2004) werden die Konzeptarbeiten zur KMU-Verträglichkeitsprüfung begonnen.
Verfahrensabläufe der Kommission der kantonalen Arbeitsmarktpolitik (KAP) zur Umsetzung der flankierenden Massnahmen festlegen. Einführungsverordnung zum Entsendegesetz (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/898 vom 27. April 2004; KRB Nr. RG 056a/2004
Gesetzgebung zur wirtschaftlichen Landesversorgung anpassen (verwaltungsinterner Entwurf)		X	Ausarbeitung erfolgt im Jahr 2005

Regierungsrat

5. Attraktivität des Wirtschafts- und Arbeitsortes weiter ausbauen	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
Strukturen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit festlegen (verwaltungsinterner Entwurf).		X	Das grundlegende Bundesgesetz wurde vom Parlament definitiv verabschiedet. Im 1. Quartal 2005 wird auf der Grundlage des Entsendegesetzes im AWA eine Arbeitsmarktkontrollstelle geschaffen.
5.2 Verkehrsinfrastruktur ausbauen und optimieren			
Solothurn, Entlastung West: Erschliessungsplan rechtskräftig		X	Umfangreiche Einsprachen (50). RRB am 18. Januar 2005
Entlastung Region Olten: Ingenieurmandate (Brücke, Tunnel, Trasse) erteilt		X	In der Zwischenzeit beschlossene und durchgeführte «Mitwirkung» ergibt Verzögerung von sechs Monaten.
Teilrevision Gesetz über den öffentlichen Verkehr (Vernehmlassungsentwurf)	X		Departementsentwurf vom 8. Juli 2004. Vernehmlassung gestoppt wegen Vorstössen im Kantonsrat (Finanzierung)
«ö.V.-Übergangsprogramm 2005» (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/250 vom 28. Januar 2004; KRB Nr. 81/2004 vom 16. März 2004
Schwerverkehrskontrollzentrum Oensingen (Planaufgabe)		X	Verzögerung wegen Bund

6. Soziale Sicherheit erhalten	erledigt	nicht erledigt	Bemerkungen
6.1 Menschen vor sozialen Notlagen und Arbeitslosigkeit schützen, Folgen der Arbeitslosigkeit mildern			
Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIG) und Vollzugsverordnung (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1009 vom 10. Mai 2004 KRB Nr. RG 070/2004 vom 31. August 2004 RRB Nr. 2004/2541 vom 14. Dezember 2004 RRB Nr. 2004/2542 vom 14. Dezember 2004
Einführungsgesetz Arbeitsvermittlungsgesetz (AVG) und Vollzugsverordnung (Botschaft und Entwurf)	X		RRB Nr. 2004/1009 vom 10. Mai 2004 KRB Nr. RG 070/2004 vom 31. August 2004 RRB Nr. 2004/2541 vom 14. Dezember 2004 RRB Nr. 2004/2542 vom 14. Dezember 2004
6.2 Menschen in wirtschaftlich bescheidenen Verhältnissen und sozialen Notlagen unterstützen			
6.3 Dienstleistungen in straffen Prozessen und einfachen Strukturen erbringen			
Sozialgesetz (Vernehmlassungsentwurf, Botschaft und Entwurf)		X	Vernehmlassung abgeschlossen (RRB Nr. 2004/2602 vom 21.12.2004) Botschaft und Entwurf bis 30. April 2005
6.4 Missbräuche verstärkt bekämpfen			

2.3. Regionalkonferenz der Regierungen der Nordwestschweiz

Die durch den Kanton Aargau (Regierungsrat Ernst Hasler) geleitete Vereinigung traf sich zu einer Plenar- und mehreren Ausschusssitzungen. Vertreter des Kantons im Ausschuss, der die Plenarsitzungen vorbereitet und die laufenden Geschäfte erledigt, ist Regierungsrat Roberto Zanetti.

Hauptthemen der Plenarsitzung vom 11. Juni 2004 in Meisterschwanden (AG) waren die Neue Regionalpolitik des Bundes (NRP), der Abschluss einer neuen Vereinbarung über die Nordwestschweizer Regierungskonferenz und gegenseitige Informationen aus den regionalen Fachdirektorenkonferenzen. Zur NRP wurden Möglichkeiten des gemeinsamen Vorgehens erörtert; eine Arbeitsgruppe wird Vorschläge erarbeiten zu einer gemeinsamen Stellungnahme an den Bund. Nach einer längeren Vorbereitungsphase konnte die neue Vereinbarung für die Nordwestschweizer Regierungskonferenz verabschiedet werden. Die darin zusammengeschlossenen Kantone (BE, SO, BS, BL, AG, JU und als assoziiertes Mitglied ZH) bestätigen darin ihre Mitgliedschaft an der Regierungskonferenz und beteiligen sich an den Aktivitäten der regionalen Fachdirektorenkonferenzen. Für die Vertretung der Interessen der Nordwestschweiz gegenüber (Bundes-)Bern konstituiert sich im Rahmen der NWS-Regierungskonferenz ein zweiter, engerer Kreis mit den Kantonen BS, BL, AG und SO. Diese Kantone arbeiten enger zusammen bei der Erfüllung gemeinsamer Aufgaben.

2.4. Rechenschaftsbericht ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit

Vertreter des Kantons Solothurn in der ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit, welcher sämtliche Kantone angehören, ist der Vorsteher des Finanzdepartementes. Seit 1998 präsidiert er die ch Stiftung. Der Leitende Ausschuss, das Führungsgremium der ch Stiftung, hielt im Jahr 2004 drei Sitzungen ab, an welchen unter anderem die ordentliche Stiftungsratsversammlung vom 5. Januar 2005 vorbereitet wurde.

Die Tätigkeit der ch Stiftung ist auf einige klar abgrenzbare, praktische Projekte konzentriert, die sich generell in drei Sparten einordnen lassen: Kulturaustausch über die Sprachgrenzen, Dienstleistungen für die Kantonsregierungen sowie konzeptuelle und praktische Arbeiten im Zusammenhang mit Föderalismusfragen. So führt die ch Stiftung das Sekretariat der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). Diese bezweckt, die Zusammenarbeit unter den Kantonen in ihrem Zuständigkeitsbereich zu fördern und in kantonsrelevanten Angelegenheiten des Bundes die erforderliche Koordination und Information der Kantone sicherzustellen. Aktiv ist die KdK v. a. in der Willensbildung und Entscheidungsvorbereitung im Bund sowie in der Aussen- und Integrationspolitik.

Kulturpolitische Schwerpunkte der Tätigkeit der ch Stiftung bilden der Jugend- und Lehrpersonenaustausch sowie die dem Literaturaustausch gewidmete ch Reihe. Im Auftrag der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und des Bundes fördert und koordiniert die ch Stiftung den Austausch von Schülerinnen und Schülern, Lehrpersonen sowie Lehrtöchtern und Lehrlingen im Rahmen der offiziellen Fach- und Koordinationsstelle «ch Jugendaustausch». Hinzu tritt das im Auftrag des Staatssekretariats für Wirtschaft (seco) betreute Projekt «Offene Stellen», in welchem stellenlosen Lehr- und Studienabgängern eine Praktikumsstelle in einem anderssprachigen Landesteil vermittelt wird. Dem Literaturaustausch in der Schweiz dient die «ch Reihe», ein Förderprogramm für Übersetzung zeitgenössischer Literatur in die andere Landessprache.

Im Sinne einer Dienstleistung zugunsten der Kantonsregierungen führt die ch Stiftung alljährlich im Januar die ch Regierungs-Seminare durch. Diese ermöglichen den teilnehmenden Regierungsrätinnen und Regierungsräten aus der ganzen Schweiz, aktuelle Themen fundiert zu erörtern.

Ein weiterer Schwerpunkt der Stiftungsaktivitäten war das Mandat von 25 Kantonsregierungen, im Bereich der Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften und der nationalen Kohäsion eine umfassende Koordination wahrzunehmen und die kantonalen Interessen gegenüber dem Bund zu vertreten. In diesem Zusammenhang hat die ch Stiftung namentlich die Gesetzgebungsarbeiten zu einem Bundesgesetz über Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG) begleitet, wobei der Bundesrat am 28. April 2004 aus Spargründen beschlossen hat, die entsprechende Botschaft dem Parlament nicht zu unterbreiten.

Im Bemühen, den Föderalismus weiterzuentwickeln und zu erneuern, führt die ch Stiftung neu ein Monitoring zur Stärkung des Föderalismus ein.

2.5. Pflege und Förderung der Unternehmenskultur sowieso!

Unternehmenskulturen sind weder Selbstläufer noch Selbstzweck; sie sind in Verbindung mit der Strategie und der Struktur einer Organisation bewusst zu fördern und tragen wesentlich zum Erfolg einer Organisation bei. Diese Grundüberlegungen motivierten die sowieso!-Verantwortlichen, eine enge Verknüpfung von sowieso! und WoV als zentrale neue Philosophie der Staatsführung anzuregen. Das Ergebnis war ein grosser, erfolgreicher eintägiger «sowieso-WoV!-Workshop» im Januar 2004 für alle oberen Kader des Kantons, geleitet von drei Hochschulprofessoren und dem Gesamtregierungsrat in Zusammenarbeit mit den WoV- und sowieso!-Verantwortlichen des Kantons. Dies im Hinblick auf die flächendeckende Einführung von WoV.

Daneben wurde die Unternehmenskultur in den Departementen und Ämtern auf individuelle Art und Weise gefördert.

Die Kader des Kantons wurden zudem 2004 zu folgenden vier sowieso!-Clubveranstaltungen eingeladen;

Regierungsrat

- Dominique Freymond, ehemals Staatsschreiber VD, CEO Unisys, CEO TKS, Verwaltungsrat Post; «Kommunikation im Changemanagement»
- Marie-Therese Nadig, Ski-Nationalmannschafts-Trainerin; «Im Gespräch mit Marie-Therese Nadig»
- Dr. Walter Bürgi, Verwaltungsratspräsident ATEL; «Führen; eine Herausforderung!»
- Karin Schüpbach, Organisationspsychologin, Trimbach; «Frieden statt Konflikte managen, Zeitzeichen im Spiegel der Organisation, Vision für mehr Frieden und weniger Kleinkrieg – auch in der Organisation»

Die Anlässe im Wallierhof wurden regelmässig von 50 bis 70 Kaderpersonen des Kantons besucht.

In der Planung für die kommende Legislaturperiode haben die sowieso!-Verantwortlichen dem Regierungsrat empfohlen, die Genderthematik in die Regierungsziele aufzunehmen.

Förderung der inner- und interkantonalen sowie internationalen Begegnungen

Zur Förderung der Begegnung von Solothurnern und Solothurnerinnen besteht die «Solothurner Stiftung 1981/1991». Sie gewährt Beiträge an inner- und interkantonale sowie internationale Begegnungsaktionen.

Im letzten Jahr wurden insbesondere unterstützt:

- Klassenaustausche der Kantonsschulen Olten und Solothurn mit Schulen in Nord- und Osteuropa
- 8. Nationale Konferenz des Europäischen Jugendparlaments Schweiz in Solothurn vom 6. bis 9. Mai 2004 in Solothurn
- Teilnahme des Musical Chors der Kantonsschule Olten am Internationalen Chorfestival im Südtirol vom 23. bis 27. Juni 2004

Die Stiftung weist per 31. Dezember 2004 einen Saldo von Fr. 192 864.20 auf.

2.7. Tätigkeitsbericht 2004 des kantonalen Beauftragten für Information und Datenschutz

2.7.1. Ausgangslage

Der dem Regierungsrat direkt unterstellte kantonale Beauftragte für Information und Datenschutz (IDSB) erstattet jährlich einen Bericht über seine Tätigkeit (§ 32 Abs. 1 Bst.f des Informations- und Datenschutzgesetzes, InfoDG, BGS 114.1).

2.7.2. Schwerpunkte

2.7.2.1. Information

Öffentlichkeit: Der IDSB verfügt seit November 2004 über einen eigenen Internetauftritt unter www.datenschutz.so.ch. Im Internet sind insbesondere die 2004 erstellten Merkblätter «Datenschutz im E-Government für Gemeinden und kantonale Behörden» sowie «Datenschutz in den solothurnischen Kindergärten und Schulen» für jedermann abrufbar.

Gemeinden: Für die Gemeinden wurde die Tagung «Datenschutz und Öffentlichkeitsprinzip» vom 16. bis 29.9.2004 an 3 Orten durchgeführt. Schwerpunkt mässig behandelte der IDSB das Thema «E-Government». Zudem wurden Fragen aus der Praxis wie eine Checkliste «Prüfung öffentliches / nicht öffentliches Geschäft Gemeinderatssitzung» (abrufbar unter www.datenschutz.so.ch - Gemeinden) behandelt.

Kanton: Im November 2004 fand unter Leitung des IDSB wiederum der Kurs «Was ich unbedingt über den Informations- und Datenschutz wissen muss» statt. Damit erhalten Mitarbeitende von Gemeinden und Kanton eine Ausbildung zum Öffentlichkeitsprinzip (Zugang zu amtlichen Dokumenten) und Datenschutz.

2.7.2.2. Beratung

Die Anzahl Anfragen (Beratung inklusive Schlichtungen) an den IDSB blieben im Jahr 2004 unverändert hoch (> 150), davon einfache Anfragen (70, weniger als 1 Stunde Zeitaufwand), mittlere Anfragen (114, 1 Stunde bis 1 Tag Zeitaufwand), grosse Anfragen (16, mehr als 1 Tag Zeitaufwand). 41 dieser Anfragen betrafen das Öffentlichkeitsprinzip (Zugang zu amtlichen Dokumenten), insbesondere die Öffentlichkeit von Gemeinderatssitzungen, Kommissionssitzungen. Gerade anfragende Private und Gemeinden stehen oftmals unter Zeitdruck, weshalb der IDSB weiterhin eine effiziente Unterstützung anbieten wird (1. Priorität). Zunehmend scheinen Gemeinden den Einsatz von Videoüberwachung zu prüfen, z. B. zur Identifikation und Strafverfolgung von «Umweltsündern» an Abfallsammelstellen oder Sachbeschädigungen an Velos etc. in Schulhausarealen. Zwar müssen die Gemeinden solche Projekte nicht beim IDSB melden und bewilligen lassen. Aber weil es sich hier um einen schweren Eingriff in die Persönlichkeitsrechte handelt, berät der IDSB betroffene Gemeinden bei Bedarf gerne. Videoüberwachung darf nur als mildestes Mittel eingesetzt werden (Verhältnismässigkeit) und es braucht eine formell-gesetzliche Rechtsgrundlage auf Gemeindeebene, welche von der Gemeindeversammlung beschlossen wird.

Auf kantonaler Ebene seien zwei Schwerpunkte erwähnt:

Im Rahmen der geplanten Case-Management-Stellen im Sozialbereich (interinstitutionelle Zusammenarbeit) konnten grundsätzliche datenschutzrechtliche Fragen mit der IV-Stelle in konstruktiver Weise gelöst werden, z. B. gesetzliche Grundlage im Gesetz über die Aufgabenreform «soziale Sicher-

Regierungsrat

heit», Schweigepflicht (GASS-Gesetz, Zustimmung Kantonsrat vom 26. 1. 2005 mit obligatorischer Volksabstimmung).

Die öffentlichen solothurnischen Spitäler leiten nicht systematisch Diagnosedaten direkt an die obligatorischen Krankenversicherer weiter (TARMED). Damit wird im Interesse der Bevölkerung eine zweckwidrige Weiterverwendung von Diagnosedaten z.B. für die Erstellung von Risikoprofilen im überobligatorischen Bereich (z.B. starker Raucher, höhere Prämien) von vorneherein ausgeschlossen. Die Fragen im Gesundheitsbereich werden zunehmend komplexer (elektronische Vernetzung, Gesundheitskarte mit Chip etc.). Der IDSB wird daher die Bevölkerung 2005 mit dem Merkblatt «Datenschutz in den solothurnischen Spitälern» informieren.

2.7.2.3. Projekte

Zentrales Register Datensammlungen (siehe Tätigkeitsbericht 2003, S. 4, Ziel 2004): Dieses wurde rechtzeitig per Ende 2004 in der Staatskanzlei, in sämtlichen Oberämtern und beim IDSB aufgelegt. Jede Person hat kostenlos ein Einsichtsrecht. Das zentrale Register informiert über die in Gemeinden und im Kanton geführten Personendatensammlungen. Aus Kostengründen wurde auf ein vollständiges elektronisches zentrales Register verzichtet (nur die Musterdatensammlungen der Gemeinden sind unter www.datenschutz.so.ch abrufbar).

Rechtsetzung: Mehr Gesetzesvorlagen mit erheblichem Bezug zum Datenschutz als 2003 (2004: 16, 2003: 11) wurden dem IDSB zur Vernehmlassung vorgelegt (z. B. Bahnreform II, Sozialgesetz, Gemeindegesetz, Bundesgesetz über die sektoriellen Personenidentifikatoren). Mit dem neuen § 15bis der Informations- und Datenschutzverordnung (BGS 114.2) schuf der Regierungsrat am 6. Juli 2004 eine gesetzliche Grundlage für die Veröffentlichung von Personendaten (nicht besonders schützenswerte Personendaten) im Internet. Diese Bestimmung dient auch als gesetzliche Grundlage für die Veröffentlichung von öffentlichen Regierungsratsbeschlüssen.

Informatik und andere Projekte: Der Einsitz in die Informatikgruppe Verwaltung (IGV) dient dem IDSB weiterhin der Begutachtung von Informatikprojekten unter den Aspekten Datenschutz und Datensicherheit, bevor diese dem Regierungsrat vorgelegt werden. Das Projekt «Kontrolle Datenschutz und Datensicherheit im Kanton und in den Gemeinden» wurde abgeschlossen.

2.7.2.4. Kontrollen

Der IDSB führte insgesamt 6 Kontrollen durch (wovon 1 Gemeinde, 5 Kanton). In der Gemeinde konnten gewisse Mängel bei der Veröffentlichung von Gemeinderatsprotokollen im Internet behoben werden. Hervorzuheben ist

beim Kanton, dass die Kontrollen beim Schulpsychologischen Dienst und bei der Abteilung Straf- und Massnahmenvollzug ergaben, dass diese Stellen datenschutzkonform arbeiten.

2.7.3. Statistik erledigter Fälle 2004

Information (Medien, Tagungen, Ausbildungsveranstaltungen, Referate, Merkblätter usw.)	22%
Beratung (Private, Gemeinden, Kanton)	30%
– Wovon Private	11%
– Wovon Gemeinden	8%
– Wovon Kanton	11%
Projekte (Rechtsetzung, Informatik, andere)	30%
Kontrollen	4%
Grundlagen (Zusammenarbeit mit anderen Datenschutzstellen, Beobachtung von Entwicklungen in den Bereichen Öffentlichkeitsprinzip und Datenschutz)	10%
Administrativer Aufwand (nicht direkt einzelnen Aufgaben zuweisbar)	4%
Total	100%

Staatskanzlei

1. Schwerpunkte

Die Schwerpunkte 2004 in Stichworten:

Internet-Publikation aller öffentlichen Regierungsratsbeschlüsse ab 1. Januar 2003, Vorbereitung und Durchführung von 4 Volksabstimmungen, Evaluation, Anpassung und Einführung des neuen Wahl- und Abstimmungssystems WABSTI (RRB Nr. 1141 vom 1. Juni 2004), Informationsveranstaltungen für Gemeindevertreter und Wahlbüros, Installation und testweiser Ersteinsatz in der Volksabstimmung vom 28. November, Wahlkalender 2005, Vorbereitung der Kantons- und Regierungsratswahlen 2005, Einberufung der Wahlberechtigten zu den Erneuerungswahlen 2005, Erarbeitung des ersten Globalbudgets «Dienstleistungen der Staatskanzlei» für 2005–2007 (RRB Nr. 1864 vom 7. September 2004), Ersatz Grosskopierer in der Reprozentrale, Überarbeitung des Lehrmittelkatalogs, neues Bestellwesen für das Büromaterial (Intra-

Staatskanzlei

net), Projektarbeiten «salut-hello», Datenschutz: Register der Datensammlungen, Kontrolle Datenschutz und Datensicherheit im Kanton und in den Gemeinden, Merkblatt «Datenschutz im Kindergarten und in der Schule».

2. Rechtsdienst/Kanzlei

2.1. Politische Rechte

2.1.1. Volkswahlen

keine

2.1.2. Eingereichte Volksinitiativen

Einreichung	Gegenstand
6. Febr. 2004	Proporz für die Regierung

2.1.3. Standesinitiativen

keine

2.1.4. Referenden

keine

2.1.5. Volksmotionen

keine

2.1.6. Petitionen

keine

2.1.7. Volksabstimmungen Eidgenössische Abstimmungen

2004		Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
8. Februar	Gegenentwurf zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen»	47,5	29 344	48 489
	Änderung des Obligationenrechts (Miete)	47,5	31 512	44 587
	Volksinitiative «Lebenslange Verwahrung für nicht therapierbare, extrem gefährliche Sexual- und Gewaltstraftäter»	47,5	48 662	28 792
16. Mai	Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) (11. AHV-Revision)	51,5	25 008	59 994
	Finanzierung der AHV/IV durch Anhebung der Mehrwertsteuer	51,5	22 389	62 269
	Änderung von Erlassen im Bereich der Ehe- und Familienbesteuerung, der Wohneigentums- besteuerung und der Stempelabgaben (Steuerpaket)	51,5	27 057	57 947
26. September	Erleichterte Einbürgerung junger Ausländerinnen und Ausländer der zweiten Generation	57,8	30 918	64 495
	Bürgerrechtserwerb durch Geburt bei der dritten Generation	57,8	35 541	59 984
	Eidgenössische Volksinitiative «Postdienst für alle»	57,8	43 224	50 827
	Änderung des Erwerbsersatzgesetzes (für Dienstleistende und Mutterschaft)	57,8	43 019	52 325
28. November	Bundesbeschluss zur Neugestaltung des Finanz- ausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA)	35,6	41 503	16 605
	Bundesbeschluss über eine neue Finanzordnung	35,6	42 036	15 832
	Bundesgesetz über die Forschung an embryonalen Stammzellen (Stammzellen- forschungsgesetz, StFG)	35,6	37 466	20 841

2004		Stimmbeteiligung %	Ja	Nein
8. Februar	Änderung der Kantonsverfassung (Zentralisierung der Oberämter und der Amtschreibereien für die Amteien Solothurn- Lebern und Bucheggberg- Wasseramt)	47,1	62 492	12 022
	Volksinitiative «Zum Schutze der Feldhasen, Vögel und Dachse»	47,1	33 561	42 452
	Volksinitiative «Jagen ohne Treiben»	47,1	33 220	43 633
16. Mai	Änderung der Kantonsverfassung: Wirkungsorientierte Verwaltungsführung	49,1	51 235	23 585
	Änderung der Kantonsverfassung: Globalbudgetinitiative	49,1	47 364	27 009
	Änderung der Kantonsverfassung: Delegation von Finanzbefugnissen des Kantonsrates an eine kantonsrätliche Kommission	49,1	45 830	28 264
	Änderung der Kantonsverfassung: Reform der Strafverfolgung	49,1	59 478	16 197
	Verordnung über die Einführung des Bundes- gesetzes über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige (Gemeindereferendum gegen die Ausweisverordnung)	49,1	45 564	29 797
28. November	Änderung der Kantonsverfassung: Einführung der selbständigen Gerichtsverwaltung	34,8	43 787	11 776

2.1.8. Kantonale Vernehmlassungen

Im Berichtsjahr wurden im Kanton 6 Vernehmlassungsverfahren eröffnet
(in den beiden Vorjahren 13)

2004	Titel	Departement/Amt
Leitbild 2004 – Menschen mit Behinderung		Departement des Innern Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit

2004	Titel	Departement/Amt
	Einführungsgesetz zur eidgenössischen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzgebung	Volkswirtschaftsdepartement Amt für Militär und Bevölkerungsschutz Kantonale Zivilschutzverwaltung
	Errichtung und Führung der Fachhochschule Nordwestschweiz	Departement für Bildung und Kultur Amt für Mittel- und Hochschulen
	Sozialgesetz	Departement des Innern Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit
	Archivgesetz	Staatskanzlei Staatsarchiv
	Reform Sekundarstufe I; Mittelschulgesetz	Departement für Bildung und Kultur Amt für Mittel- und Hochschulen Amt für Volksschule und Kindergarten

2.2. Gesetzgebung

Botschaft und Entwurf zur Volksinitiative «Proporz für die Regierung» (RRB Nr. 1302 vom 21. Juni 2004), Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (RRB Nr. 790 vom 6. April 2004), Änderung der Informations- und Datenschutzverordnung (RRB Nr. 1554 vom 6. Juli 2004), Botschaft und Entwurf über die Zuteilung der Kantonsratssitze an die Wahlkreise (RRB Nr. 908 vom 27. April 2004), Archivgesetz: internes Mitberichtsverfahren und Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens (RRB Nr. 2622 vom 21. Dezember 2004).

3. Zentrale Dienste

Die Zentralen Dienste haben auf den 30. September 2004, am Ende der Vertragsdauer, den Vertrag mit dem Lieferanten für den Grosskopierer in der Reprozentrale aufgelöst. Diese ist neu mit zwei miteinander vernetzten Kopiersystemen ausgerüstet, welche eine rasche Erledigung der vielseitigen Reproduktionsaufträge ermöglichen. Im Weiteren haben die Zentralen Dienste bereits damit begonnen, sich nach Neulösungen für den Ersatz ihrer mechanischen Frankiermaschine umzusehen. Diese darf nur noch bis Ende 2006 eingesetzt werden, weil sie nicht mehr den aktuellen Anforderungen

Staatskanzlei

der schweizerischen Post entspricht. Es sei auch darauf hingewiesen, dass die Posttarife für die Standardbriefe ab 2004 um mehr als zehn Prozent erhöht wurden. Mit einem Bündel von Massnahmen versucht die Staatskanzlei, die Portokosten so tief wie möglich zu halten.

4. Staatsarchiv

4.1. Allgemeines

Der vom Staatsarchivar im Dezember 2003 vorgelegte Entwurf zu einem Archivgesetz wurde im Februar mit Unterstützung der Staatskanzlei überarbeitet. Der Kommentar zu Botschaft und Entwurf lag im Juni vor. Am 6. Juli leitete der Regierungsrat ein Mitberichtsverfahren in die Wege, dessen Ergebnisse in den Gesetzesentwurf einfließen. Am 21. Dezember ermächtigte der Regierungsrat die Staatskanzlei, ein Vernehmlassungsverfahren durchzuführen.

4.2. Personal

Im Februar wurde der künftige Informations- und Dokumentationsassistent Pascal Jacomet, Universitätsbibliothek Basel, im Rahmen eines Praktikums mit den archivischen Kernaufgaben (Überlieferungssicherung, Erschliessung, Bestandeserhaltung und Benutzung/Vermittlung) vertraut gemacht.

4.3. Bauliche Massnahmen

Der 1969 in Betrieb genommene Lift wurde vollständig revidiert. Aus diesem Grund musste der Lesesaal zwischen dem 3. und dem 20. August geschlossen werden. Während der Revisionswochen im Juli wurde im Lesesaal die Regalfläche für die Findmittel (Verzeichnisse, Register) erweitert.

4.4. Vor- und Zwischenarchivbereich

Das Staatsarchiv hatte im Jahr 2004 einen Zuwachs von 60 Laufmetern (21 Akzessionen) zu verzeichnen. Der den Vorarchivbereich betreuende Staatsarchivar besuchte – teilweise mehrere Male – die Staatskanzlei, die Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz in Olten, die Abteilung «Zivilstand und Bürgerrecht» des Amts für Gemeinden und soziale Sicherheit, das Amt für Wirtschaft und Arbeit und das Richteramt Solothurn-Lebern. Er sichtete die Alt-Ablagen und leitete die Ablieferung von Schriftgut und/oder die Ausarbeitung eines Registraturplans als Voraussetzung für eine Schriftgutvereinbarung in die Wege. Eine solche Vereinbarung wurde mit dem Obergericht abgeschlossen.

Für das Amt für Wirtschaft und Arbeit konnte eine externe Fachkraft zur Optimierung von Registratur und Archiv gefunden werden. Beatrice Küng, Obererlinsbach, erfasste und strukturierte zwischen Februar und Dezember die Alt-Ablagen des Bereichs «Wirtschaftsförderung».

4.5. Erschliessung

Die Auflösung des Pertinenzbestandes «Reformationsakten 1523–1547» steht kurz vor dem Abschluss. Die seit 1999 ruhende Erschliessung des Nachlasses von Robert Schöpfer (1869–1941) wurde wieder aufgenommen. Die Ratsmanuale 1600–1648 ist vollständig in fotokopierter und gebundener Form benutzbar. Die Inventarisierung der Kartei zu den Kleinratsprotokollen 1803–1827 und die Revision der Kartei der Bürgerrechte/Pässe (16.–19. Jh.) und des Katalogs der unselbstständig erschienenen Publikationen machten weitere Fortschritte.

4.6. Benützung

2004 haben 1553 Benutzerinnen und Benutzer die Dienste des Staatsarchivs in Anspruch genommen (2003: 1576). 28 vom Staatsarchiv entgegengenommene Anfragen wurden mittels Brief oder E-Mail beantwortet und in Korrespondenzdossiers abgelegt. Darüber hinaus erhielt das Staatsarchiv 149 Anfragen, die sich mit Kurz- bzw. Standardantworten erledigen liessen. Gesuche um Einsichtnahme in Akten mit schützenswerten Personendaten waren 2004 drei zu beurteilen.

4.7. Öffentlichkeitsarbeit

Archivführungen für Amtsstellen und private Gruppen wurden im Berichtsjahr 10 veranstaltet.

5. Drucksachenverwaltung/Lehrmittelverlag

5.1. Allgemeines

Das Jahr 2004 war ein turbulentes Geschäftsjahr, verursacht durch externe und interne Einflüsse. Hier einige Stichworte: viele Überstunden, eine frühzeitige Pensionierung, Personalwechsel, Umsatzrekord Lehrmittel, Umstrukturierung Büromaterial- und Drucksachenlager, Einbruch in den Büroräumen, grosser Termindruck.

5.2. Drucksachen

Die Drucksachenkosten waren etwas geringer als in den vergangenen Jahren. Weniger und kleinere Abstimmungsunterlagen sowie der Wegfall von Wahlen sind vor allem die Gründe für dieses Ergebnis. Die Papierpreise sind im Berichtsjahr durch Teuerung und Ölpreis leicht angestiegen.

5.3. Lehrmittel

Der Aussenumsatz konnte erneut stark verbessert werden. Der «Preis» für diese Umsatzsteigerung waren sehr viele Überstunden und eine starke Beanspruchung des ganzen Teams. Darunter gelitten haben auch neue Lehrmittelprojekte, die aus Kapazitätsmangel auf das Jahr 2005 verschoben werden mussten. Mitverantwortlich für den Umsatzrekord waren u.a. die beiden neuen obligatorischen Lehrmittel «Ready for English» und «Mathbu.ch». Erfreulich ist, dass dieser Geschäftsbereich profitabel ist.

5.4. Buchbindearbeiten

Die Kosten und das Auftragsvolumen waren auf tiefem Niveau stabil.

5.5. Amtsblatt

Der Rückgang der Abonnentenzahlen bedingt durch die Veröffentlichung im Internet hat sich im Moment aufgefangen und der Umsatzeinbruch bei den Inseraten konnte ebenfalls gestoppt werden. Die Anpassung des Abonnementspreises auf das Berichtsjahr half einen Teil der Mindereinnahmen zu kompensieren.

5.6. Büromaterial

Das Büromaterialangebot wurde im Herbst 2004 komplett überarbeitet, bereinigt und verkleinert. Bestellungen werden nun ausschliesslich via Intranet abgewickelt.

Finanzdepartement

1. Allgemeines

Im Berichtsjahr standen die folgenden Aufgabenbereiche im Vordergrund

- Der Finanzhimmel hellte sich im Berichtsjahr weiter auf. Das im Voranschlag budgetierte operative Defizit von 7,8 Mio. Franken war im Vergleich zu jenen in der zweiten Hälfte der Neunzigerjahre gering, aber nach wie vor konnte keine ausgeglichene Laufende Rechnung budgetiert werden. Im Voranschlag 2005 hingegen konnte erstmals seit mehreren Jahren ein Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken budgetiert werden. Die Altlasten belasten die kantonale Finanzpolitik aber nach wie vor sehr. Auch wenn das Rechnungsergebnis 2003 als sehr gut bezeichnet werden kann (Ertragsüberschuss von 17,3 Mio. Franken) und auch im Jahre 2004 mit einem guten Rechnungsabschluss gerechnet werden darf, muss doch mit aller Deutlichkeit festgestellt werden, dass bis zur vollständigen Abtragung des Bilanzfehlbetrages (Voranschlag 2005 633,9 Mio. Franken) noch Jahre vergehen werden, selbst wenn jeweils ein Ertragsüberschuss in der Grössenordnung des Rechnungsabschlusses 2003 oder des Budgets 2005 resultiert.
- Im Anschluss an die Erarbeitung der Verfassungs- und Gesetzesgrundlagen zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung bereitete das Finanzdepartement die Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung vor. Diese konnte am 6. Juli 2004 vom Regierungsrat beschlossen und auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt werden.
- Botschaft und Entwurf des Regierungsrates vom 25. November 2003 über die Änderung der Kantonsverfassung zur Einführung einer Defizitbremse und zum Abbau des Bilanzfehlbetrages innerhalb von 20 Jahren wurde am 22. Juni 2004 vom Kantonsrat beraten; er beschloss gleichentags knapp Nichteintreten.
- Am 25. Oktober 2004 verabschiedete der Regierungsrat das Grobkonzept zur Einführung der Bundesgesetzgebung über den Neuen Finanzausgleich im Kanton Solothurn. Dieses Konzept enthält erste inhaltliche Stossrichtungen über die neu in die Zuständigkeit der Kantone fallenden Aufgabengebiete, den Gesetzgebungsbedarf sowie die organisatorischen und finanziellen Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden.
- Der Regierungsrat konnte am 14. Dezember 2004 das Detailkonzept über die zukünftige Organisation des Rechtsinkassos und der Verlustscheinbewirtschaftung beraten und beschliessen. Das Rechtsinkasso im engeren Sinn (ab Betreuung) wird in fünf Kompetenzzentren zusammengefasst (zentrale Gerichtskasse für die Gerichtsgebühren, Motorfahrzeugkontrolle für die Motorfahrzeugsteuern und -gebühren, kantonales Steueramt für die Bundes- und die Kantonssteuern, Wehrpflichtersatzverwaltung für die Wehrpflichtersatzabgabe und Amt für Finanzen für die übrigen Debitoren des Kantons). Für die Verlustscheinbewirtschaftung ist das Amt für Finanzen zuständig. Die Umsetzung erfolgt per 1. Januar 2005.

Finanzdepartement

- Der Kantonsrat bewilligte am 2. November 2004 einen Verpflichtungskredit von rund 2 Millionen Franken zur Einführung des neuen Personalinformationssystems (Projekt SMILE). Damit soll das bisherige Personalinformationssystem abgelöst und die Applikation SAP HR eingeführt werden. Vorgängig wurde eine Organisationsstudie erarbeitet, welche Auskunft über den Ist-Zustand gibt und ein Grob-Sollkonzept enthält.
- Im Berichtsjahr konnte auch das umfangreiche Projekt «Subventionsüberprüfung» zu Händen des Kantonsrates verabschiedet werden (Beschluss des Regierungsrates vom 27. September 2004). Die Erwartungen der Motionäre, einen beachtlichen Teil der Staatsbeiträge aufheben zu können, erfüllten sich nicht. In diesem Bericht konnten auch die Beiträge des Bundes an den Kanton Solothurn aufgeführt werden.
- Am 21. September 2004 nahm der Regierungsrat Kenntnis von den von einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Leitlinien zur Neuausrichtung des Statistikwesens. Die wesentlichen Elemente des Berichts sind: Verzicht auf die Schaffung eines Statistikgesetzes; optimale Bereitstellung von vielfältigen statistischen Informationen über ein zeitgemässes Instrument nach dem Holschuldprinzip für verwaltungsinterne und verwaltungsexterne Nutzer; Verzicht auf die Zentralisierung der Statistikdienstleistungen im Amt für Finanzen. Das Amt für Finanzen wurde mit der Umsetzung beauftragt.
- Nach nahezu drei Jahren intensiver Verhandlungen zwischen den Vertragsparteien konnte am 25. Oktober 2004 der Gesamtarbeitsvertrag unterzeichnet und per 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt werden. Der Kanton Solothurn ist der erste Kanton, welcher sein Personalrecht auf der Verordnungsstufe in einem Gesamtarbeitsvertrag geregelt hat. Damit konnte ein vom Kantonsrat erteilter Auftrag erfüllt werden.
- Im Herbst des Berichtsjahres konnte die Ausbildung des Veranlagungspersonals für natürliche Personen neu organisiert werden. Diese (Basis- und Weiterbildungskurs [ab 2005]) wird von der Schweizerischen Steuerkonferenz angeboten. Die Weiterbildungskurse werden auch die interne Steuerrevisoren-Ausbildung weitgehend ablösen.
- Im Berichtsjahr wurde der automatische Versand der Steuererklärungen auch für die juristischen Personen eingeführt. Zudem wurde für diese erstmals eine Software für das elektronische Ausfüllen der Steuererklärung angeboten.
- Im Informatikbereich standen die folgenden Projekte im Vordergrund: Durchführung und Abschluss der Grossprojekte (verwaltungsweite Einführung der Finanz- und Betriebsbuchhaltung mit dem SAP-System, einheitliche Schulverwaltungslösung für alle kantonalen Schulen, neuer Formularmechanismus für die Veranlager), Einführung von Cordless-Anlagen in 3 Spitälern, Abschluss der Erschliessung der Standorte Olten, Dornach und Breitenbach mit Glasfaserleitungen, Einführung der Geschäftskontrolle in den Amtschreibereien und in der Lebensmittelkontrolle, Aufbau einer Intranet-Plattform, Aufbau eines neuen Mailsystems, Aufbau einer neuen Desktop-Plattform (Webportal) für den internen und externen Zugang zu den Anwendungen, Evaluation eines neuen Personalinformationssystems, Evaluation eines neuen Wahl- und Abstimmungssystems, Abschluss der Vereinheit-

lichung der Office-Umgebung durch die Umstellung von rund 200 Arbeitsplätzen auf die zentrale Terminalserverfarm und Projekt-Engineering für mehr als 150 EDV-Investitionsprojekte.

- Die Vorbereitungsarbeiten zur Zusammenführung der Amtschreibereien und der Oberämter in Solothurn konnten erfolgreich zu Ende geführt werden. Am 1. Januar 2005 nahmen die Amtschreiberei und das Oberamt Region Solothurn ihren Betrieb auf.

2. Amt für Finanzen

2.1. Tagesgeschäft

Zu den Tagesgeschäften des Amtes für Finanzen zählen: das Nachführen der Staatsbuchhaltung, das Erstellen der Voranschläge und der Staatsrechnungen, die Aktualisierung des Finanzplans, die Beschaffung mittel- und langfristiger Mittel, die Gehaltsadministration, der Vollzug des Finanzausgleichs der Einwohner- und der Kirchgemeinden, die Ausrichtung von Investitionsbeiträgen an die Einwohnergemeinden, das Erstellen von Statistiken, die Vorbereitung und Auswertung von Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheitsumfragen, die Betreuung des finanziellen Mitberichtsverfahrens, das So+-Projektcontrolling sowie die Mitarbeit in diversen Planungs-, Koordinations- und Vollzugsgremien.

2.2. Projekte

2.2.1. Definitive und flächendeckende Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung (WoV)

In den Jahren 2001 bis 2003 wurden die für die definitive und flächendeckende Einführung von WoV notwendigen Rechtsgrundlagen erarbeitet. Am 4. März 2003 verabschiedete der Regierungsrat die Vorlage, beinhaltend 3 Verfassungsänderungen und das Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Am 3. September 2003 beschloss der Kantonsrat die Verfassungsänderungen in 1. Lesung sowie das WoV-Gesetz mit grossem Mehr. Am 5. November 2003 verabschiedete er die Änderung der Kantonsverfassung in zweiter Lesung. Gegen das Gesetz wurde das Referendum nicht ergriffen. In der Volksabstimmung vom 16. Mai 2004 stimmten die Solothurner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger den drei Verfassungsänderungen deutlich zu. Am 6. Juli 2004 beschloss der Regierungsrat die Verordnung zum Gesetz über die wirkungsorientierte Verwaltungsführung.

Am 16. September 2004 lief die Einspruchsfrist unbenutzt ab. Die Rechtsgrundlagen für die wirkungsorientierte Verwaltungsführung konnten damit per 1. Januar 2005 definitiv in Kraft treten. Einzelne Instrumente, allen voran die Struktur der neuen dreijährigen Globalbudgetvorlagen, wurden schon im Vorfeld initialisiert, damit der Kantonsrat die Globalbudgets 2005–2007 ge-

Finanzdepartement

mäss den neuen gesetzlichen Grundlagen beschliessen konnte. Für die anderen Instrumente wurden Vorarbeiten geleistet, damit sie im Jahr 2005 sukzessive eingeführt werden können.

2.2.2. Einführung einer Defizit- und Steuererhöhungsbremse/Einführung von Dringlichkeitsrecht zur Herstellung des Haushaltgleichgewichtes; Abbau des Bilanzfehlbetrags und der Verschuldung

Den Anstoss zur Erarbeitung der obgenannten Vorlagen gab die vom Kantonsrat im Mai 2000 überwiesene Motion der Fraktion FdP/JL «Ausgleichung des Finanzhaushalts durch Einsparungen und ohne Steuererhöhungen». Mit den beiden Vorlagen sollten künftig Defizite verhindert und der Abbau des bestehenden Bilanzfehlbetrags im Zeitraum von maximal 25 Jahren sichergestellt werden. Vom Oktober 2002 bis Januar 2003 wurde die Vernehmlassung über zwei diesem Ziel dienenden Vorlagen (Änderung der Kantonsverfassung über eine Defizitbremse und über den Abbau des Bilanzfehlbetrags) durchgeführt. Die Entwürfe wurden anschliessend überarbeitet. Am 25. November 2003 verabschiedete der Regierungsrat die beiden Vorlagen zuhanden des Kantonsrates. Der Kantonsrat beschloss am 22. Juni 2004 knapp – mit 70 zu 66 Stimmen – Nichteintreten (RG 196/2003).

2.2.3. Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA): Kantonale Umsetzung

Die Änderung der Bundesverfassung und das Bundesgesetz über die Neugestaltung der Aufgaben zwischen Bund und Kanton (NFA), Phase I, wurde von den eidgenössischen Räten im Oktober 2003 abschliessend behandelt. In der eidg. Volksabstimmung vom 28. November 2004 stimmte das Schweizer Stimmvolk den NFA-bedingten Verfassungsänderungen mit grossem Mehr zu. Die integrale Inkraftsetzung der NFA-Reform ist gemäss aktualisiertem Terminplan des Bundes für 2008 vorgesehen.

Damit die NFA 2008 integral in Kraft gesetzt werden kann, müssen auf eidgenössischer Ebene wegen der weit gehenden Aufgabenentflechtung zwischen Bund und Kantonen und der Optimierungen in Sachgebieten mit verbleibenden Verbundaufgaben zahlreiche Einzelgesetze in unterschiedlichen Gebieten (Soziale Sicherheit, Verkehr oder Landesverteidigung etc.) angepasst werden. Entsprechend ergibt sich auch ein Anpassungsbedarf in der kantonalen Gesetzgebung. Damit diese Anpassungsarbeiten möglichst optimal, unter Einbezug der Betroffenen, abgewickelt werden können, setzte der Regierungsrat am 11. November 2003 eine kantonale Projektorganisation ein. Die Projektleitung obliegt dem Amt für Finanzen. Am 25. Oktober 2004 verabschiedete der Regierungsrat das Grobkonzept, welches erste inhaltliche Stossrichtungen in den neu allein in den Zuständigkeitsbereich der Kantone fallenden Aufgabengebieten enthält sowie den Gesetzgebungsbedarf, die organisatorischen und finanziellen Auswirkungen für den Kanton und die Gemeinden aufzeigt.

2.2.4. Projekt «Delphin»

Mit dem Projekt «Delphin» konnte per 1. Januar 2004 die Rechnungswesenlösung SAP in allen Dienststellen des Kantons Solothurn termingerecht mit allen vorgesehenen SAP-Modulen implementiert werden. Nachdem Anfang 2004 bereits bei 22 Dienststellen die Kosten- und Leistungsrechnung produktiv im Einsatz war, galt es im Berichtsjahr noch die restlichen 15 Globalbudget-Dienststellen für den Produktivstart per 1. Januar 2005 vorzubereiten. Per 1. Januar 2005 – gleichzeitig mit der definitiven Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung – verfügen alle Dienststellen der kantonalen Verwaltung über eine Kosten-Leistungs-Rechnung.

Ebenfalls im Rahmen des Projektes «Delphin» wurde das Detailkonzept zur zukünftigen Organisation des Rechtsinkassos und der Verlustscheinbewirtschaftung erarbeitet. Das Detailkonzept sieht für das Rechtsinkasso eine weitergehende, aber keine vollständige Zentralisierung vor: Das Rechtsinkasso im engeren Sinne (Betreibung, Pfändung und Weiterführung der Betreibung nach teilweiser Pfändung) soll in fünf Kompetenzzentren erfolgen (Gerichtskasse, Motorfahrzeugkontrolle, kantonales Steueramt, Wehrpflichtersatzverwaltung, Amt für Finanzen), die Verlustscheinbewirtschaftung im Amt für Finanzen. Der Regierungsrat verabschiedete das entsprechende Detailkonzept am 14. Dezember 2004. Die Umsetzung erfolgte per 1. Januar 2005.

Mit dem Detailkonzept zum Rechtsinkasso inkl. Verlustscheinbewirtschaftung konnte das Projekt «Delphin» im Jahr 2004 vollständig und erfolgreich abgeschlossen werden.

2.2.5. Projekt «SMILE»

Für die Einführung des neuen Personalinformationssystems (Projekt «SMILE») wurden im Dezember 2003 die Software und der externe Einführungspartner evaluiert. Das Projekt «SMILE» verfolgt das Ziel, auf Januar 2006 das bisherige Personalinformationssystem abzulösen und die Applikation SAP HR einzuführen. Im Jahr 2004 wurde kantonsweit eine Organisationsstudie erarbeitet. Diese gibt Auskunft über den Ist-Zustand und enthält ein Grob-Sollkonzept. Mit Kantonsratsbeschluss Nr. SGB 179/2004 vom 2. November 2004 wurde der Verpflichtungskredit von rund 2 Mio. Franken für das Projekt «SMILE» bewilligt. Seit Herbst 2004 arbeitet das Projektteam an der Detailkonzeption.

2.2.6. Projekt «Subventionsüberprüfung»

Im Berichtsjahr konnte das Finanzdepartement dem Regierungsrat den Bericht «Überprüfung der Staatsbeiträge» vorlegen. Die Vorbereitungsarbeiten besorgte das Amt für Finanzen. Der Regierungsrat verabschiedete den Bericht am 27. September 2004 zuhanden des Kantonsrates. Damit konnte das umfangreiche Projekt verabschiedet und zwei hängige Vorstösse (Motion der FdP-Frak-

Finanzdepartement

tion «Subventionsüberprüfung» und Postulat Kurt Küng «Übersicht: Subventionen im Bund und Kanton Solothurn») als erledigt abgeschrieben werden.

2.2.7. Statistikstrategie

In einem Revisionsbericht bemängelte die kantonale Finanzkontrolle das Fehlen einer Strategie im Bereich der Statistik. Mit RRB Nr. 2003/1949 vom 27. Oktober 2003 wurde das Amt für Finanzen beauftragt, die Statistikstrategie neu zu verfassen. Als Begleitgruppe wurde eine interdepartementale Arbeitsgruppe eingesetzt. Der Projektbegleitgruppe wurden jeweils die Zwischenergebnisse und der Schlussbericht zur Würdigung und Verabschiedung vorgelegt. Am 21. September 2004 nahm der Regierungsrat den Schlussbericht der Arbeitsgruppe zur Kenntnis, genehmigte die Leitlinien zur Neuausrichtung des Statistikwesens und beauftragte das Amt für Finanzen mit der Umsetzung.

2.3. Finanzielle Lage und deren Entwicklung in den Jahren 2000 bis 2005

Die nachfolgende Tabelle enthält die zentralen Finanzkennzahlen für die Jahre 2000 bis und mit 2005:

Kennzahlen	R 2000	R 2001	R 2002	R 2003	V 2004	V 2005
(in Mio. Fr. bzw. %)						
Cashflow	100,0	44,7	71,7	127,7	78,6	95,6
Abschreibungen auf Investitionen	109,2	80,9	81,1	91,0	86,4	87,1
Aktivenaufwertung		22,5				
Operatives Ergebnis Erfolgsrechnung	- 9,2	- 13,7	- 9,5	+ 36,7	- 7,8	+ 8,5
Abschreibungen Bilanzfehlbetrag	127,8	129,6	132,4	134,2	137,4	128,5
Gesamtergebnis der Erfolgsrechnung	-137,0	-143,3	-141,9	- 97,5	-145,2	- 120,0
Nettoinvestitionen	97,7	72,3	71,4	103,0	82,1	83,0
Operatives Finanzierungsergebnis	+ 2,3	- 27,6	- 0,3	+ 24,7	- 3,5	+ 12,6
Effektives Finanzierungsergebnis	+ 1,1	- 27,6	- 0,3	+ 24,7	- 3,5	+ 12,6
Selbstfinanzierungsgrad	102 %	62 %	100 %	124 %	96 %	115 %
Gesamtabschreibungssatz	27 %	22 %	23 %	25 %	24 %	25 %
Nettoverschuldung*	1036,2	1063,8	1063,5	1038,8	1042,3	1029,7
Dito, in Fr. pro Einwohner*	4210	4300	4280	4170	4170	4120
Nettozinsaufwand total	37,9	38,4	36,9	35,9	37,1	34,6
Dito, in % der Staatssteuern	6,9 %	6,8 %	5,8 %	5,1 %	5,8 %	5,1 %
Bilanzfehlbetrag*	648,1	661,8	671,3	634,6	642,4	633,9
EinwohnerInnen Ende Jahr (2004 und 2005: Schätzung)	246 121	247 241	248 332	249 113	250 000	250 000

* Zahlen im Voranschlag 2004 sind aufgrund des Rechnungsergebnisses 2003 aktualisiert

2.3.1 Einzeljahresergebnisse

Die finanzielle Situation des Kantons verbesserte sich im Jahre **2000** gegenüber den Vorjahren. Die konjunkturelle Erholung Ende der 90er-Jahre sowie die seit Jahren andauernden, stetigen Sanierungsbemühungen wirkten sich in der Staatsrechnung 2000 positiv aus. Betrag der operative Finanzierungsfehlbetrag 1999 noch 18,1 Mio. Franken (1998: 90,2 Mio. Franken), so resultierte in der Staatsrechnung 2000 ein operativer Überschuss von 2,3 Mio. Franken. Konnte die Nettoverschuldung 1999 nur dank einer einmaligen Übertragung von Aktien in das Finanzvermögen gesenkt werden, so nahm sie im Jahr 2000 aufgrund des guten Ergebnisses der Verwaltungsrechnung erstmals seit 1990 wieder ohne Sondermassnahmen um insgesamt 1,1 Mio. Franken ab. Ende 2000 betrug die Nettoverschuldung 1036,2 Mio. Franken oder 4210 Franken pro Einwohner. Das operative Defizit belief sich auf 9,2 Mio. Franken.

Im Jahre **2001** fielen die Finanzkennzahlen gegenüber denjenigen aus dem Jahr 2000 etwas schlechter aus. Das operative Defizit stabilisierte sich zwar in etwa auf dem Niveau der Jahre 1999 und 2000, aber der Cashflow verringerte sich erheblich wegen der ausfallenden Steuererträge aufgrund des Übergangs von der Vergangenheits- zur Gegenwartsbesteuerung bei den natürlichen Personen. Der stark verringerte Cashflow bewirkte, dass die Nettoinvestitionen trotz zurückhaltender Investitionstätigkeit nur zu rund 62% selbstfinanziert werden konnten und die fehlenden Mittel auf dem Kapitalmarkt beschafft werden mussten. Die Nettoverschuldung stieg von 1036 Mio. auf 1064 Mio. Franken (4300 Franken pro Einwohner) an.

Die Finanzkennzahlen im Jahr **2002** sind vergleichbar mit denen im Jahr 2000. Das operative Defizit lag mit 9,5 Mio. Franken in der Nähe desjenigen im Jahr 2000 (9,2 Mio. Franken). Der Cashflow lag zwar deutlich unter dem Wert des Jahres 2000, da aber die Nettoinvestitionen ebenfalls klar unter Niveau im Jahr 2000 lagen, konnte das Ziel eines 100%igen Selbstfinanzierungsgrades dennoch erreicht werden. Mit einem Selbstfinanzierungsgrad von 100,4% konnte die Nettoverschuldung sogar leicht, um 300 000 Franken, abgebaut werden.

Im Jahre **2003** konnte erstmals seit 13 Jahren ein positives Ergebnis in der Erfolgsrechnung ausgewiesen werden: Die Erträge überstiegen die Aufwände um 36,7 Mio. Franken. Im Jahr 1990 in dem der letzte Überschuss erzielt worden ist, betrug der Ertragsüberschuss lediglich 17,3 Mio. Franken. Selbst bei einer Betrachtung zurück bis ins Jahr 1970 konnte nie ein so grosser Überschuss wie im Jahr 2003 erzielt werden. Bei Nettoinvestitionen in der Höhe von 103 Mio. Franken erreichte der Selbstfinanzierungsgrad ebenfalls sehr gute 124%. Der Finanzierungsüberschuss betrug 24,7 Mio. Franken, so dass die Nettoverschuldung von 1063,5 auf 1038,8 Mio. Franken gesenkt werden konnte.

Finanzdepartement

Im Voranschlag **2004** zeichnet sich ein ähnliches, leicht besseres Bild als im Rechnungsjahr 2002 ab: Das budgetierte operative Defizit von 7,8 Mio. Franken ist im Vergleich zu denjenigen in der zweiten Hälfte der 90er-Jahre zwar relativ gering, aber nach wie vor konnte keine ausgeglichene Erfolgsrechnung oder gar ein Überschuss budgetiert werden.

Im Voranschlag **2005** hingegen ist ein Ertragsüberschuss von 8,5 Mio. Franken budgetiert. Bei geplanten Investitionen in der Höhe von 83 Mio. Franken wird mit einem operativen Finanzierungsüberschuss von 12,6 Mio. Franken gerechnet (Selbstfinanzierungsgrad: 115%). Der Ertragsüberschuss führt zu einer Abnahme des Bilanzfehlbetrags (Schätzung per Ende 2005: 634 Mio. Franken), der Finanzierungsüberschuss zu einer Abnahme der Nettoverschuldung (Schätzung per Ende 2005: 1029,7 Mio. Franken).

2.3.2. Entwicklung 2000–2005

Die obigen Ausführungen lassen erkennen, dass sich der Finanzhimmel in den Berichtsjahren etwas aufhellte: Die kumulierten Ertragsüberschüsse übersteigen die kumulierten Defizite um 5 Mio. Franken und der durchschnittliche Selbstfinanzierungsgrad beträgt in dieser Periode 100 Prozent.

Die «Altlasten» belasten die kantonale Finanzpolitik aber nach wie vor sehr. Selbst wenn insbesondere das Jahr 2000 als gutes und das Jahr 2003 als sehr gutes Jahr bezeichnet werden kann, muss festgestellt werden, dass die für die Abtragung des Bilanzfehlbetrags erforderlichen Überschüsse nicht im erwünschten Ausmass erzielt werden konnten.

Der Regierungsrat entschied sich denn im Jahr 2000 für eine Reformstrategie (Projekt SO+), die zur mittelfristigen Sanierung der Staatsfinanzen beitragen soll. Anlässlich einer Sondersession im September 2000 unterbreitete der Regierungsrat dem Kantonsrat 60 Massnahmen mit einem Einsparpotenzial von insgesamt 147,5 Mio. Franken. Der Kantonsrat strich 10 Massnahmen. Die verbleibenden 50 Massnahmen liessen ein Sanierungspotenzial von 96 Mio. Franken mit einem Realisierungshorizont bis 2008 erwarten. Gemäss dem aktuellsten SO+-Controllingbericht (Stand per 31.12.2003) kann aktuell noch von einem Verbesserungspotenzial von rund 72 Mio. Franken ausgegangen werden.

Neben dem Reformprogramm SO+ gibt insbesondere auch die von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern im November 2004 beschlossene Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) Anlass zur Hoffnung. Gemäss den in Hinblick auf die Volksabstimmung präsentierten Zahlen des Eidg. Finanzdepartements kann der Kanton Solothurn in der Erfolgsrechnung mit einer Saldoverbesserung von netto rund 60 Mio. Franken pro Jahr rechnen. Die NFA tritt aber frühestens im Jahr 2008 in Kraft.

3. Personalamt

3.1. Gesamtarbeitsvertrag (GAV)

Im Rahmen der Revision des Gesetzes über das Staatspersonal im Jahre 2001 wurde der Regierungsrat ermächtigt, mit den Personalverbänden einen GAV für das gesamte Staatspersonal auszuarbeiten. Nach nahezu drei Jahren intensiver Verhandlungen unterzeichneten die vertragsschliessenden Parteien am 25. Oktober 2004 den GAV und setzten diesen auf 1. Januar 2005 in Kraft. Damit ist Solothurn der erste Kanton, der sein Personalrecht weitgehend in einem öffentlich-rechtlichen GAV geregelt hat. Die Aushandlung dieses Vertragswerkes erforderte die Entwicklung einer neuen Kultur der Sozialpartnerschaft: Das Personalrecht wird nicht mehr hoheitlich verordnet, sondern partnerschaftlich ausgehandelt. Dadurch werden beide Vertragsparteien gleichermassen in die Verantwortung eingebunden. Für das Personal bringt der GAV die folgenden wichtigsten Neuerungen: Drei Tage mehr Ferien pro Jahr für die 20- bis 49-Jährigen, eine Altersentlastung für die Volksschullehrkräfte, eine Pflichtstundenreduktion für die kantonalen Lehrkräfte, eine aufgeschobene Krankentaggeldversicherung sowie eine Vereinheitlichung der Inkonvenienzenentschädigungen für Arbeitsleistungen während der Nacht, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen.

3.2. Personalentwicklung, Personalunterstützung, Information

Das Ausbildungsangebot wurde durch die Mitarbeitenden im bisherigen Umfang genutzt. Die interkantonale Zusammenarbeit in der Nordwestschweiz in Teilen der Ausbildung erweist sich als sehr erfolgreich. Bei der Ausbildung der Lernenden sind die überdurchschnittlichen Lehrabschlussergebnisse hervorzuheben und die Tatsache, dass trotz der umfassenden Neuerungen in der kaufmännischen Ausbildung das Lehrstellenangebot nicht reduziert werden musste.

Im Berichtsjahr evaluierte die Fachhochschule Solothurn in Zusammenarbeit mit dem Personalamt und dem Departement für Bildung und Kultur die derzeit angewendeten MAB-LEBO-Projekte an den kantonalen Schulen. Der Evaluationsbericht wird die Grundlage bilden für den Grundsatzentscheid des Regierungsrates bezüglich der Mitarbeiterbeurteilung und des Leistungsbonus bei der kantonalen Lehrerschaft.

Der Regierungsrat genehmigte ein Konzept für ein Gesundheitsmanagement, welches der Erfüllung der Arbeitssicherheit und der Gesundheitsprävention dienen wird und hiess ein Grobkonzept für ein Personalcontrolling gut, welches mit einer breit angelegten Mitarbeiterzufriedenheitserhebung im Jahre 2005 gestartet wird.

Finanzdepartement

Erfolgreich verläuft das Pilotprojekt Kinderkrippen in Solothurn; dieses soll die Grundlagen für ein Kinderkrippenkonzept für den ganzen Kanton als Arbeitgeber liefern.

Die Personalinformation erfolgte in der bisherigen Form mittels Personalzeitschrift, SOMIHA-Merkblättern und Blitzfax-Informationen.

3.3. Besoldungen

Auf 1.1. 2004 wurde die Teuerungszulage um 0,5% erhöht. Diese Erhöhung fiel leicht tiefer aus als die Entwicklung des Landesindex der Konsumentenpreise. Unter Berücksichtigung der Folgekosten des GAV für den Kanton und die Gemeinden beschloss der Regierungsrat im Herbst des Berichtsjahres, den Staatsangestellten und den Lehrkräften an den Volksschulen keine Erhöhung der Teuerungszulage auf den Grundlöhnen zu gewähren.

3.4. Personalbestand

Der Personalbestand der kantonalen Verwaltung ist in der Berichtsperiode um rund 3% angestiegen. Die Hauptgründe liegen im Ausbau der Pädagogischen Fachhochschule und des Bildungszentrums für Gesundheitsberufe, in der Kantonalisierung des Zivilstands- und Bürgerrechtswesens, welche im Berichtsjahr abgeschlossen wurde, sowie in der Erhöhung des Korpsbestands der Polizei. Innerhalb der Verwaltung wurde das Zivilstands- und Bürgerrechtswesen vom Bau- und Justizdepartement ins Departement des Innern transferiert. Lehrlinge (L) und Praktikanten (P) sind in der nachfolgenden Tabelle separat ausgewiesen.

	per 31.12.03		per 31.12.04	
	Pensen	L/P	Pensen	L/P
Ratssekretariat	4		4	
Staatskanzlei	27	1	27	1
Bau- und Justizdepartement	440	25	423	24
Departement für Bildung und Kultur	191	79	199	73
kantonale Lehrkräfte	503		498	
Finanzdepartement inkl. Amtschreibereien	459	53	476	53
Departement des Innern	765	38	833	41
Volkswirtschaftsdepartement	268	5	274	8
Total	2657	201	2734	200

3.5. Strukturelle Besoldungsrevision (BERESO); Lohnklagen

Die Lohnklagen von Personen aus dem medizinischen und paramedizinischen Bereich der Spitäler (Krankenpflege, Geburten, Ergotherapie, Labor, Röntgen und Ernährungsberatung) sind noch hängig.

3.6. Versicherungswesen

Der Sachversicherer kündigte den Sachversicherungsvertrag auf 31.12.04; der Personenversicherungsvertrag und der Flottenvertrag liefen auf 31.12.04 aus. Nach Durchführung öffentlicher Ausschreibungen konnten neue Verträge für die Sachversicherung und für die Personenversicherungen abgeschlossen werden. Der Flottenvertrag wird beim bisherigen Versicherer weitergeführt.

3.7. Personalinformations- und Gehaltssystem (Projekt SMILE)

Das heutige Personalinformations- und Gehaltssystem wird auf 1.1.2006 durch das System mySAP HR abgelöst. Die Projektarbeiten erfolgen plangemäss. Über den Projektverlauf wird auf die Ausführungen unter Ziffer 2.2.5 (Amt für Finanzen) verwiesen.

4. Steueramt

4.1. Personelles

Die Ausbildung des Veranlagungspersonals für natürliche Personen erfolgte bisher mit der Einarbeitung in das entsprechende Aufgabengebiet. Es fehlte an einer systematischen Grundschulung. Die inzwischen weitgehende Harmonisierung bei den direkten Steuern gab der Schweizerischen Steuerkonferenz Anlass, eine kantonsübergreifende Ausbildung für Mitarbeitende kantonaler und kommunaler Steuerverwaltungen einzuführen. Sie begann im Herbst 2004. Auch solothurnische Mitarbeitende des KSTA nehmen daran teil. Die ersten Erfahrungen sind positiv. Nebst dem Basiskurs werden ab dem Jahr 2005 Weiterbildungskurse angeboten. Sie werden die bisher steueramtsintern durchgeführte Ausbildung von Steuerrevisoren für die Veranlagung von Selbständigerwerbenden unterstützen.

4.2. Informatik

Die Informatik-Applikation ISOV-Steuern (INES) ist stabil. Im Februar des Berichtsjahres konnte der Redesign des Veranlagungsteils der natürlichen und der juristischen Personen abgeschlossen werden. Damit ist ein wichtiger Schritt in die Zukunft getan. Der Redesign Register ist im Test; er soll

Mitte 2005 abgeschlossen werden. Der Inkassoteil wird später folgen. Die Partnerschaft mit dem Kanton Zug bewährt sich weiterhin.

4.3. Organisation

Nachdem die Steuererklärungen für die natürlichen Personen 2002 erstmals automatisiert verschickt worden sind, wurde diese Versandart im Berichtsjahr auch bei den juristischen Personen eingeführt. Zudem wurde nebst der Software für das elektronische Ausfüllen der Steuererklärungen der natürlichen Personen erstmals eine entsprechende Software für die juristischen Personen angeboten. Bei den natürlichen Personen machten über 30 000 Personen (21%) davon Gebrauch, bei den juristischen Personen rund 1100 (14%).

Bis Ende 2004 betreute ein Team des AIO das Staatssteuerregister. Mit dem Jahreswechsel wurde diese Aufgabe dem Steueramt übertragen.

Während eine Umfrage bei den Einwohner- und Kirchgemeinden zur Zufriedenheit mit den Dienstleistungen des Steueramtes mit 81,5 Prozent positiv ausfiel, erfordern die erreichten 73 Prozent Zufriedenheit der Mitarbeitenden Verbesserungsmassnahmen.

4.4. Veranlagung und Inkasso

Die Ziele, Ende 2004 von den natürlichen Personen 80 Prozent veranlagt zu haben und von den juristischen Personen 65 Prozent, wurden mit 87 bzw. 69 Prozent übertroffen. Die Zahl der Mahnungen hat wie schon im Vorjahr nochmals zugenommen, bei den eingeschriebenen Mahnungen um ausserordentliche 24,7 Prozent auf 28 907. Die Einführung der Mahngebühr von 50 Franken für eingeschriebene Mahnungen zeigt offenbar (noch) keine Wirkung. Es wurden 18 170 Betreibungen eingeleitet. Das sind 7,2 Prozent mehr als im Vorjahr.

5. Erlasswesen

Im Berichtsjahr 2004 gingen 1527 Erlassgesuche ein. Im gleichen Zeitraum konnten 1291 Gesuche erledigt werden, davon 924 oder 71,6% durch teilweise oder vollständige Gutheissung. Die Gesamtsumme, um welche um Erlass ersucht wurde, betrug 4 470 404 Franken. Die gesamten erlassenen Beträge beliefen sich auf 1 337 783 Franken oder 30%. Im Weiteren wurde 23 Gesuchen um Zustimmung zu aussergerichtlichen Nachlassverträgen im Gesamtbetrag von 217 575 Franken entsprochen und einer Dividende 78 602 Franken zugestimmt. Im Berichtsjahr 2004 wurde gegen 38 Erlassentscheide beim Kantonalen Steuergericht rekuriert. In 25 Fällen sind die Entscheide des Finanzdepartementes bestätigt worden. 2 Rekurse wurden teilweise oder vollständig gutgeheissen und 11 Urteile stehen noch aus.

Erlassstatistik 2000–2004:

Berichtsjahr	Eingegangene Gesuche	Erledigte Gesuche	Ganz oder teilweise gutgeheissene Gesuche	Ganz oder teilweise Gutheissungen in % aller erledigten Gesuche	Gesamtbeitrag der pendenden und eingegangenen Gesuche in Fr.	Gesamtbeitrag der erlassenen Beträge in Fr.	Erlassene Forderungen in % des Gesamtbetrages der eingegangenen Gesuche
2000	1045	1104	708	64,1%	4 614 632	858 584	18,6%
2001	1070	965	657	68,1%	3 856 879	789 945	20,5%
2002	686	640	379	59,2%	2 977 330	580 784	19,5%
2003 ¹⁾	1305	1221	823	67,4%	3 495 894	1 190 484	34,1% ²⁾
2004	1527	1291	924	71,6%	5 377 185	1 337 783	24,9%

Bemerkungen:

¹⁾ Der Rückgang der Gesuche im Jahr 2002 und der Anstieg im Jahr 2003 ist eine Folge des Wechsels zur Gegenwartsbesteuerung.

²⁾ Der Anstieg ist darauf zurückzuführen, dass Gesuche um Erlass von sehr hohen Gerichtskosten gutgeheissen werden mussten.

6. Amt für Informatik und Organisation

6.1. Übersicht über die wichtigsten Arbeiten

Die wichtigsten Arbeiten in den Berichtsjahren betrafen die Durchführung und den Abschluss der Grossprojekte (verwaltungswerte Einführung der Finanz- und Betriebsbuchhaltung mit dem SAP-System, einheitliche Schulverwaltungslösung für alle kantonalen Schulen, neuer Formularmechnismus für die Veranlager), die Einführung von Cordless-Anlagen in 3 Spitälern, den Abschluss der Erschliessung der Standorte Olten, Dornach und Breitenbach mit Glasfaserleitungen, die Einführung der Geschäftskontrolle in den Amtschreibereien und in der Lebensmittelkontrolle, den Aufbau einer Intranet-Plattform, den Aufbau eines neuen Mailsystems, den Aufbau einer neuen Desktop-Plattform (Webportal) für den internen und externen Zugang zu den Anwendungen, die Evaluation eines neuen Personalinformationssystems, die Evaluation eines neuen Wahl- und Abstimmungssystems, den Abschluss der Vereinheitlichung der Office-Umgebung durch die Umstellung von rund 200 Arbeitsplätzen auf die zentrale Terminalserverfarm und das Projekt-Engineering für mehr als 150 EDV-Investitionsprojekte.

6.2. Systembetrieb

Im Bereich des Systembetriebs wurden neben dem Sicherstellen des eigentlichen Betriebs der verschiedenen Rechnersysteme mehr als 300 000 Mutationen eingegeben (kantonales Steueramt, Amt für Umwelt, Personalamt und weitere). Gesamthaft wurden im Systembetrieb rund 29 000 Stunden aufgewendet. Im Bereich der Office-Infrastruktur konnte die Vereinheitlichung der

Finanzdepartement

Arbeitsplätze weitergeführt werden, sodass heute alle Mitarbeiter Zugang zur zentralen Terminalserverfarm haben.

6.3. Kommunikationsbereich

Im Kommunikationsbereich (Daten und Sprache) wurde gemäss dem Kommunikationskonzept in 3 Spitälern eine Cordlessanlage in Betrieb genommen. Das Konzept des kantonsweiten Glasfasernetzes über die Hauptknoten konnte abgeschlossen werden und alle wichtigen Telefonanlagen sind intern über ein gemeinsames Netzwerk miteinander verbunden. Zur Einsparung von Natel-Gebührenkosten wurden an den wichtigsten Telefonzentralen Natel-Gateways in Betrieb genommen.

6.4. Koordinationsdienstleistungen

In der Berichtsperiode wurden mehrere Kaderinformationsveranstaltungen durchgeführt, in denen über den Stand der Arbeiten aktueller Projekte, über Richtlinien und Probleme sowie über geplante Projekte informiert wurde. Die Weiterverrechnung der Informatik-Dienstleistungen an die Dienststellen wurden verfeinert und weitgehend automatisiert.

6.5. Projekt-Engineering

Gesamthaft konnten mehr als 150 Informatik-Investitionsprojekte realisiert werden. Die drei Grossprojekte (verwaltungsweite Einführung der Finanz- und Betriebsbuchhaltung mit dem SAP-System, einheitliche Schulverwaltungslösung für alle kantonalen Schulen, neuer Formularmechanismus für die Veranlager) konnten erfolgreich abgeschlossen werden. In den Amtsschreibereien konnte die Geschäftskontrolle Konsul eingeführt werden und die Prozesse wurden vereinheitlicht. Dank der grossen Flexibilität der Geschäftskontrolle Konsul war es möglich, auch die Prozesse in der Lebensmittelkontrolle abzubilden und erfolgreich einzuführen. Der Aufbau eines neuen Mailsystems konnte mit der Umstellung der ersten 80 Postfächer erfolgreich in Betrieb genommen werden. Für den internen und externen einheitlichen und sicheren Zugang zu den Anwendungen wurde eine neue Desktop-Plattform, ein so genanntes Webportal, in Betrieb genommen. Mit diesem Webportal wird einerseits durch die Trennung der Client- und Serverbereiche die Sicherheit erhöht und andererseits dient das Webportal als Migrationsplattform von den heutigen Windows-Anwendungen zu den Web-, Java- und Linux-Anwendungen. Die Evaluation eines neuen Personalinformationssystems konnte mit dem Produkte-Entscheid für die SAP-Lösung erfolgreich abgeschlossen werden. Mit der Evaluation und Einführung eines neuen Wahl- und Abstimmungssystems können neu alle Gemeinden übers Internet ihre Wahlresultate direkt in die zentrale Datenbank eingeben.

7. Finanzkontrolle

7.1. Allgemeines

Die Finanzkontrolle ist das oberste Fachorgan der Finanzaufsicht. Sie unterstützt den Kantonsrat, seine Finanzkommission und den Regierungsrat bei der Ausübung ihrer Oberaufsicht über die Verwaltung. Die Finanzkontrolle versteht sich als unabhängiges Aufsichtsorgan des Kantons. Mit ihren Arbeiten will sie mithelfen, die staatlichen Leistungen zu verbessern. Die Finanzkontrolle will die Finanzaufsicht über die Kantonale Verwaltung partnerschaftlich wahrnehmen, sich dabei unbeirrt um die Vermeidung und Korrektur von Fehlleistungen bemühen und lösungsorientierte Empfehlungen zur Optimierung der staatlichen Leistungen einbringen.

Mit dem Inkrafttreten des WoV-Gesetzes am 1. Januar 2005 traten auch neue Bestimmungen über die Aufgaben und die Stellung der Finanzkontrolle in Kraft. Die Unabhängigkeit wurde verstärkt, indem sie im Finanzbereich einzig dem Kantonsrat verantwortlich ist.

7.2. Revisionen

Die Revisionstätigkeit umfasste folgende Schwerpunkte:

Staatsrechnung

Im Revisionsbericht der Finanzkontrolle an den Kantonsrat konnte die Ordnungs- und Gesetzmässigkeit der Haushaltsführung und der Rechnungslegung mit den Einschränkungen betreffend Bilanzfehlbetrag Staatsrechnung und Strassenbaufonds bestätigt werden.

Externe Revisionen

Bei den Spitälern, Anstalten, Stiftungen und Betrieben wurden wiederum die jährlichen Abschlussprüfungen, teilweise verbunden mit einer internen Revision, durchgeführt.

Interne Revisionen

Gestützt auf den von der Finanzkommission genehmigten Revisionsplan wurden bei verschiedenen Ämtern der kantonalen Verwaltung interne Revisionen durchgeführt.

Revisionstätigkeit	2003	2004
Anzahl Revisionen		
– Interne Revisionen	43	44
– Externe Revisionen	33	39
Total	76	83
Personaleinheiten	5,5	6,0

Finanzdepartement

Die Revisionsergebnisse wurden dem Regierungsrat und der Finanzkommission laufend zur Kenntnis gebracht. Mit dem Revisionsbericht zur Staatsrechnung 2004 wird der Kantonsrat über die einzelnen, durchgeführten Revisionen informiert.

7.3. Weitere Schwerpunkte

Nebst der erwähnten Revisionstätigkeit hat die Finanzkontrolle verschiedene Spezialaufträge erledigt (Due Diligence Prüfung der Fachhochschulen NW, Lotteriebeitrag, Berichtigung Klassifikationen Amt für Volksschule und Kindergarten usw.) und verschiedene Projekte begleitet (WoV-Gesetz, Informatik-Projekte SAP und Naxos Spitäler, Spital AG, Konzept Wirtschaftlichkeitsrechnung usw.).

Ferner hat sie die Revisionsinstitutionen in revisionstechnischen, finanz- und betriebswirtschaftlichen Fragen beraten.

8. Amtschreibereien

Die Arbeiten über die Zusammenführung der Amtschreibereien und der Oberämter in Solothurn konnten erfolgreich abgeschlossen werden. Am 1. Januar 2005 nahmen die Amtschreiberei und das Oberamt Region Solothurn ihren Betrieb auf. Die Arbeiten zur Vereinheitlichung der Aufbauorganisation wurden im Berichtsjahr sistiert, um von im oben erwähnten Projekt gewonnenen Erkenntnissen zu profitieren. Die Arbeiten werden im Jahre 2005 zu Ende geführt.

Per Ende des Berichtsjahres konnten die Arbeiten zur Einführung des SAP-Pooling (Teil der Abteilung Zentrale Dienste der Amtschreiberei Region Solothurn) am 1. Januar 2005 abgeschlossen werden. Neben der Buchführung und der Erstellung der finanziellen Führungsinstrumente werden alle Rechnungen (ausgenommen die Rechnungen der Betreibungs- und Konkursämter, die noch nicht am SAP angeschlossen sind) im Pooling gedruckt, automatisch verpackt und verschickt.

9. Amtschreiberei-Inspektorat

9.1. Bewilligung zum Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

	2004
Eingegangen:	1 Gesuch
Verweigerungen:	0 Gesuch
Bewilligungen:	1 Gesuch
hiervon:	
Erwerb bei Pfandverwertung	0 Gesuch
Zweitwohnung	0 Gesuch
Eingesetzte Erben	0 Gesuch
Feststellung Nicht-Bewilligungspflicht	1 Gesuch
Bewilligungsgebühr	Fr. 9408.–

9.2. Aufsicht bürgerliches Bodenrecht

2004 wurden 231 Verfügungen des Volkswirtschaftsdepartementes im Rahmen des bürgerlichen Bodenrechtes (BGBB) zuhanden des Finanzdepartementes auf ihre Rechtmässigkeit überprüft. In keinem Fall musste das Finanzdepartement eine Beschwerde einreichen.

9.3. Inspektionstätigkeit

Diese erfolgte im Auftrag des Obergerichtes und findet ihren Niederschlag in dessen Rechenschaftsbericht.

10. Ausübung der Aufsicht über die Kantonale Pensionskasse Solothurn

Nach § 26 Absatz 3 RVOG beaufsichtigt der Regierungsrat die Arbeit der Leitungs- und Aufsichtsorgane der mittelbaren Verwaltung. Der Vorsteher des Finanzdepartementes ist von Amtes wegen Mitglied der Verwaltungskommission und hat als Vertreter des Regierungsrates direkten Einblick in die Geschäftstätigkeit der Verwaltungskommission. Diese ist auch zuständig zur Ausübung der Aufsicht über den Anlageausschuss, welcher im Auftrag und nach den Vorgaben der Verwaltungskommission für die Vermögensverwaltung der Kantonalen Pensionskasse Solothurn zuständig ist. Die Aufsicht der Verwaltungskommission erstreckt sich auch auf den Liegenschaftsausschuss,

Finanzdepartement

welcher im Rahmen ihrer Weisungen für die Vermögensverwaltung in Form von Liegenschaften verantwortlich ist. Der Vorsteher des Finanzdepartementes begleitet die laufenden Geschäfte kritisch unter dem Aspekt der Staatsgarantie für die Verpflichtungen der Kasse. Er orientiert den Regierungsrat laufend über wichtige bevorstehende Entscheide.

Die Verwaltungskommission setzte im Dezember 2003 eine Arbeitsgruppe zur Vorbereitung einer Statutenrevision ein. Gegenstand dieses Projektes bildeten im Wesentlichen die Überprüfung des Gutschriftensystems zur Finanzierung der Altersleistungen, die Überprüfung der Invaliden- und Hinterlassenenleistungen und deren Finanzierung sowie die Senkung des technischen Zinssatzes von 4,5% auf 4%. Diese Statutenänderung konnte dank konstruktivem Zusammenwirken der Arbeitgeber- und der Arbeitnehmervertretungen termingerecht am 1. Januar 2005 in Kraft treten. Der Kantonsrat genehmigte die Statutenänderung (Beschluss der Verwaltungskommission der Kantonalen Pensionskasse Solothurn vom 27. Oktober 2004) am 15. Dezember 2004, die Delegiertenversammlung bereits am 17. November 2004.

Insgesamt darf festgehalten werden, dass die Verwaltungskommission, der Anlageausschuss, der Liegenschaftsausschuss und die Direktion gute Arbeit leisten und die berechtigten Interessen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer in ausgewogener Art und Weise berücksichtigen. In der Berichtsperiode wurden keine Entscheide getroffen, welche gestützt auf § 26 RVOG beanstandet werden müssten.

Departement des Innern

1. Allgemeines

Das Departement des Innern umfasst fünf Ämter: Gesundheitsamt (Dr. Heinrich Schwarz), Spitalamt (Franz Müller), Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (Marcel Châtelain), Amt für öffentliche Sicherheit (Rudolf Tschachtli) und Kantonspolizei (Martin Jäggi). Die Stabsaufgaben werden von Dr. Heinrich Schwarz wahrgenommen, der als Chef Gesundheitsamt nebenbei noch Departementssekretär ist. Diese schlanke Organisationsform ohne eigentlichen Stab hat sich bestens bewährt und als effizient herausgestellt.

Die Organisation des Departements widerspiegelt sich auch in der Struktur des Rechenschaftsberichtes, indem konsequent jedes Amt unter eigenem Titel über seine Tätigkeiten Rechenschaft ablegt.

2. Gesundheitsamt

2.1. Gesundheitsvorsorge und Prävention

Im Hinblick auf eine effiziente HIV- und Hepatitis-Prophylaxe werden in den Anlaufstellen in Solothurn und Olten weiterhin gratis sauberes Injektionsmaterial sowie Präservative zur Verfügung gestellt.

Aufgrund der Tatsache, dass rund 25% der Kinder übergewichtig sind, wurde in vier Pilotschulen ein Projekt mit dem Thema «Ernährung und Bewegung» lanciert. Das Ziel der Kampagne ist es, die Kinder (Kindergärten und Volksschulen) und deren Eltern sowie die Lehrerschaft für ein bewusstes Ess- und Bewegungsverhalten zu sensibilisieren. Sind die Pilotprojekte erfolgreich, soll die Kampagne möglichst auf alle Schulen des Kantons ausgedehnt werden.

2004 wurde in Zusammenarbeit mit dem BAG und dem Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich die Analyse der Durchimpfungsrate für die im Impfplan des Bundes aufgeführten Infektionskrankheiten im Kanton Solothurn in Angriff genommen. Untersucht werden je gut 500 Zwei-, Acht- und Sechzehnjährige aus zufällig ausgewählten Gemeinden. Die Resultate werden Ende 2005 vorliegen.

Im Herbst 2004 wurde die Gratis-Grippeimpfkation für das Staatspersonal zum zweiten Mal angeboten. Über 400 Angestellte haben sich impfen lassen, rund 10% mehr als im Vorjahr. Der Kantonsarzt forderte in einem persönlichen Brief das Personal der Alters- und Pflegeheime auf, sich gegen Grippe impfen zu lassen, um die Ansteckungsgefahr der Bewohnerinnen und Bewohner durch das Pflegepersonal zu minimieren.

2.2. Heilmittelkontrolle

Am 1. Januar 2004 ist das Gesetz über die Einführung des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte in Kraft getreten. Neuerungen sind die abgestufte Bewilligung für die Herstellung von Arzneimitteln in Apotheken und Drogerien sowie die separate Bewilligung der ärztlichen Privatapotheken. Beide Bewilligungen erlauben eine angepasste Kontrolle, gezielte Qualitätsförderung und gegebenenfalls angemessene Korrekturmassnahmen. Für die Umsetzung bei der Ärzteschaft hat das Gesundheitsamt eng mit der Gesellschaft der Ärztinnen und Ärzte des Kantons Solothurn zusammengearbeitet. Das regionale Heilmittelinspektorat der Nordwestschweizer Kantone (RHI) hat als Nachfolgeorganisation der Regionalen Fachstelle den Betrieb am 1. Januar 2004 aufgenommen. Der Inspektoratsrat hat je ein Geschäfts-, Personal- und Gebührenreglement ausgearbeitet und das Qualitätshandbuch revidiert.

Ende 2004 (2003) waren im Kanton Solothurn 29 (27) Apotheken und 37 (38) Drogerien bewilligt.

Im Rahmen von Substitutionsbehandlungen mit Betäubungsmitteln wurden per Ende 2004 (2003) bei 738 (682) Fällen von schwerer Sucht ambulante Behandlungen mit medikamentöser Begleittherapie durchgeführt. In 652 (600) Fällen wurde Methadon bzw. Subutex und in 86 (82) Fällen im Rahmen der vom BAG beaufsichtigten «Heroingestützten Behandlung» in drei Zentren Heroin verordnet.

2.3. Lebensmittelkontrolle

Das Klima, dem die Organe der Lebensmittelkontrolle ausgesetzt sind, ist rauer geworden. Unausgebildete und teilweise ungeeignete Personen drängen vermehrt in den Lebensmittelhandel. Folge davon sind verstärkt abweisendes Verhalten oder sogar Drohungen gegenüber der Lebensmittelkontrolle. Dementsprechend erreichte die Zahl der eingereichten Strafanzeigen 2004 mit 64 (29) einen neuen Rekord.

Die Übernahme der milchwirtschaftlichen Inspektion aus dem aufgelösten MIBD Nordwestschweiz hat sich als sinnvoll erwiesen. Es konnten Synergien genutzt und Doppelspurigkeiten abgebaut werden. Die MIBD-Inspektionen werden nun gemeinsam mit lebensmittelrechtlichen Kontrollen durch dieselben Personen ausgeführt.

2.4. Übertragbare Krankheiten

Die Leistungsvereinbarung mit der Lungenliga Solothurn für die Durchführung von Umgebungsuntersuchungen bei infektiöser Lungentuberkulose hat

sich bewährt. 2004 wurde vom Gesundheitsamt die aktive Information der Bevölkerung betreffend invasiver Meningokokken-Erkrankungen fortgesetzt.

2.5. Rettungsdienste und Sanitätsdienst bei ausserordentlichen Lagen

Die Einsätze der sieben Rettungsdienste werden durch die Einsatzleitstelle 144 der Alarmzentrale koordiniert. Für die sanitätsdienstliche Versorgung der Bevölkerung in ausserordentlichen Lagen und insbesondere auf dem Gebiet des koordinierten Sanitätsdienstes wird eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer-Kantonen angestrebt.

2.6. Ausserkantonale Spitalbehandlungen

Bei Notfällen und bei fehlendem medizinischem Angebot in den eigenen Spitälern muss der Wohnkanton gemäss Krankenversicherungsgesetz (KVG) die ausserkantonalen Spitalbehandlungen subventionieren (Differenz zwischen den vom Spital in Rechnung gestellten Kosten und dessen innerkantonomer Allgemeintaxe). Diese Subventionspflicht gilt für Behandlungen in öffentlichen und öffentlich subventionierten Spitälern.

Der Kanton Solothurn hat für seine Bevölkerung den Zugang zu medizinischen Leistungen, die im eigenen Kanton nicht vorhanden sind, durch Verträge mit dem Inselspital Bern, dem Kantonsspital Basel, der Kantonsspital Aarau AG, der Klinik Barmelweid, den basellandschaftlichen Spitälern sowie der Universitätskinderklinik beider Basel geregelt. Weiter wird der Bevölkerung auch der Zugang zu den wenigen verbleibenden medizinischen Leistungen ermöglicht, die in den erwähnten Vertragsspitälern nicht angeboten werden (spezialisierte Kliniken).

Ist die einweisende Ärzteschaft bzw. das aufnehmende Spital der Meinung, der Kanton Solothurn sei zahlungspflichtig, weil es sich um einen Notfall handle oder das medizinische Angebot in den solothurnischen Spitälern fehle, muss ein Kostengutsprachege such an das Gesundheitsamt gestellt werden. 2004 ist die Zahl der Kostengutsprache gesuche im Vergleich zum Rekordjahr 2003 auf 7300 gesunken (7500). Aufgrund der fehlenden gesetzlichen Zahlungspflicht wurden wiederum rund zwei Fünftel der Gesuche abgelehnt. Dadurch konnten ca. 20 Millionen Franken eingespart werden. Trotzdem betragen die Kosten für das Jahr 2004 ca. 40 Millionen Franken.

Aufgrund der so genannten «Überalterung» der Bevölkerung und des medizinischen Fortschritts steigt die Nachfrage nach medizinisch zwingend erforderlichen ausserkantonalen Spitalbehandlungen kontinuierlich. Der medizinische Fortschritt führt zudem zu einer immer teureren Medizin, sodass ein starkes Kostenwachstum bei den ausserkantonalen Spitalbehandlungen un-

vermeidbar ist. Das Gesundheitsamt kann lediglich in zweierlei Hinsicht Einfluss auf die Kosten nehmen. Erstens indem Kostengutsprache gesuche konsequent nur dann bewilligt werden, wenn eine gesetzliche Pflicht besteht. Zweitens indem das Spitalvertragsportefeuille laufend optimiert wird, wozu auch der Aufbau eines kostengünstigeren innerkantonalen Angebots gehören kann. Die Erweiterung des Leistungsauftrags des Kantonsspitals Olten um die Kinderorthopädie, die Wirbelsäulenchirurgie und die Behandlung von Notfällen bei lumbalen Diskushernien dürfte für den Kanton Solothurn zu jährlichen Nettoeinsparungen von ca. 400 000 Franken führen (vgl. RRB Nr. 2004/1138 vom 1. Juni 2004), die Erweiterung des Leistungsauftrags der Höhenklinik Allerheiligenberg um die stationäre psychosomatische Behandlung zu ca. 500 000 Franken (vgl. RRB Nr. 2004/1038 vom 18. Mai 2004).

2.7. Berufsausübungsbewilligungen und Zulassung von Leistungserbringern

Ende 2004 (2003) verfügten 471 (470) Ärzte bzw. Ärztinnen, 112 (110) Zahnärzte bzw. Zahnärztinnen und 7 (7) Chiropraktoren über eine Berufsausübungsbewilligung. Zur Tätigkeit zu Lasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung waren 469 (469) Ärzte bzw. Ärztinnen zugelassen.

2.8. Berufsausbildung im Gesundheitswesen

2.8.1. Bildungszentrum für Gesundheitsberufe Kanton Solothurn (BZG)

Am 1. Januar 2004 trat das Bundesgesetz über die Berufsbildung (BBG) in Kraft. Für alle Berufsausbildungen sind seither Bund, Kantone und die Organisationen der Arbeitswelt (OdA) gleichermassen zuständig. Für den Gesundheitsbereich bedingt dies grundlegende Anpassungen in der Positionierung der Ausbildungen auf Sekundarstufe II und Tertiärstufe. Am 1. August 2004 startete das BZG die Ausbildung Fachangestellte/r Gesundheit (FAGE) mit 48 Lehrlingen in zwei Berufsschulklassen. Nach den Vorgaben des BBG wurde bereits am 28. Januar 2004 die «OdA Gesundheit im Kanton Solothurn» als Stiftung gegründet. Stiftungsmitglieder sind die Solothurnischen Spitäler, der Kantonale Spitexverband und die Gesellschaft der solothurnischen Alters- und Pflegeheime.

Die Zahl der Lernenden des BZG ist seit 1998 um rund die Hälfte angestiegen und erreichte Ende 2004 mit 481 einen neuen Höchststand. Erfreulich ist auch die Entwicklung der Kosten. Die Globalbudgetperiode 1999–2001 schloss gut 8 Mio. Franken unter dem Budget von 35,0 Mio. Franken ab. Für die Periode 2002–2004 betrug das Globalbudget noch 25,5 Mio. Franken. Obwohl die nicht budgetierten Kosten der neuen Lehre FAGE vollumfänglich aus dem Globalbudget finanziert wurden, schloss die Periode gut 2 Mio. Franken besser ab als budgetiert.

2.8.2. Ausserkantonale Berufsausbildung

Mit den Pflegeberufen (Pflegeassistent, FAGE, DN I und DN II) deckt das BZG nur die mengenmässig wichtigsten Gesundheitsausbildungen ab. Die meisten Ausbildungen bietet der Kanton Solothurn nicht selbst an (z. B. Hebamme, Physiotherapie, Dentalhygiene, Ergotherapie), weil die Anzahl Lernender unter dem betriebswirtschaftlich sinnvollen Minimum liegen würde. Der Zugang zu diesen Ausbildungen ist mit einem Schulabkommen gesichert, dem die Kantone Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt, Bern, Luzern, Solothurn und Zug angehören. Aufgrund des fehlenden innerkantonalen Angebots ist der Kanton Solothurn «Nettoexporteur» von Lernenden. 273 Lernende aus dem Kanton Solothurn absolvieren eine ausserkantonale Ausbildung (Pflegeberufe, Dentalhygiene, Hebamme etc.), während das nur die Pflegeberufe anbietende BZG von 130 Lernenden aus anderen Kantonen besucht wird.

3. Spitalamt

3.1. Allgemeines

Im Jahre 2004 setzte die Sozial- und Gesundheitskommission ihre Beratung am Spitalgesetz fort. Nachdem dieses auch von der Finanzkommission durch beraten war, beschloss der Kantonsrat das Gesetz am 12. Mai 2004 mit nur zwei Gegenstimmen. Die Frist zum fakultativen Referendum lief am 27. August unbenutzt aus. Noch am 6. Juli setzte der Regierungsrat die Projektorganisation zur Umsetzung des Spitalgesetzes ein. Die Projektgruppe unter dem Vorsitz des Gesundheitsdirektors nahm ihre Tätigkeit im September auf. Ende Jahr waren 10 Teilprojekte definiert und das Organigramm der ersten drei Führungsebenen der Spital AG beschlossen. Ziel des Gesamtprojektes ist ein reibungsloser Start des neuen Unternehmens am 1.1.2006.

Ebenfalls am 12. Mai 2004 beschloss der Kantonsrat die betriebliche Fusion des Spitals Grenchen mit dem Bürgerspital Solothurn. Das Spital Grenchen soll mit unverändertem Leistungsangebot, jedoch mit geschlossener Frauenklinik weitergeführt werden. Der Spitalrat (bisherige Stiftungsräte) hat die betriebliche Fusion der beiden Spitäler per 30. September 2004 umgesetzt. Die auf den 1.1.2004 neu eingeführte Spitalinformatik und der neue medizinische Tarif Tarmed beschäftigten die Spitäler auch noch im Berichtsjahr. U.a. mussten die Spitäler infolge von Softwareproblemen im ersten Halbjahr einen Rückstau bei der Fakturierung der ambulanten Leistungen hinnehmen. Ende des Berichtsjahres war dieser Rückstau wieder abgebaut.

Das Bundesgericht hat mit Beschluss vom 22.3.04 die Stimmrechtsbeschwerden gegen den Kantonsratsbeschluss vom 18.6.2003 betr. «Bezirksspital Thierstein: Schliessung des Akutspitals per 30.6.2003, Sistierung des Leistungsauftrages für das Akutspital bis zum definitiven Volksentscheid über die Spital-schliessung» abgelehnt. Mit Beschluss Nr. 2004/2601 vom 21.12.04 hat der

Regierungsrat der Übertragung der Immobilien von der Stiftung «Bezirksspital Thierstein» auf den Kanton sowie dem Baurechtsvertrag zwischen dem Kanton und dem «Zentrum Passwang» zugestimmt.

3.2. Entwicklung der Betriebsbeiträge an die Spitäler

Der allgemeine Trend des stetigen Ansteigens der Spitalkosten hat wenigstens für 2004 gebrochen werden können. Namentlich aus folgenden drei Gründen fielen die Betriebsbeiträge des Kantons an die Spitäler mit rund 128 Mio. um rund 10 Mio. Franken unter den Betrag des Vorjahres aus:

– Mehrkosten Reduktion Arbeitszeit OÄ und AÄ (55-Std.-W.), Sockelbeitrag für innerkantonale Zusatzversicherte usw.	+ 11 Mio.
– Veränderung Globalbudgetreserven (2003 Einlage, 2004 Entnahme)	– 6 Mio.
– Wegfall Schliessungskosten und Defizit Bezirksspital Breitenbach im 2004	– 15 Mio.
	– 10 Mio.

Im Budget 2005 mussten wiederum Mehrkosten im Betrage von rund 15 Mio. Franken (Gesamtarbeitsvertrag, 50-Stunden-Woche für Assistenz- und Oberärzte sowie Unterstellung der Assistenzärzte und -ärztinnen unter das Arbeitsgesetz) aufgenommen werden. Der Kostendeckungsgrad der Spitäler wird sich damit weiter verschlechtern.

3.3. Spitalbauten

In enger Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt wurden die bauliche Sanierung der Psychiatrischen Dienste des Kantons Solothurn, die Sanierung des Kantonsspitals Olten sowie der Höhenklinik Allerheiligenberg weitergeführt. Die infolge der Plafonierung der Investitionen verursachte Verzögerung der Sanierung des Kantonsspitals Olten um rund zwei Jahre kann nicht mehr aufgeholt werden.

3.4. Informatik

Am 1. Januar 2004 nahm die neue zentrale Spitalinformatik mit Ausnahme der verzögerten Fakturierung im ambulanten Bereich plangemäss ihren Betrieb auf.

Die zentrale Informatikabteilung betreut rund 1400 PC-Arbeitsplätze und ein Portfolio von gegen 100 Projekten. Im Jahr 2004 mussten die Mitarbeitenden der Informatikabteilung sowie das von der Ablösung des alten Informatiksystems und das von der Einführung des Tarmed betroffene Spitalpersonal ausserordentliche Arbeitsleistungen erbringen.

3.5. Aufsichtstätigkeit

Die Aufsichtstätigkeit erfolgt einerseits laufend über das Controlling im Rahmen der Globalbudgetierung (Leistungsaufträge und Mittelzuteilung). Andererseits wird die Aufsicht auch über die Staatsvertreter/innen in den Stiftungsräten sowie durch Anwesenheit an den Sitzungen der Spitalkommissionen wahrgenommen.

4. Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit (AGS)

4.1. Amt

Mit dem Jahr 2004 verfügt auch das AGS über ein Globalbudget. Allerdings ist das Globalbudget im Verhältnis zu den vielen unbeeinflussbaren Finanzgrößen eher klein. Der Bereich Zivilstand und Bürgerrecht wurde ins AGS integriert. Das Sozial-Informatiksystem «Tutoris» konnte abgenommen werden und läuft zufriedenstellend. AGS, Oberämter und Zivilstandsämter wurden nach ISO 9001:2000 rezertifiziert. Die Mitarbeiterzufriedenheit liegt bei 79%. Die neue kaufmännische Grundausbildung wurde für 20 Lehrlinge umgesetzt.

4.2. Gemeinden

4.2.1. Gemeindeorganisation

Die zunehmenden Bestrebungen zur Privatisierung von Dienstleistungsbereichen in den Gemeinden prägen die Entwicklungen im Gemeindebereich mit. Dabei geht es nicht nur um die Verselbstständigung von Kommunalbetrieben im Bereich der Energieversorgung, sondern um Bestrebungen, interkommunale Zusammenarbeit privatrechtlich zu regeln. Projekte wie «Wald AG» im Wasseramt oder die Idee einer «ARA AG» im unteren Leberberg werden intensiv diskutiert.

Zur Teilrevision des Gemeindegesetzes wurde eine Vernehmlassung durchgeführt und Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat weitergeleitet.

Zunehmend fehlt es kleineren Gemeinden an personellen Ressourcen, um ihre Aufgaben zufriedenstellend bewältigen zu können. Pro Jahr kommt es zu rund 1000 Kurzberatungen in juristischen, gemeindepolitischen oder administrativen Belangen.

8 (7) neue Gemeindeordnungen und 23 (24) Änderungen, 14 (20) neue Dienst- und Gehaltsordnungen und 13 (15) Änderungen sowie 3 (3) Zweckverbandsstatuten wurden genehmigt.

Aus dem Vorjahr waren 5 (9) und aus dem Berichtsjahr 22 (18), total 27 (27) Gemeindebeschwerden zu behandeln. Davon konnten 19 (22) erledigt werden. 8 (5) sind noch hängig.

4.2.2. Zusammenarbeit und Gebietsveränderungen

Im Berichtsjahr wurde folgender Gemeindezusammenschluss zur Einheitsgemeinde beschlossen: Einwohner- und Bürgergemeinde Aedermannsdorf.

Die Zusammenarbeit unter Gemeinden in Form von Dienstleistungsverträgen oder gemeinsamen Kommissionen bildet mittlerweile den grössten Teil unter neu beschlossenen Zusammenarbeitsprojekten.

Eine Besonderheit bildete die während mehrerer Jahre vorbereitete Gründung der evangelisch-reformierten Kirchgemeinde Kienberg. Damit wird die letzte auf dem Kantonsgebiet noch bestehende Lücke der evangelisch-reformierten Landeskirche geschlossen.

4.2.3. Finanzhaushalt

Das Schwergewicht lag auf der Bearbeitung von Problemstellungen in betriebswirtschaftlicher und organisatorischer Hinsicht (Abschreibungspraxis Bilanzfehlbetrag, detaillierte Vorschläge zum Schuldenmanagement Gemeinden, Abwasser-Spezialfinanzierung) und in der Konsolidierung des Schuldencontrollings gegenüber den Gemeinden. Intensiv sind vor allem Einwohnergemeinden mit einer Pro-Kopf-Verschuldung grösser als Fr. 5000.– oder einer dauernden Fortschreibung eines Bilanzfehlbetrages zu beobachten und nötigenfalls aufsichtsrechtliche Massnahmen einzuleiten.

Die Rechnungen werden nach speziellem Plan geprüft. Das Konzept ist seit 1996 in Kraft. Diese Prüfungen ergaben folgendes Ergebnis:

Rechnungsjahr 2000	2001		2002		2003		2004	
Ordnungsmässige Rechnungsablage	KG	EG	KG	EG	KG	EG	KG	EG
Rechnungsprüfungen (Revisionen)	117	44	75	44	—	126	28	126
Ordnungsmässig (Rating A)	14	0	2	12	—	11	5	46
Prüfungsbericht (Rating B)	77	5	50	21	—	83	17	49
Gravierende Mängel od. Rückweisung (Rating C)	19	5	13	7	—	32	6	—
Noch nicht erledigt	7	34	10	4	—	—	—	31

Gemeinden, die eine bestimmte Nettoschuld pro Kopf bzw. Mitglied ausweisen oder einen Bilanzfehlbetrag (kumulierte Defizite aus laufender Rechnung) ausweisen, werden auf einer Aufsichtsliste geführt und nach einem 4-Phasen-Vorgehen bearbeitet.

Hohe Nettoverschuldung	2000*	2001*	2002*
Einwohnergemeinden	7	4	3
Kirchgemeinden	4	4	3
Bilanzfehlbetrag (kumulierte Defizite aus laufender Rechnung)			
	2000*	2001*	2002*
Einwohnergemeinden	31	27	15
Bürgergemeinden	1	1	1
Kirchgemeinden	10	9	7

*Das Controlling des Berichtsjahres basiert wegen der im Gemeindegesetz vorgegebenen Fristen auf den Gemeinderechnungen der Vorvorjahre.

Pro Jahr kommt es zu rund 500 Kurzberatungen. Verschiedene Kurse für Finanzverwaltungen wurden durchgeführt.

4.2.4. Zivilstand

Die Berichtsperiode war geprägt vom Abschluss der Reorganisationsarbeiten im Zivilstandswesen und von der schweizweiten Einführung der neuen elektronischen Zivilstandsregisterführung (Infostar). Nach dem Wechsel vom Bau- und Justizdepartement ins Departement des Innern war es möglich, im Schwarzbubenland aus den zwei bisher vorgesehenen kantonalen Zivilstandsämtern Dorneck und Thierstein ein gemeinsames Zivilstandsamt in der Amtei Dorneck-Thierstein zu bilden. Da das gesamte Schweizer Zivilstandswesen per Mitte 2004 an das neue Infostar angeschlossen sein musste, wurde der Abschlusstermin für die Reorganisationsarbeiten um 1 Jahr vorverschoben. Per 1. Juli 2004 war die Neustrukturierung mit sechs regionalen Zivilstandsämtern abgeschlossen: Bucheggberg-Wasseramt (in Solothurn), Dorneck-Thierstein (in Dornach), Grenchen, Olten-Gösgen, Solothurn und Thal-Gäu (in Klus-Balsthal).

Auf Kantonsgebiet wurden 1628 Geburten beurkundet, davon 1012 im Kreis Solothurn und 602 im Kreis Olten-Gösgen; Todesfälle wurden 1881 bearbeitet, davon 694 in Olten-Gösgen und 578 im Kreis Solothurn. 908 Ehen wurden geschlossen, davon 215 in Olten-Gösgen, 211 in Solothurn und 188 in Bucheggberg-Wasseramt.

13 Adoptionsgesuche gingen neu ein und 16 konnten erledigt werden (14 gutgeheissen). 73 Namensänderungsgesuche gingen neu ein. 84 Gesuche konnte erledigt werden (55 gutgeheissen).

Aus dem Ausland gingen 733 Gesuche von Schweizer Bürgern um Anerkennung von Zivilstandsereignissen ein (251 Geburten, 101 Todesfälle, 223 Eheschliessungen und 158 Fälle aus verschiedenen Rechtsgebieten). 546 Anerkennungsverfahren konnten abgeschlossen werden.

Departement des Innern

428 Zivilstands dossiers mit ausländischen Urkunden wurden zwecks Eheschliessung in der Schweiz geprüft. 24 schriftliche Anfragen in verschiedenen Rechtsgebieten gingen ein, 22 davon konnten erledigt werden.

4.2.5. Bürgerrecht

54 Schweizer Staatsangehörige stellten ein Gesuch zur Erlangung des Kantonsbürgerrechts. Es gab keine Ablehnung. 44 Gesuche um Entlassung aus dem Kantons- und Gemeindebürgerrecht gingen ein, 39 konnten erledigt werden. Es gab keine Ablehnung. 4 Reglemente betreffend Einbürgerungstaxen wurden geprüft.

237 Gesuche von ausländischen Staatsangehörigen zwecks ordentlicher Einbürgerung gingen neu ein. Mit den Gesuchen aus Vorjahren (600) waren somit neu 837 hängig. Davon wurden 140 bewilligt, 35 mussten abgelehnt werden. Hängig per Jahresschluss sind somit noch 662 Gesuche. Die Pendenzen werden seit 2004 mit verstärktem Personaleinsatz bearbeitet und dürften im 2005 abgebaut sein. 260 Gesuche um erleichterte Einbürgerung von ausländischen Staatsangehörigen gingen ein, welche mit einem Schweizer Partner verheiratet sind. 224 konnten gutgeheissen werden, 32 wurden abgelehnt. Sonstige Gesuche um erleichterte Einbürgerung wurden 37 eingereicht, wovon 36 gutgeheissen werden konnten.

4.3. Soziale Institutionen

4.3.1. Krankenversicherung

Erarbeitung von Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat zur Prämienverbilligung in der Krankenversicherung 2004 und 2005. Änderung der Verordnung zum Bundesgesetz über die Krankenversicherung und der Verordnung über die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung.

Im Rahmen des Personenfreizügigkeitsabkommens mit der EU wurden im Jahr 2004 109 Gesuche eingereicht, davon wurden 12 ins Jahr 2005 übertragen. Flächendeckende Information der Gemeinden und der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber über die Versicherungspflicht. Beratung von Gemeindebehörden über die Durchsetzung des Versicherungsobligatoriums.

Genehmigt wurde

- die Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Hebammenverband, Sektion Aargau-Solothurn, und *santésuisse* Aargau-Solothurn über den für die Leistungen der Hebammen anwendbaren Taxpunktswert;
- der Vertrag zwischen *santésuisse* und der Tagesklinik im Spitalpark, Olten, betreffend Vergütung der ambulanten Fallpreispauschalen für Kataraktoperationen;

- der Vertrag zwischen santésuisse und der Privatklinik Pallas betreffend Vergütung der ambulanten Fallpreispauschalen für Katarakt- und Glaukomoperationen und Festsetzung des TARMED-Starttaxpunktwertes für die Privatklinik Pallas AG, Olten;
- der kantonale Anschlussvertrag zum Rahmenvertrag TARMED zwischen santésuisse Aargau-Solothurn und der Gesellschaft der Ärzte und Ärztinnen des Kantons Solothurn.

Der Tarifvertrag über die Rechnungstellung gegenüber Patienten der Allgemeinabteilung zwischen der Privatklinik Obach, Solothurn, und dem Verband Solothurnischer Krankenversicherer wurde verlängert sowie die Tarife im vertragslosen Zustand zwischen der Gemeinschaft Solothurnischer Altersheime und santésuisse Aargau-Solothurn über die Vergütung der Pflege von Heimbewohnern festgesetzt.

4.3.2. Sucht

In der ambulanten Suchthilfe wurde ein Leistungskatalog für die Leistungen der ambulanten Institutionen in den 4 Suchthilferegionen erarbeitet, welcher Grundlage der Jahresverträge für das Jahr 2004 ist. Weiter konnten neue Rahmenverträge für alle 4 Suchthilferegionen für weitere 4 Jahre (2004–2007) erarbeitet werden.

In Zusammenarbeit mit dem Contact Bern wurde ein Klientenzufriedenheitssystem effecta erarbeitet, welches im Juni 2004 in allen ambulanten Suchteinrichtungen des Kantons eingeführt wurde.

Das Projekt Kostenstellenrechnung für die stationären Drogeneinrichtungen des Kantons ist in Zusammenarbeit mit dem Contact Bern in Bearbeitung.

In der ambulanten Suchthilfe wurden im 2004 (2003) insgesamt 4,473 Mio. Franken (4.5 Mio. Franken) für die Finanzierung der Angebote der Prävention, Beratung, Therapie und Schadensminderung in den 4 Suchthilferegionen aufgewendet. In der stationären Therapie musste eine Institution letztmals mit einem Objektbeitrag unterstützt werden.

In der Fachkommission Sucht wurden im Jahr 2004 (2003) insgesamt 4 Sitzungen (4 Sitzungen) durchgeführt.

4.3.3. Menschen mit Behinderungen

2004 (2003) wurden an solothurnische Institutionen Fr. 1 851 608.70 (Fr. 2 306 660.70) und an ausserkantonale Heime Fr. 1 066 275.21 (Fr. 521 775.60) Betriebskosten- und Defizitbeiträge gewährt.

Departement des Innern

Die Bedarfsplanung 2004–2006 wurde vom Bundesamt für Sozialversicherung genehmigt und ist in der Umsetzungsphase.

Mit RRB Nr. 2004/444 vom 2.3.2004 wurde die Grundlage für die verpflichtende Einführung der Kostenrechnung nach IVSE ab 1.1.2005 für die Behindertenheime geschaffen.

Im Rahmen einer Neuorganisation des Bereiches soziale Institutionen im Kanton Solothurn wurde die Einführung einer bedarfsorientierten Steuerung und leistungsorientierten Finanzierung der stationären Angebote für Menschen mit Behinderung beschlossen. In einem nach Wohnheim und Werkstätten getrennten aufwändigen Evaluationsverfahren, welches zusammen mit Institutionsvertretern der jeweiligen Bereiche und der Firma BRAINS zwischen 2003 und 2004 durchgeführt wurde, setzte sich das Instrument GBM (Gestaltung der Betreuung von Menschen mit Behinderung) des Bundesverbandes Evangelischer Behindertenhilfe e. V. (BeB) klar durch. Dieses wird per RRB im Jahr 2005 zur Einführung freigegeben.

Das Behindertenleitbild wurde 2004 per RRB in Kraft gesetzt.

Im Behindertenbereich wurden im 2004 (2003) 11 (9) Betriebsbewilligungen erteilt. 30 (31) Institutionen wurden die Taxen für das Betriebsjahr 2004 (2003) bewilligt.

4.3.4. Spitex

Auch im Jahr 2004 konnten in Zusammenarbeit mit dem Spitex-Verband statistische Angaben der Organisationen zuhanden des Bundes erhoben werden. Im Jahr 2004 wurde die Spitex-Statistik vom Spitex-Verband Kanton Solothurn gemäss Leistungsvereinbarung erstellt.

Im Jahr 2004 wurde 1 neue Betriebsbewilligung erteilt.

Im Jahr 2004 eine kantonale Stelle für die Bedarfsabklärung für direkt angestelltes Pflegepersonal zu Hause geschaffen. Der kantonale Spitexverband wurde mit dieser Aufgabe betraut und es wurde eine entsprechende Leistungsvereinbarung unterzeichnet.

4.3.5. Alter

Die Kostenermittlung nach KVG wurde per 1.1.2004 durch das AGS verifiziert.

Ende 2003 wurde mit den Vorarbeiten betreffend Heimplanung begonnen.

Zu den aus RAI gewonnenen Qualitätsindikatoren fanden diverse Workshops statt. Der standardisierte Qualitätsbericht musste erstmals per 31.12.2003 von den Alters- und Pflegeheimen erstellt werden. Dieser kann von Krankenversicherern und der Aufsichtsbehörde eingesehen werden.

Es wurden 10 definitive Betriebsbewilligungen erteilt. 46 Heimen wurden 2004 die Taxen für das Betriebsjahr 2005 bewilligt.

2004 wurden 22 angemeldete und 4 unangemeldete Aufsichtsbesuche durchgeführt. Einige standen im Zusammenhang mit der Fortsetzung der Betriebsbewilligung, andere dienten zur Klärung von Fragen in Beschwerdefällen oder routinemässig. Es gingen mehrere Beschwerden ein, die bis auf 3 erledigt werden konnten. Es wurden insgesamt 14 RAI-Controllings durchgeführt. Dabei konnte festgestellt werden, dass das RAI/RUG in den meisten Fällen korrekt angewendet wird.

Ende 2004 sind alle solothurnischen Alters- und Pflegeheime mindestens einmal vom RAI-Controlling-Team besucht worden.

Die Fachkommission Alter trat 2004 zu 5 Sitzungen zusammen.

Das Projekt SO!PRA wurde im Jahr 2004 erfolgreich weitergeführt. Die Projektphase ist abgeschlossen.

4.4. Soziale Dienste und Vormundschaft

4.4.1. Allgemeines

Gestützt auf eine vom Regierungsrat verabschiedete Umsetzungsvorlage zum Kinderschutzkonzept wurden eine interdisziplinäre Kinderschutzgruppe ins Leben gerufen und ein aus Fonds-Mitteln finanziertes Pilotprojekt für die Schaffung einer Fachstelle Kinderschutz bewilligt. Die Fachstelle Kinderschutz wurde bei der Trägerschaft der Familienberatung Olten-Gösgen angesiedelt. Aufgaben, Finanzierung, Reporting und Evaluation der Fachstelle wurden mit einer vierjährigen Leistungsvereinbarung zwischen AGS und Trägerschaft geregelt. Nach Vollendung der Vorbereitungsarbeiten startete die Fachstelle am 3.1.2005 mit der Arbeit.

Neben der Mitwirkung zur Realisierung einer Kinderkrippe für das Staatspersonal wurden im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung die Gesuche im Zusammenhang mit der Bundesanstossfinanzierung vorgeprüft, eine Umfrage bei den Kindertagesstätten zu Finanzierung, Vernetzung und Qualitätsstandards durchgeführt und logistischer Support für einzelne Kindertagesstätten geleistet. Der Ertrag der Bettagskollekte 2004 wurde schwerpunktmässig Institutionen der familienergänzenden Betreuung gewidmet.

Departement des Innern

Nach unbenutztem Ablauf der Referendumsfrist wurde die vom Kantonsrat verabschiedete Revision des Einführungsgesetzes zum ZGB per 1.1.2005 in Kraft gesetzt.

Die Leistungsvereinbarung zwischen AGS und FOCUS betreffend KOMPASS-Familienplatzierung und Familienbegleitung wurde zu den gleichen Bedingungen um ein Jahr verlängert. Die Leistungsvereinbarungen in den Bereichen Opferhilfe, Frauenhaus und Jugendförderung wurden begleitet und evaluiert.

Mitberichte, Stellungnahmen oder Antworten zu parlamentarischen Vorstössen wurden erarbeitet in den Bereichen Revision Vormundschaftsrecht, Familienpolitik der Kantone, Disziplinar massnahmen für Schüler und Schülerinnen, Kinderarmut, Ergänzungsleistungen für Familien, Menschenhandel und Übereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten.

4.4.2. Familie – Kinder – Jugend

Anstossfinanzierung und Angebotserweiterung im Bereich der familienergänzenden Betreuungsangebote: Es wurde zu 5 Beitragsgesuchen betreffend Bundesgesetz über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung befürwortend Stellung genommen. Alle 5, davon 4 für Institutionen der Betreuung und 1 für Struktur und Koordination, wurden gutgeheissen. Gesamthaft ermöglichte die Bundesfinanzhilfe eine Angebotserweiterung von 46 Plätzen.

Haager Adoptionsübereinkommen: Das am 1.1.2003 in Kraft getretene Bundesgesetz zum Haager Adoptionsübereinkommen hat zum Ziel, die Abklärungen im Vorfeld internationaler Adoptionen und damit die Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten zu verbessern.

Im Jahr 2004 (2003) wurden insgesamt 22 (33) Gesuche für eine Pflegeplatzbewilligung eingereicht. Es wurden 17 provisorische Pflegeplatzbewilligungen ausgestellt, davon waren 5 aus eingereichten Gesuchen des Jahres 2003 und 12 aus dem Jahre 2004. Insgesamt wurden 7 (5) definitive Pflegeplatzbewilligungen erteilt, 0 (3) Gesuche wurden annulliert und 0 (1) Gesuche sistiert.

4.4.3. Opferhilfe

Entschädigung und Genugtuung: Zu den aus den Vorjahren hängigen 153 Verfahren kamen im Jahr 2004 51 neue Anträge dazu (2003: 137/62). 4 Vorschüsse wurden geleistet und 40 Verfahren abgeschlossen (Vorjahr: 10/51). Dabei wurden Fr. 298'488.45 an Genugtuungen und Fr. 90'467.25 an Entschädigungen ausbezahlt. Insgesamt wurden somit Fr. 388'955.70 (2003: Fr. 720'606.95) ausgerichtet.

Seit 1993 beläuft sich die Totalsumme ausbezahlter Genugtuungen und Entschädigungen auf Fr. 3 414 045.60. Rückerstattet wurden im Jahr 2004 Fr. 56 657.65 (insgesamt seit 1993 Fr. 128 551.25) und abgeschrieben wurden Fr. 1 372 487.85 (gesamthaft seit 1993 Fr. 1 933 760.55).

Sofort- oder weitere Hilfen: Ausgerichtet wurden Leistungen im Umfang von Fr. 476 324.15 (220 Fälle), davon Fr. 253 635.10 als Soforthilfen.

Für das Jahr 2004 wurden Fr. 369 060.– an die Trägerschaften der Dargebotenen Hand (Nordwestschweiz, Aarau und Basel), der Opferhilfe AG/SO und der Frauenhäuser Aargau und Luzern für deren vertraglich festgelegte Leistungserbringung überwiesen.

4.4.4. Vormundschaftsbeschwerden

Vormundschaftsbeschwerden: Im Jahr 2004 (2003) sind 14 (12) Beschwerden eingegangen. Davon konnten 8 (12) erledigt werden. 1 (0) Beschwerde ist bis Januar 2005 sistiert und aus dem Jahre 2002 wurde ebenfalls 1 (1) bis auf Weiteres sistiert.

Aufhebung von Sparheften: Mit einer Weisung wurden die Vormundschaftsbehörden aufgefordert, in ihrer Verwaltung stehende nachrichtenlose Vermögen bis zu einem Betrag von Fr. 100 000.– konsequent auf dem Verwaltungsweg zu liquidieren.

Auf Antrag von 1 (1) Vormundschaftsbehörde wurden 2 (2) Sparhefte im Betrage von Fr. 11 490.30 (Fr. 8712.80) aufgehoben. Die daraus resultierenden Beträge fielen je zur Hälfte, d. h. je Fr. 5745.15, den Gemeinden für die Erfüllung von Aufgaben in der Sozialhilfe und dem Kanton zu.

4.4.5. Fürsorgerische Freiheitsentziehung

Verfahren: Im Berichtsjahr wurden total 505 (542) Verfahren nach Art. 397a ZGB beantragt. Über die Anträge wurde nach Prüfung und Gewährung des rechtlichen Gehörs wie folgt entschieden:

Bei 359 (387) Personen wurde eine fürsorgerische Freiheitsentziehung angeordnet, wobei davon 104 (122) Fortsetzungen der bereits angeordneten Massnahme; 10 (2) Versetzungsverfügungen; 10 (9) Verfügungen zur stationären Begutachtung.

Bei 10 (5) Personen wurden mittels Verfügung Weisungen erteilt und bei 0 (2) Personen eine ambulante Begutachtung.

Bei 125 (82) Personen wurde das Verfahren eingestellt, da sich dieselben zu einem freiwilligen Aufenthalt in einer psychiatrischen Klinik entschliessen konnten.

Departement des Innern

Bei 87 (66) Personen wurde das Verfahren eingestellt, da dieselben die psychiatrische Klinik vor resp. kurz nach der Gewährung des rechtlichen Gehörs bereits wieder verlassen konnten.

Gesamthaft wurden im Berichtsjahr 393 (403) Verfügungen, davon 255 (254) erstmalige Verfügungen fürsorgerische Freiheitsentziehung, 104 (122) Fortsetzungen der angeordneten Massnahme, 10 (2) Versetzung; 10 (9) Verfügungen mit Anordnung zur stationären Begutachtung, 0 (2) Verfügungen mit Anordnung zur ambulanten psychiatrischen Begutachtung, 10 (5) Verfügungen mit Anordnung von Weisungen erlassen; 0 (3) Aufhebungen, 4 (6) Verfügungen Gutachterkosten.

Es gab 359 (387) Anordnungen einer fürsorgerischen Freiheitsentziehung, 0 (2) Weisungen zur ambulanten psychiatrischen Begutachtung, 10 (5) Weisungen zur ambulanten Betreuung.

Die angeordneten fürsorgerischen Freiheitsentziehungen wurden in 349 (382) Fällen in psychiatrischen Kliniken und in 10 (5) Fällen zum Teil in anderen Institutionen vollzogen.

Gegen die Verfügungen über die Verfahren i.S. fürsorgerischer Freiheitsentzug wurden beim Verwaltungsgericht 82 (71) Beschwerden eingereicht. Davon wurden vom Verwaltungsgericht 6 (3) Beschwerden gutgeheissen, 3 (2) Beschwerden teilweise gutgeheissen, 31 (27) Beschwerden abgewiesen, 40 (39) Beschwerden als gegenstandslos oder infolge Rückzugs abgeschrieben. 2 Urteile sind noch ausstehend.

4.5 Sozialhilfe und Asyl

4.5.1. Sozialhilfe

2004 waren 4145 (3516) laufende Sozialhilfedossiers zu behandeln. Die Bruttoaufwendungen aller Gemeinden für Sozialhilfe und Massnahmekosten betrugen 53,4 (40,7) Mio. Franken.

22 (32) Massnahmevollzugsfälle wurden über den Kanton abgerechnet. Sie werden von den Gemeinden als Sozialhilfe angezeigt und dem Lastenausgleich angerechnet.

Nach Abzug von Rückerstattungen und Verwandtenunterstützungsbeiträgen entfielen total 52,4 (28,5) Mio. Franken auf den Lastenausgleich.

An Rückerstattungen und Verwandtenunterstützung konnten im Berichtsjahr total Fr. 1127942.15 (1013710.40) vereinnahmt werden. Nach anteilmässiger Verrechnung von Fr. 1044945.15 (918068.20) verblieben Fr. 82997.– (95642.20) aus Rückerstattungen zugunsten des Staates. In 31 (27) Fällen wurden Eingaben in die Vermögensnachlasse von unterstütz-

ten Personen gemacht. Daraus resultierten Fr. 351 014.20 (111 379.65). 10 (9) Fälle mussten stiiert werden, da kein genügender Nachlass vorhanden war.

Mittels Grundpfandverschreibung sind Fr. 1 355 557.75 (1 255 782.45) sichergestellt worden. Ende 2004 waren noch Fr. 678 447.95 (685 897.90) zur Errichtung einer Grundpfandverschreibung angemeldet.

Aus dem Vorjahr und dem Berichtsjahr waren total 109 (100) Beschwerden zu bearbeiten. Davon konnten 84 (87) erledigt werden und 25 (13) sind noch hängig.

Die Gemeinden wurden mittels 7 (6) «Sozialhilfe-Info/Kreisschreiben» orientiert und instruiert. Durch die Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz wurden in Zusammenarbeit und Unterstützung durch das Amt für Gemeinden und soziale Sicherheit im Rahmen des Weiterbildungszyklus für Funktionsträger/innen in Sozialhilfebehörden des Kantons Solothurn zwei Weiterbildungsveranstaltungen durchgeführt. Eine Veranstaltung beinhaltete 3 Kursabende mit den Themen «Das Intakeverfahren», «Das Subsidiaritätsprinzip» und «Die persönliche Hilfe». Im Zusammenhang mit dem «Controlling in der Sozialhilfe» wurden bei 12 Sozialhilfebehörden Kontrollbesuche vorgenommen. 1 Gemeinde konnte mit «sehr gut», 7 mit «gut», 4 mit «genügend» und 0 mit «ungenügend» bewertet werden.

4.5.2. Personen mit illegalem Aufenthalt (Nichteintretensentscheid)

Erstmals erhalten Personen mit einem Nichteintretensentscheid (NEE) keine Sozialhilfe mehr. Mittels RRB Nr. 1051 vom 18.5.2004 wurden bezüglich Nothilfe Richtlinien erlassen. Zudem wurde eine kantonale Anlaufstelle geschaffen. Mehr als 200 Personen mussten vom 1.4.2004 bis 31.12.2004 aus den Asylunterkünften ausgewiesen werden. 112 Personen mit NEE bezogen Nothilfe. Davon erhielten 56 Personen eine Verfügung auf Nothilfestopp. Erhobene Beschwerden wurden vom Verwaltungsgericht des Kantons Solothurn abgewiesen. Dagegen wurde von einem Teil der Betroffenen beim Bundesgericht Beschwerde erhoben. Das Bundesgericht hat Ende Dezember diesbezüglich superprovisorische Verfügungen erlassen: Den Beschwerdeführern muss folglich bis zum endgültigen Entscheid des Bundesgerichtes weiterhin Nothilfe ausbezahlt werden. Die Nettoaufwendungen für den NEE-Bereich betrugen im Berichtsjahr 93 625 Franken.

4.5.3. Asyl

Gemäss der 2003 eingereichten Motion der FDP/JL-Fraktion zur Schaffung einer Vorlage zwecks Realisierung eines Sicherheitszentrums für renitente Asylsuchende wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die Arbeitsgruppe wird die Arbeit Anfang 2005 abschliessen und dem Regierungsrat Antrag stellen.

Nach dem Asylgesetz hat der Kanton Solothurn 3,5% der Personen aufzunehmen, welche beim Bund ein Asylgesuch stellen. Der Bund verzeichnete im Berichtsjahr 14 248 (20 806) Gesuchseingänge. Der Bund hat dem Kanton Solo-

Departement des Innern

thurn 436 (725) Personen zugewiesen. Per Ende 2004 befanden sich 1725 (1918) Personen aus dem Asylbereich im Kanton Solothurn. 967 (1204) Personen im Asylverfahren und 651 (714) Personen mit vorläufiger Aufnahme. Davon 618 (620) Kinder und Jugendliche bis 18 Jahre.

Gemäss Asylgesetz entschädigt der Bund den Kantonen die Betreuungskosten. In Anwendung der bisherigen Stellenverrechnungen ergibt sich für 2004 ein Kontingent von 38,38 (44,35) Stellen.

Der Kanton Solothurn verfügte Ende 2004 in der 1. Unterbringungsphase über total 186 (309) Plätze (Oberbuchsiten 80, Selzach 55, Balmberg 42 und 9 Notplätze in einer Wohngruppe in Zuchwil). Die Zentren Olten, Solothurn und Zuchwil wurden infolge des starken Rückgangs an Asylsuchenden per Ende 2004 geschlossen. Zuchwil ist seit Anfang 2004 ein Bildungszentrum.

Mit RRB Nr. 2150 vom 25.11.2003 wurde der kantonale Zuweisungsschlüssel für das Jahr 2004 auf 1 Person pro 400 (300) Einwohner/innen festgelegt. Infolge des starken Rückgangs der Asylgesuche und der neuen Praxis bezüglich Personen mit Nichteintretensentscheiden (NEE) wurde mit RRB Nr. 1957 vom 21.9.2004 der Zuweisungsschlüssel auf 700 erhöht (rückwirkend auf 1.7.2004). Den Gemeinden wurden im Berichtsjahr 305 (506) Personen zugewiesen. Per Ende 2004 zeigten 48 (45) Gemeinden einen Aufnahme-Rückstand von 266 (272) Personen. 45 (47) Gemeinden hingegen wiesen einen Aufnahme-Vorsprung von 376 (355) Personen auf.

Die kantonalen Aufwendungen im Asylbereich beliefen sich im Jahr 2004 auf 22,6 (23,9) Mio. Franken. Der Ertrag aus Bundesmitteln betrug 23,2 Mio. (26,1) Franken. Somit wurden 0,6 Mio. Franken dem Asylfonds als Rückstellung zweckgebunden überwiesen. Per Ende 2004 wurden 739 Dossiers geführt. Im Verlaufe des Jahres waren 356 Zugänge sowie 559 Abgänge zu verzeichnen.

2004 wurde gemäss RRB 2033 vom 11.11.2003 und dem AGS Konzept vom 24.10.2003 die Fachstelle für unbegleitete minderjährige Asylsuchende erfolgreich aufgebaut. Zusätzlich wurde die Gemeindeberatung von der Caritas Schweiz losgelöst und im AGS aufgebaut. An Weiterbildungsveranstaltungen der Asylkoordination (Finanzen und Logistik) nahmen insgesamt 110 Teilnehmende aus 29 Gemeinden teil.

157 (170) Kostengutsprachegehalte im zahnmedizinischen Bereich mussten 2004 behandelt werden.

Als Betreuungsentschädigung wurden den Gemeinden Fr. 861'900.- (511'109.-) angewiesen.

Der Kanton hat mit dem Bund für die Durchführung von Beschäftigungsprogrammen wiederum eine Leistungsvereinbarung abgeschlossen. Die Aus-, Fortbildungs- und Jugendprojekte werden von der Caritas Schweiz im Auf-

tragsverhältnis des Kantons mit sehr guter Beteiligung geführt.

Die Krankenversicherung von Asylsuchenden und die gesamte Administration darüber wurden weiterhin mittels Leistungsauftrag durch die Caritas Schweiz, Fachstelle Gesundheitskosten, bewältigt.

Mit der Caritas Schweiz besteht seit 2000 ein Leistungsvertrag für das Projekt «Begleitetes Wohnen» im Asylbereich. Das Projekt ist permanent ausgelastet und erfordert deshalb per 2005 einen Ausbau.

4.5.4. Flüchtlinge

Gestützt auf die Bestimmungen des Asylgesetzes fällt die Zuständigkeit zur Sicherstellung von persönlicher und wirtschaftlicher Hilfe aller Flüchtlinge mit Aufenthaltsbewilligung in die Zuständigkeit des Kantons bzw. der Einwohnergemeinden. Den Einwohnergemeinden werden die Aufwendungen dafür nach Massgabe des Bundes abgegolten. Per Ende 2004 wurden 47 Dossiers geführt. Im Verlaufe des Jahres waren 26 Zugänge sowie 12 Abgänge zu verzeichnen. Die Aufwendungen im Flüchtlingsbereich beliefen sich 2004 auf 1,11 Mio. (1,2) Franken. Der Ertrag aus Bundesmitteln betrug 1,48 Mio. Franken. Somit wurden 0,37 Mio. Franken dem Flüchtlingsfonds als Rückstellung zweckgebunden überwiesen.

4.6. Oberämter

4.6.1. Wahlen und Abstimmungen

13 eidg. und 9 kant. Vorlagen gelangten zur Abstimmung. Insgesamt fanden 3 Ersatzwahlen statt und 5 Amtsgelöbnisse wurden abgenommen.

4.6.2. Vollstreckungen

Vollstreckungen nach Verwaltungsrechtspflegegesetz: Es wurden 39 (73) Vollstreckungen anbegehrt, insgesamt mussten 3 (9) Ersatzvornahmen (Zwangsvollstreckungen) angeordnet werden, gegen 5 (2) wurde Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben. Vollstreckungen nach Zivilprozessordnung: Es wurden 90 (65) Vollstreckungen anbegehrt. Einsprachen beim zuständigen Oberamtsvorsteher erfolgten 4 (4) und in 3 (2) Fällen wurde das Verwaltungsgericht angerufen. Exmissionen: Es wurden 190 (163) Miet-Exmissionen durchgeführt. In 2 (7) Fällen wurde das Verwaltungsgericht angerufen. Einweisungen in geschlossene Kliniken: Nach VRG wurden 2 (1) Einweisungsverfügungen durchgesetzt.

4.6.3. Sozialaufgaben und Vormundschaft

Adoptionen: 16 (21) Untersuchungsaufträge und 18 (13) Zustimmungsverfahren zu Adoptionen wurden durchgeführt.

Pflegekinder: Am 31.12.2004 waren 117 (130) Kinder bei Pflegeeltern in Familienpflege sowie 158 (180) in Tagespflege mit Entgelt untergebracht. 30 (37) Spielgruppen sind z. Zt. der oberamtlichen Aufsicht unterstellt. Es sind 65 (86) Pflegeverhältnisse aufgelöst worden (Erreichung Altersgrenze, Wegzug, Rückkehr zu den Eltern). Ausserdem wurden 7 (12) Kinder adoptiert.

Inkasso von Unterhaltspflichten (Alimente): 722 (737) Inkassi wurden durchgeführt; Betrag Fr. 4 195 620.– (3 786 400.–) Bevorschussung von Kinderalimenten: z. Zt. erfüllen 992 (919) Gesuchsteller die Voraussetzungen zur Bevorschussung der Kinderalimente. Total wurden Fr. 8 014 765. – (7 226 067.–) bevorschusst. Der Inkassoerfolg an laufenden sowie früheren Bevorschussungen beziffert sich auf Fr. 3 206 341.– (2 963 115.–). Fr. 4 808 424.– (4 262 952.–) ist der Anteil der Gemeinden.

Vormundschaftliche Beschwerden: Eingereicht wurden 85 (75); davon sind 61 (48) entschieden und in Rechtskraft erwachsen; in 9 (6) Fällen wurde die nächste Instanz angerufen. Vormundschaftliche Massnahmen: 10 (10) Vormundschaften und 20 (16) Beiratschaften wurden verfügt. Ernennungsakten wurden 875 (776) überprüft und genehmigt. Vormundschaftliche Rechnungsablagen: Nachprüfungen und Genehmigungen erfolgten in 1553 (1490) Fällen; in zutreffenden Fällen wurden Bereinigungsverfahren durchgeführt. Vormund-, Beistand- und Beiratschaften sowie Erziehungsaufsichten: am 31.12.2004 waren insgesamt 3523 (3350) Personen vormundschaftlichen Massnahmen unterstellt, davon 2248 (2008) Nichtkantonsbürger. Die Durchführung von öffentlichen Inventaren ist für 0 (1) Fälle verfügt worden. Entzug der elterlichen Sorge: Entscheidverfahren wurden in 5 (2) Fällen durchgeführt. Betreuungsmassnahmen: Massnahmen wurden 153 (32) verfügt und Anträge auf fürsorgliche Freiheitsentziehung erfolgten 11 (15), Ermahnungen 10, Verwarnungen 0, Verpflichtungen zur Enthaltsamkeit 0, Zuweisung an Fürsorgestellen 152, Anträge auf vormundschaftliche Massnahmen 5, Weisungen (ärztl. Behandlung unterziehen) 5, freiwillige Heim- bzw. Anstaltentritte 0 und schliesslich KAPO-Meldungen von Drogenkonsumenten 254.

4.6.4. Beratungen und Vermittlungen

Ombudsgeschäfte: Beratung der Bürger im Kontakt mit der Verwaltung: Anzahl Beratungen 43 (39) schriftlich, 724 (659) telefonisch und 161 (165) persönlich. Beratungsdienst der Oberämter: 148 (147) schriftlich, 3644 (3057) telefonisch und 363 (736) anlässlich persönlicher Vorsprachen. Kantonale Einsichtsstelle gemäss Art. 12 des Publikationsgesetzes: Die Staatskanzlei und die Oberämter Thal-Gäu, Olten-Gösigen sowie Dorneck-Thierstein sind als kanto-

nale Einsichtstellen bezeichnet. Dies erfordert eine permanente A-jour-Haltung der Gesetzessammlungen und die entsprechende Betreuung der Einsichtsuchenden.

4.6.5. Mietschlichtung

Anrufungen: 636 (680) Begehren i. S. Mietzinserhöhung, Kündigung, Gesuch um Erstreckung des Mietverhältnisses, Hinterlegung von Mietzinsen etc. bewirkten Durchführungen von Verfahren (Präsidial- und Dokumentenbeweisverfahren, Verhandlungen vor Schlichtungsbehörden etc.). Erledigung: 333 (340) Vergleiche, 46 (87) Feststellungen keiner Einigung, 200 (231) Rückzüge, 32 (39) Entscheide (Urteilsofferten, die bei Inkrafttreten einem gerichtlichen Urteil entsprechen). Beratung/Auskünfte: Beratungen (telefonisch, persönlich und/oder schriftlich) erfolgten laufend und erfordern einen durchschnittlichen Aufwand von 54 (47) Stunden wöchentlich. Schlichtungsbehörde: Es fanden 129 (132) halbtägige Sitzungen statt, wobei die Oberämter jeweils mit zwei Personen (Präsidium sowie Schriftführungen) mitzuwirken haben, 376 effektive Verhandlungen wurden durchgeführt.

4.6.6. Schlichtungsstelle für die Gleichstellung der Geschlechter

Anrufungen erfolgten keine, Beratungen 2.

4.6.7. Weitere Aufgaben

2004 ergab die Bettagskollekte einen Betrag von Fr. 176 409.– (176 303.–). Buchhaltung, Inkasso etc.: Rechtsbezugshandlungen: 351 (340) Betreibungsbegehren; 50 (65) Rechtsöffnungsbegehren; 279 (421) Fortsetzungsbegehren; 12 (30) Verwertungsbegehren; 7 (16) Konkurseingaben; 3 (2) Inventareingaben. Hundehaltung: 68 (56) Klagen gingen ein und wurden mit Entscheidungsverfahren gebührenpflichtig erledigt. Einbürgerungen: Berichte und Befragungen in 399 ordentlichen sowie 195 erleichterten Einbürgerungsverfahren wurden verfasst bzw. durchgeführt. Bewilligungsverfahren wurden durchgeführt: 1362 (2461) Grenzkarten (kleiner Grenzverkehr schweizerisch-deutsche Grenze); 426 (167) Ausweise für Invalide (Fahrvergünstigungen), 274 (296) Freianglerbewilligungen; 110 (107) Fischereikarten; 32 (23) Leichenpässe (die Zahlen in Klammern basieren auf dem Stichtag per 31.12. 2003 oder aber auf dem Durchschnittswert der Jahre 2002 und 2003).

5. Amt für öffentliche Sicherheit

5.1. Allgemeines

2004 konnten die baulichen Sofortmassnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Therapiezentrum IM SCHACHE als Anstalt für psychisch auffällige Straftäter im Massnahmenvollzug fertig gestellt werden. Am 30. April hielt das Strafvollzugskonkordat der Nordwest- und Innerschweiz seine Frühjahrskonferenz in der umgebauten Anstalt ab. Die Arbeiten für die spätere Zusammenlegung mit der Strafanstalt Schöngrün wurden weiter vorangetrieben. Die Grundlagenarbeiten werden deshalb rechtzeitig abgeschlossen werden können, um 2005 den Wettbewerb für die neue Anstalt durchzuführen. Zwischen Personal und Leitung der Strafanstalt Schöngrün konnte ein Vergleich abgeschlossen werden, der das seit Jahren schwelende Problem der Anrechnung der Präsenzzeit während der Nachtschicht aus der Welt schaffte. Nach über 40 Dienstjahren wurde der Verwalter des Untersuchungsgefängnisses Solothurn, Werner Nyffenegger, mit Dank und Anerkennung für die geleisteten Dienste auf Ende November pensioniert. Als Nachfolger wurde Siegfried Vonmoos gewählt. Nach der turbulenten Einführungsphase im Vorjahr erfolgte die Ausstellung von Ausweispapieren (Pässe und Identitätskarten) 2004 reibungslos. Dem Referendum von 33 Gemeinden gegen den neuen Verteilungsschlüssel der Einnahmen aus dem Ausweiswesen war in der Abstimmung vom 16. Mai kein Erfolg beschieden: Mit 45 564 JA gegen 29 797 NEIN wurde die Vorlage deutlich angenommen. Seit dem 1. Januar wird das gesamte Amt für öffentliche Sicherheit mittels Globalbudget geführt. Die Umstellung erfolgte ohne nennenswerte Schwierigkeiten. Die Vorarbeiten für die vollständige Integration des Rechnungswesens in das System SAP konnten erfolgreich abgeschlossen werden.

5.1.1. Rechtsdienst

Im Jahr 2004 sind 56 Beschwerden aus den Geschäftsbereichen des Amtes bearbeitet worden.

5.2. Freiheitsentzug und Betreuung/Straf- und Massnahmenvollzug

5.2.1. Straf- und Massnahmenvollzug

Total 2004	Allgemeines		Vollzogene Strafen										Massnahmen		Behandlungen		Rechtsilfe gegenüber anderen Kantonen	Verfügungen						Bedingter Straf- vollzug		Straf- register Meldungen				
			in ausserkant. Männer		Anstalten Frauen		kantonale Urteile in SA Schöngrün		in Halbbe- fangenschaft		in Electronic Monitoring		in gemeinn. Arbeit		Verwahrung Art. 42 StGB	Arbeitserziehung Art. 100bis StGB		geistig Abnorme Art. 43 StGB	Trunksüchtige, 44 StGB	Rauchgiftsüchtige	Bedingte/probeweise Entlassung	Rückversetzungen	Aufhebungen/ Einstellungen v. Massn.	Weiterführungen von Massnahmen	Aufschub von Strafen z.G. Massnahme	Verweigerung bed. Entlassung	Diverse Verfügungen	Bedingt. gewählter Strafvollzug	Widerufe durch ausserkant. Gerichte	Schweizer
	Aufgebote Strafvollzug/Total Strafen		Strafen		Verpflegungstage		Strafen		Verpflegungstage		Strafen (ab Juni 2003)		Vollzugstage (ab Juni 2003)																	
	26838	1883	76	14752	2	186	21	5713	32	2974	67	3946	170	4323	3	2		3	5	11	423	60	8	6	0	16	0	3	1247	33

5.2.2. Belegung der Gefängnisse und des Wohnheims Bethlehem in Wangen bei Olten

Total 2004	UG Solothurn						UG Olten						Wohnheim Bethlehem				insgesamt UG und WHB					
	Gefängnissträflinge						Gefängnissträflinge						Gefängnissträflinge				Gefängnissträflinge					
	Haftsträflinge						Haftsträflinge						Haftsträflinge				Haftsträflinge					
	Untersuchungsgef.angene						Untersuchungsgef.angene						Untersuchungsgef.angene				Untersuchungsgef.angene					
	andere Inassen (inkl. Ausschaffung)						andere Inassen (inkl. Ausschaffung)						andere Inassen (inkl. Ausschaffung)				andere Inassen (inkl. Ausschaffung)					
	Total Personen						Total Personen						Total Personen				Total Personen					
	Total Verpflegungstage						Total Verpflegungstage						Total Verpflegungstage				Total Verpflegungstage					
	Total Verpflegungstage						Total Verpflegungstage						Total Verpflegungstage				Total Verpflegungstage					
179	10	234	577	1000	15718	130	0	197	328	655	8146	49	0	49	2974	358	10	431	0	905	1704	26838

5.2.3. Bewährungshilfe

Aktivitäten Bewährungshilfe	2004
Klienten mit Bewährungshilfe	169
Klienten mit gemeinnütziger Arbeit/Bussenabverdienen	463
Electronic Monitoring	105
Klienten mit durchgehender Betreuung	263
Freiwillige Klienten	54
Stellungnahmen betr. bedingte Entlassung	80
Sozialberichte und Gerichtsverhandlungen	22
Anzahl Gespräche Bewährungshilfe	1512
Anzahl Gespräche durchgehende Betreuung	492
Einkommensverwaltungen	10
Fürsorgeleistungen	Fr. 2341.55

5.3. Ausländerfragen

5.3.1. *Allgemeines*

Gemäss Ausländerstatistik des Bundesamtes für Migration betrug die ständige ausländische Wohnbevölkerung gesamtschweizerisch Ende August 2004 1 487 404 Personen, was einem Anteil von 20,2 Prozent der gesamten Wohnbevölkerung der Schweiz entspricht. Im Kanton Solothurn hielten sich 43 661 ausländische Staatsangehörige auf, was einem Anteil von 17,7 Prozent entspricht. 18 629 Personen stammen aus dem EU-Raum, 25 032 Personen aus Drittstaaten. Gemäss Asylstatistik des Bundesamtes für Migration wurden im Jahr 2004 rund 20% weniger Asylgesuche gestellt. 79 374 Personen im Asylstatus lebten in der Schweiz. Im Kanton Solothurn hielten sich 1725 Personen auf. Schweizweit stellte die Papierbeschaffung für Personen aus dem Asylbereich sowie für illegal anwesende Personen eine der Herausforderungen dar. 2004 wurden 2330 Personen aus dem Asylbereich zurückgeführt, davon 222 Personen aus dem Kanton Solothurn (ANAG und Asyl).

5.3.2. *Asyl*

Aufgrund des sich bereits zu Beginn des Jahres abzeichnenden Rückgangs der Asylgesuche wurden die Pensen im Bereich Asyl in Absprache mit den betroffenen Mitarbeitenden per 1. März 2004 um 80% reduziert. Trotz Rückgangs der Asylgesuche bedeuten die vom Bund entschiedenen Nichteintretentsentscheide (NEE) für den Bereich einen bedeutenden Mehraufwand.

5.3.3. ANAG/Integration

Der Kanton Solothurn hat die Zusammenarbeit mit dem Ausländerdienst (ALD) per 30. November 2004 beendet. Die Abteilung Ausländerfragen führte seit dem 1. Dezember 2004 vorübergehend den Bereich der Dolmetschervermittlung selber. Im Bereich ANAG lag das Schwergewicht weiterhin auf der Bekämpfung des Rechtsmissbrauchs, welcher sich hauptsächlich in Scheinehen manifestiert. Die Abteilung Ausländerfragen hat eine strenge Überprüfungspraxis entwickelt, welche von den Gerichten regelmässig geschützt wird.

5.3.4. Schweizer Pass und Identitätskarte

Das Jahr 2004 ist ohne Probleme verlaufen. Alle Anträge wurden innert Frist erledigt.

5.3.5. Statistische Angaben

2004 wurden namentlich 924 Gesuche für Besuchsaufenthalte, 848 Gesuche um Familiennachzug sowie 381 Gesuche für Reiseausweise bearbeitet. Der Bereich Mutationen zählte 35 583 Vorgänge. Im Bereich Ausschaffungen wurden 578 Dossiers behandelt. Ausgeschafft wurden 222 Personen. Im Bereich Asyl fanden 188 Befragungen und 291 Rückkehrberatungsgespräche statt. 89 Personen wurden ausgegrenzt. Die Mutationen beliefen sich auf 4004 Vorgänge. Im Bereich Schweizer Ausweise (Schweizer Pässe und Identitätskarten) wurden 34083 Anträge verarbeitet. Insgesamt zählte die Abteilung Ausländerfragen 76 969 Vorgänge.

5.3.6. Personelles

Frau Christine Mueller, Sachbearbeiterin Rechnungswesen, gilt seit der Tsunami-Katastrophe vom 26. Dezember 2004 als vermisst.

5.4. Gewerbe und Handel/Verkehrsmassnahmen

5.4.1. Gewerbe und Handel

Gastgewerbe/Alkoholhandel/Märkte und Wandergewerbe – ab 1.1.2003 Reisengewerbe/Lotterien/Spielautomaten/Ladenschluss- und Ruhetagsregelung/Handelsreisende – ab 1.1.2003 Reisengewerbe/Transnationale Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung

Departement des Innern

	2004
Gastgewerbepatente (Stand: 31.12.)	1505
Alkoholhandelspatente (Stand: 31.12.)	454
Neuerteilungen (Gastgewerbe- und Alkoholhandelspatente)	182
Erloschene Gastgewerbe- und Alkoholhandelspatente	192
Wechsel Patentinhaber/In Gastgewerbe- und Alkoholhandelspatente	223
Unterhaltungsanlässe (inkl. Lottomatches 160) bewilligt	1769
Wirtebewilligungen ausgestellt	2020
Freinachtbewilligungen erteilt	1580
Gastgewerbebetriebe mit verlängerten Öffnungszeiten	98
Reisendenbewilligungen erteilt	15
Kleinlotterien bewilligt	17
Saaltombolen und Glücksspiele bewilligt	496
Spielautomaten-Bewilligungen	402
Spielsalons bewilligt	3
Gemeindeladenschlussordnungen genehmigt	1
«Tag der offenen Türe» bewilligt	49
Dezembersonntagsverkäufe bewilligt	271
Transnationale Ehe- oder Partnerschaftsvermittlung bewilligt	—

Messwesen	2004	beanstandet
Vollzug Deklarationsverordnung (Stichproben)	54	6
Wiegegeräte überprüft	951	69
Durchlaufzähler in Tanksäulen überprüft	331	34
Abgasprüfgeräte überprüft	307	40

5.4.2. Verkehrsmassnahmen

	2004
Geschäfte eingegangen	476
Geschäfte hängig aus dem Vorjahr	139
Geschäfte erledigt	482
Geschäfte hängig (Stand 31.12.)	133
Beschwerden eingegangen	12
Beschwerden aus dem Vorjahr	6
Beschwerden erledigt	8
Beschwerden hängig (Stand 31.12.)	10
Kantonale Verkehrskommission: Geschäfte erledigt	20

5.5. Motorfahrzeugkontrolle

5.5.1. Allgemeines

Die WoV-Ziele konnten im Jahr 2004 alle erreicht werden. Die Ablehnung der Gebührenrevision im November 2003 führte zu Mindereinnahmen im Jahre 2004 von ca. Fr. 600 000.–. Die Jahre 2003 und 2004 standen ganz im Zeichen der Vorbereitung für die Einführung des Schweizerischen Motorisierungsinformationssystem (MOFIS). Die Motorfahrzeugkontrolle kann deshalb ab 1.4.2005, als erster Kanton der Schweiz, produktiv mit dem Bundesamt für Strassen elektronisch kommunizieren. Im Verlaufe des 2004 wurden Vorkehrungen getroffen, damit der Kanton Schwyz ab 1.1.2005 im Informatikverbund, an dem bereits die Kantone Neuenburg, Jura und Solothurn partizipieren, teilnehmen kann. Gleichzeitig wurden Rahmenbedingungen geschaffen, dass ab Anfang 2005 die Kunden die Fahrzeugprüfungstermine per Internet verschieben können. Als wichtiges Projekt wurde der elektronische Autoindex eingeführt, der für die Motorfahrzeugkontrolle und die Versicherungen eine grosse Vereinfachung darstellt. Der Motorfahrzeugbestand im Kanton Solothurn erhöhte sich wiederum überdurchschnittlich um 2340 Fahrzeuge oder 1,29% von 180 734 (2003) auf 183 074 (2004). Der gesamtschweizerische Fahrzeugbestand erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 88 401 Fahrzeuge oder 1,7% von 5 198 704 auf 5 287 105.

5.6. Therapiezentrum IM SCHACHE

5.6.1. Umbauarbeiten abgeschlossen

Die im Jahre 2003 begonnenen baulichen Anpassungen konnten im April 2004 erfolgreich abgeschlossen werden. Das Therapiezentrum genügt nun den Anforderungen des Konkordates der Nordwest- und Innerschweiz für den Vollzug von Massnahmen nach Art. 43 StGB mit hoher Sicherheit. Ab Mai erfolgten die Eintritte der entsprechenden Insassen. Es handelt sich dabei in aller Regel um Personen, die von den diversen kantonalen Spezialkommissionen beurteilt wurden und infolge ihrer Gefährlichkeit eines geschlossenen Rahmens bedürfen.

5.6.2. Seit Juni 2004 ausgebucht

Seit Juni 2004 sind die 30 angebotenen Vollzugsplätze ständig vollkommen belegt. Per Ende Jahr besteht eine Anmeldeliste von ca. 15 Personen, von denen mind. 8 als gemeingefährliche Täter eingestuft werden und nur in einer gesicherten Anstalt die angeordnete Therapie beginnen können. Mit unserem Platzangebot – total 30 Vollzugsplätze – konnten wir deshalb den Bedarf nicht decken. Der Bedarf wird tendenziell weiterhin zunehmen, da nicht zu erwarten ist, dass die heute eingewiesenen Gefangenen in den nächsten Monaten bzw. Jahren entlassen werden. Die neuen Fälle werden sich demnach auf der Warteliste dazuaddieren.

5.6.3. Auffallend verbesserte Jahresrechnung

Um fast eine Million Franken besser schliesst die Jahresrechnung 2004 (Vollkostenrechnung) ab. Das Defizit beträgt noch 1,7 Mio. statt wie budgetiert 2,7 Mio. Die Differenz erklärt sich mit dem höheren Kostgeld ab 1.5.2004. Der neue Vollzugauftrag und die hohen Sicherheitsinvestitionen baulicher und personeller Natur hat die Konkordats-Konferenz mit einem Kostgeldaufschlag pro Tag und Insasse von ca. Fr. 200.– gestützt. Die hohe Auslastung seit Mai (100%) hat ebenso zum guten Ergebnis beigetragen. Budgetiert war eine 80%-Auslastung. Der Überschuss des Globalbudgetkredits 2004 reicht aus, um die sog. «Überlebenskredite» 2002 und 2003 mehr als wettzumachen.

5.7. Strafanstalt Schöngrün

5.7.1. Allgemeines

Mit insgesamt 26 315 Insassenverpflegungstagen war die Anstalt zu 96% belegt. 2004 kam es zu 31 Entweichungen aus der Anstalt. Die Fluchten stehen im Zusammenhang mit dem sehr hohen Anteil von psychisch auffälligen Insassen. Die Strafanstalt verfügt nicht über die notwendigen Sicherheitseinrichtungen, um die Insassen an den Fluchten zu hindern. Aus diesem Grund mussten 15 Insassen den Vollzugsbehörden für den weiteren Vollzug zu Verfügung gestellt werden.

5.7.2. Statistik

135 Eintritten standen 175 Austritte gegenüber. Der Anteil an den Deliktsarten verteilte sich wie folgt: 45% Betäubungsmittelgesetz, 20% Leib und Leben, 20% Diebstahl und/oder Hausfriedensbruch, 10% Betrug und/oder Veruntreuung und 5% Diverse.

5.7.3. Vollzug

Die Mitarbeitenden der Strafanstalt waren auch im Jahr 2004 infolge des hohen Anteils an psychisch auffälligen und äusserst schwierigen Insassen gefordert. Probleme mit dieser Insassengruppe ergaben sich nicht nur im Verhältnis zu den Betreuern/Aufsehern, sondern auch im Verhältnis untereinander. Auch die Leistungsfähigkeit in den Produktionsbetrieben nahm stark ab. Aus disziplinarischen- und Sicherheitsgründen mussten 21 Insassen versetzt werden. Die Sicherheit der Mitarbeitenden, der anderen Insassen und der Öffentlichkeit war und ist mit den zur Verfügung stehenden Infrastrukturen nicht mehr genügend gewährleistet. 2 Mitarbeiter beendeten den Grundkurs zum eidgenössisch anerkannten Fachmann/Fachfrau im Justizvollzug erfolgreich.

6. Kantonspolizei

6.1. Allgemeines

Damit die Polizei ihren gesetzlichen Auftrag erfüllen kann, muss sie über die notwendigen Personalressourcen verfügen. Zurzeit läuft die Polizeischule 04/05 mit 23 Polizeischüler/innen (21 Schüler Kantonspolizei und 2 Schüler Stadtpolizei Solothurn), welche nach Beendigung ihrer Ausbildung am 1. April 2005 als Polizisten/innen in das Korps eintreten werden. Weiter beginnt am 4. April 2005 die Polizeischule 05/06 mit wiederum 24 Polizeischüler/innen (23 Schüler Kantonspolizei und 1 Schüler Stadtpolizei Solothurn). Damit wird der im Jahre 1999 festgelegte Personalbestand von 345 erreicht werden.

Innerhalb der Berichtsperiode sind folgende Punkte, die das Tagesgeschäft betreffen, jedoch in der nachfolgenden Aufstellung der Leistungszahlen nicht explizit aufgeführt sind, zu erwähnen (Zahlen in Klammern betreffen das Jahr 2003):

- Eingegangene Alarmer (Objekt-/Telefonalarmer) bei der Kantonalen Alarmzentrale 296 197 (279 333), davon Notrufe 71 846 (67 260) und Notfallarztanfragen 18 327 (18 456). Insgesamt sind 545 201 (2003 keine Detailerhebung) Telefonie- und Funkgesprächseingänge zu verzeichnen.
- Angezeigte Straftaten gegen unbekannte Täterschaft 9019 (8820), gegen bekannte Täterschaft 6970 (6709) und wegen Fahrzeugdiebstahls 2463 (3111). Diese Zahlen zeigen, dass die Gesamtzahl der angezeigten Straftaten ohne Fahrzeugdiebstähle im Jahre 2004 gegenüber 2003 um 3% gestiegen ist, mit den Fahrzeugdiebstählen sich das Gesamttotal der Straftaten jedoch um 1% verringert hat.
- 1736 (1590) Personen wurden im Schweizerischen Fahndungsregister ausgeschrieben.
- Verkehrsinstruktion in Kindergärten 246 (233) mit 4464 (4412) Kindern und in Schulklassen 379 (362) mit 7009 (6985) Schülerinnen und Schülern.
- Veröffentlichte Medienmitteilungen 1044 (1131).
- 1556 (2553) Personen wurde an 91 (133) Besucherführungen die Polizei mit Besichtigung der Alarmzentrale vorgestellt.
- Wiederum wurde der beliebte Ferienpass 7 (5) mit 140 (100) Schulkindern durchgeführt und am Tochtertag nahmen 42 (38) Besucherinnen teil.

Im Tätigkeitsfeld, das nicht das Tagesgeschäft betraf, sind folgende Punkte erwähnenswert:

- Vermehrte grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Ausland (die Kantonspolizei Solothurn stellt im ersten Halbjahr 2005 für das Polizeikonkordat Nordwestschweiz (PKNW) den Verbindungsbeamten bei der Gendarmerie National in Colmar F), auf Bundesebene wie auch innerhalb des PKNW (Interkantonale Polizeieinsätze zugunsten des WEF in Davos), Betrieb der Aussenstelle ViCLAS bei der Kantonspolizei Solothurn für das ganze PKNW, Intensivierung der Zusammenarbeit innerhalb des PKNW im Regionalen Lagezentrum (RLZ), welches in Solothurn beheimatet ist.

Departement des Innern

- Das Konkordat für die Interkantonale Polizeischule Hitzkirch (IPH) wurde von den zwölf Regierungsmitgliedern unterzeichnet; ab Herbst 2007 absolvieren die Polizeianwärter/innen der Polizei Kanton Solothurn ihre Ausbildung an dieser Schule.
- Inbetriebnahme der vollautomatischen Geschwindigkeitsmessanlage auf der A1.
- Sirenenfernsteuerung: Im Rahmen der Modernisierung der stationären Sirenen im Kanton Solothurn wird die Alarmierung der Bevölkerung neu durch ein zentrales Auslösegerät in der Alarmzentrale der Polizei Kanton Solothurn ausgelöst.
- Als Ersatz des bestehenden, veralteten Funksystems ist geplant, POLYCOM einzuführen. Die Hauptstudie ist zurzeit in Ausarbeitung.

Weiter sind als Einzelereignisse, bei denen die Kantonspolizei involviert war und welche auch in den internationalen Medien ein grosses Echo gefunden haben, besonders hervorzuheben:

- Die Brandkatastrophe «Tiefgarage Gretzenbach» vom 27. November 2004, wo sieben Feuerwehrleute aus Schönenwerd und Gretzenbach ums Leben kamen.
- Nachforschungen durch den Kriminaltechnischen Dienst im Zusammenhang mit dem schweren Seebeben (Tsunami) in Asien; es werden im Kanton Solothurn immer noch 5 Personen vermisst.

6.2. Leistungszahlen

Mit der Einführung des Globalbudgets und dem damit verbundenen Leistungsauftrag der Kantonspolizei werden im vorliegenden Bericht die Leistungsindikatoren analog dem Controlling-Bericht aufgeführt.

Indikatoren	Menge	2004	2003	Veränderungen
PG 01/Diebstähle				
inkl. Fahrzeuge	Anzahl	9626	10 207	5,69 %
PG 01/Leib und Leben	Anzahl	925	903	+ 2,43 %
PG 02/Radarkontrollen, gemessene Fahrzeuge	Anzahl	1 219 809	1 399 464	– 12,90 %
PG 02/Ordnungsbussen (ohne Radarbussen)	Anzahl	16'657	17 113	– 2,66 %
PG 02/FiaZ und FuD ohne Unfall	Anzahl	622	565	+ 10,08 %
PG 02/SVG Anzeigen	Anzahl	5958	6941	– 14,16 %
PG 02/Verkehrsunfälle				

Indikatoren	Menge	2004	2003	Veränderungen
m./o. Tatbestand	Anzahl	2598	2527	+ 2,80 %
PG 02/Verkehrsüberwachung	Stunden	50 469	53 040	– 4,85 %

Abkürzungen:

PG = Produktgruppe; SVG = Strassenverkehrsgesetz

FiaZ = Fahren in angetrunkenem Zustand; FuD = Fahren unter Drogen

OB = Ordnungsbussen; m. = mit, o. = ohne

6.3. Personelles

Abschluss der Polizeischule 04/05 = Total 23 Polizeischüler/innen, davon 2 Stapo SO.

Start der Polizeischule 05/06 = Total 24 Polizeischüler/innen, davon 1 Stapo SO.

Korpsbestand (Personenzahl)	31. Dezember 2004	31. Dezember 2003
Korpsangehörige	336	329
Angehörige Polizeischule	23	25
Angehörige Polizeischule (Stapo Solothurn)	– 2	– 2
Angehörige Polizeischule (Stapo Olten)	0	– 2
Total	357	350

Zivilangestellte (Personenzahl)	31. Dezember 2004	31. Dezember 2003
Total (ohne Reinigungspersonal)	62	57

Abgänge Korps (Personenzahl)	2004	2003
Pensionierungen	11	11
Übrige Austritte	4	11
Total	15	22

Volkswirtschaftsdepartement

1. Überblick

Die im Berichtsjahr erfolgte konjunkturelle Belebung wirkte sich auch auf den Arbeitsmarkt aus. Die Zahl der Stellensuchenden sank von 7595 Anfang Jahr auf 7283 Ende 2004. Der Kanton Solothurn lag dabei mit einer durchschnittlichen Arbeitslosenquote von 3,6% unter dem gesamtschweizerischen Wert von 3,9%. Per 1. Juni 2004 trat die 2. Phase des Vertrages zwischen der Schweiz und der EU über die Personenfreizügigkeit und damit auch die flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping in Kraft. Zu deren Umsetzung beschloss der Kantonsrat die Einführungsverordnung zum Entsendegesetz. Im Weiteren genehmigte er das Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG/AVG) sowie die Teilrevision des Energiegesetzes und nahm das überarbeitete Energiekonzept zur Kenntnis.

Im Bereich Wald waren die Auswirkungen der ausserordentlichen Sommer-trockenheit des Vorjahres auch im Berichtsjahr noch deutlich spürbar. An der HESO 2004 in Solothurn präsentierte sich die Branche Wald und Holz mit einer äusserst attraktiven Sonderausstellung und stiess auf grosses Publikumsinteresse.

Bei der Jagd und Fischerei stand die Jagd im Mittelpunkt. Zu erwähnen sind die beiden vom Souverän abgelehnten Volksinitiativen «Jagen ohne Treiben» und «Zum Schutze der Feldhasen, Vögel und Dachse», die Neubewertung und Versteigerung aller 66 Jagdreviere und die Revision des Jagdgesetzes mit der Einführung einer 50%-Beteiligung der betroffenen Jagdreviere am durch Wildschweine verursachten Wildschaden.

Nachdem 2003 das Kantonale Landwirtschaftsgesetz revidiert wurde, konnten 2004 die Allgemeine Landwirtschaftsverordnung, die Investitionshilfeverordnung und die Bodenverbesserungsverordnung angepasst und auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt werden. Die Landwirtschaftsbetriebe wurden über die Änderungen orientiert, die durch die Agrarpolitik 2007 des Bundes nötig wurden, und der kantonale Vollzug entsprechend angepasst. Das Führungs- und Organisationssystem des Amtes für Landwirtschaft wurde im Juli nach ISO 9001:2000 zertifiziert.

Für den Sicherheitsbereich ist das Jahr 2004 mit den Neuerungen der Armee XXI und dem Bevölkerungsschutz XXI sicherlich als Jahr der Neuorganisation und der teilweisen Konsolidierung zu bezeichnen. Am 1. Januar 2004 trat das neue Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz in Kraft. Es überträgt die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen den

Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz. Aufgrund dieser auch für den Kanton Solothurn grundlegend veränderten Situation erfolgte auf der Basis des vom Regierungsrat genehmigten «Konzeptes Bevölkerungsschutz XXI» die Totalrevision der kantonalen Zivilschutzgesetzgebung. Das neue Einführungsgesetz zur eidgenössischen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzgebung wurde vom Regierungsrat am 9. November 2004 zuhanden des Kantonsrates beschlossen. Die Bildung der 15 regionalen Zivilschutzorganisationen konnte bis auf vier abgeschlossen werden. Die Überführung der Gemeindeführungsstäbe in regionale Führungsstäbe analog den Zivilschutzregionen schreitet voran. Armee und Zivilschutz leisteten zahlreiche Einsätze bei Katastrophen und Notlagen und weitere Hilfeleistungen zugunsten der Gemeinschaft.

Per 1. Januar 2004 wurde die Abteilung Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht vom Amt für Justiz ins VWD «transferiert» und firmiert seither als Amt für Berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht ABVS. Die Integration verlief problemlos. Für das ABVS stand im Berichtsjahr vor allem die 1. BVG-Revision im Mittelpunkt des Interesses. Per 1. Juni 2004 trat zudem das neue Fusionsgesetz in Kraft, das auch auf Vorsorgeeinrichtungen und Stiftungen Anwendung findet.

Im Rahmen des Projektes SO+-Massnahme Nr. 49 wurde die Optimierung der Schnittstellenprozesse zwischen RAV, IV-Stelle sowie dem Amt für Berufsbildung und Berufsberatung im Januar 2004 vom Regierungsrat verabschiedet und im Frühjahr 2004 umgesetzt. Damit die Konzepte Anlaufstellen und Case-Management-Stelle desselben Projektes umgesetzt werden können, wurde ein neuer Gesetzesartikel betreffend die Interinstitutionelle Zusammenarbeit formuliert. Die Botschaft und der Entwurf zur Teilrevision des Gesetzes über Aufgabenreform «Soziale Sicherheit» (GASS) wurden im November 2004 von der Regierung verabschiedet und im Dezember der SOGE-KO zur Beratung vorgelegt.

2. Departementssekretariat/Rechtsdienst

2004 war das zweite Jahr, in welchem das Departementssekretariat mit einem Leistungsauftrag und dem entsprechenden Globalbudget arbeitete.

2.1. Beschwerdewesen

	Übertrag Vorjahr	Eingang	Total behandelt	Erledigt
2004	21	44	65	50

2.2. Genehmigung von Reglementen

In der Berichtsperiode wurden folgende Reglemente zur Vorprüfung eingereicht:

Reglemente/Vertrag	2004
Allmendreglement	3
Flurreglement	2
Zivilschutzreglemente	7
Forstbetriebsgemeinschaften	1

Folgende Reglemente / Verträge wurden zur Genehmigung vorgelegt:

Reglemente/Vertrag	2004
Allmendreglemente	2
Flurreglemente	7
Zivilschutzreglemente	–
Zusammenlegungen Zivilschutzorganisationen	7
Zusatzvertrag Zweckverband Gemeinschaftsschiessanlage	–
Forstbetriebsgemeinschaften	2

2.3. Rechtsetzung

Rechtsetzungsarbeiten wurden in folgenden Bereichen geleistet:

- Vollzugsverordnung zum Gebäudeversicherungsgesetz
- Teilrevision des Jagdgesetzes
- Umsetzung SO+-Massnahme 49 mit Teilrevision des Gesetzes über Aufgabenreform «Soziale Sicherheit» (GASS)
- Einführungsgesetz zur eidgenössischen Bevölkerungsschutz- und Zivilschutzgesetzgebung
- Teilrevision Allgemeine Landwirtschaftsverordnung ALV, Totalrevisionen Investitionshilfe-Verordnung IHV und Bodenverbesserungsverordnung BoVO
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (EG ZGB) betr. Tierfund

Daneben arbeitete der Rechtsdienst in zahlreichen Fällen als Rechtsauskunftsstelle für die Dienststellen des VWD, welche nicht über einen eigenen Rechtsdienst verfügen (KFA, J+F, ALW und AMB). Stark beansprucht war der Rechtsdienst insbesondere im Zusammenhang mit Beschwerden betreffend Neuzuweisungen im Rahmen der Güterregulierungen von Hofstetten-Flüh und von Bättwil. Rückläufig waren hingegen die Beschwerdeverfahren gegen Entscheide des AfÖS, Abteilung Ausländerfragen, in welchen das VWD als instruierendes Departement dem Regierungsrat Antrag stellt.

2.4. Aktuariat kantonales Einigungsamt

Gemäss § 1 der Verordnung über das kantonale Einigungsamt vom 26. April 1989 (BGS 821.422) vermittelt dieses zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Kollektivstreitigkeiten über das Arbeitsverhältnis sowie über den Abschluss und die Auslegung von Gesamtarbeits- oder Normalarbeitsverträgen, sofern diese kein Schiedsgericht vorsehen. Der vom Regierungsrat gewählte ständige Präsident des Einigungsamtes ist traditionell ein Mitglied des Obergerichtes, das Aktuariat wird vom Rechtsdienst des VWD geführt. In der Berichtsperiode wurde das Einigungsamt nicht angerufen.

3. Europafachstelle, grenzüberschreitende und interkantonale Beziehungen

Die seit 1990 bestehende Europafachstelle hat primär die Aufgabe, die Aussenwirtschaftsbeziehungen des Kantons zuhanden des Departementsvorstehers zu führen und den Kanton in grenzüberschreitenden und interkantonalen Gremien (Euro-Delegierte, Versammlung der Regionen Europas VRE, Oberrheinkonferenz, Interreg, Espace Mittelland EM) zu vertreten. In der Berichtsperiode wurden so unter anderem die Vernehmlassungen zu den gemeinsamen Stellungnahmen der Kantone zu den Ergebnissen der Bilateralen II und zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die neuen EU-Länder und zu den entsprechenden flankierenden Massnahmen erarbeitet.

Bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit am Oberrhein zeichnet sich ein Wandel ab. Die Gelder für die Interreg-III-Projekte sind weitgehend vergeben. Ein mögliches Interreg-IV-Programm ist zurzeit von Seiten der EU nur an deren neuen Aussengrenzen vorgesehen. Das Seco muss im Rahmen der NRP klären, inwieweit es sich noch an Projekten beteiligen kann und will. Infobest Palmrain, die grenzüberschreitende Informationsstelle, hatte 2004 die meisten Anfragen seit dem Start als Interreg-Projekt 1993. Am 16. September 2004 fand in Basel der 9. Dreiländerkongress mit dem Thema «Medien und Kommunikation am Oberrhein» statt. Dem Thema entsprechend fand der Kongress in den Medien ein grosses Echo und wurde gut besucht. Das Vereinfachen und Erleichtern des Zusammenlebens und der Zusammenarbeit der in ihrem Perimeter lebenden und wirkenden Menschen bleibt das oberste Ziel der Oberrhein-Kooperation und ist eine Daueraufgabe geworden. Als nächster Schritt steht die Überprüfung der Tätigkeiten der einzelnen Institutionen im Hinblick auf Vereinfachung der Abläufe und Zusammenlegung von Aufgaben an.

Der Espace Mittelland EM konnte 2004 sein zehnjähriges Bestehen feiern. Die verschiedenen, dem Jubiläum gewidmeten Anlässe stiessen dabei auf unterschiedliche Resonanz. Im Rahmen der EM-Projekte Infrastruktur/Verkehr wurden mit Blick auf die Eröffnung der neuen S-Bahn Bern und des Tarifverbundes Libero die letzten Vorarbeiten dieser umfangreichen Projekte abgeschlos-

sen. Eine Reihe von neuen Projekten in den unterschiedlichsten Bereichen wurde mitinitiiert und unterstützt. Dazu gehört der «Auto-Cluster». Er versteht sich als Netzwerk der Schweizer Zulieferer in der Automobilindustrie, als Informations-, Ausbildungs-, Erfahrungs- und Kontaktplattform, als Marketing- und PR-Instrument zur Gewinnung neuer Kunden sowie als Instrument zur Ansiedlung und Gründung neuer Unternehmen. Der «Energie-Cluster» wurde im Januar 2004 in Olten ins Leben gerufen und hat bereits über 60 Mitglieder, vorwiegend KMU. Er will u. a. die Innovationen und Energieeffizienz fördern, die Nachfrage für nachhaltige Energieprodukte stärken, nicht erneuerbare Energien und CO₂-Emissionen reduzieren, erneuerbare Energien fördern sowie die Vernetzung unter Anbietern von Energieprodukten, Dienstleistungen und Nachfrage verbessern. Das vom EM mitgetragene Aktionsprogramm Tourismus 3-Seen-Land wurde im Mai 2004 in Biel lanciert. Es will die touristische Angebotspalette durch gemeinsame, von den verschiedenen Tourismus-Organisationen aus den Kantonen SO, BE, NE, FR und VD getragene Kultur und Freizeitangebote (bestehende und neue) erweitern. Das diesjährige Parlamentarier-Forum im November in Freiburg beschäftigte sich mit den Zukunftsperspektiven einer zweisprachigen Region in den Bereichen Bildung und Wirtschaft. Das Direktzahlungsprojekt GELAN, das für die Landwirtschaft erhebliche Kosteneinsparungen generiert, wurde erfolgreich fortgesetzt.

Als quasi letzter Akt des Solothurner Kantonaltages an der Expo.02 vom 15. Juni 2002 auf der Bieler Arteploge wurde die von Gunther Frentzel, Rüttenen, gefertigte Skulptur «RockBalance» vom Kanton der Stadt Grenchen geschenkt. Die offizielle Übergabe der Skulptur erfolgte am 28. August 2004 durch Frau Landammann Ruth Gisi anlässlich der Festivitäten «Vernissage RockBalance, Zytplatz, 101 Jahre Baudirektion Grenchen» in der neuen Grenchner Begegnungszone.

4. Amt für Wirtschaft und Arbeit AWA

4.1. Amtsleitung

Die konjunkturelle Belebung wirkte sich 2004 auch auf den Arbeitsmarkt aus. Das Ausmass war zwar geringer als ursprünglich prognostiziert, trotzdem konnte die Spitze der Arbeitslosigkeit im Februar überschritten werden. Die Zahl der Stellensuchenden sank von 7595 Anfang Jahr auf 7283 Ende 2004. Mit einer Arbeitslosenquote von 3,6% lag dabei der Kanton Solothurn im Jahresdurchschnitt unter dem gesamtschweizerischen Wert von 3,9%. Entsprechend dem Verlauf der Arbeitslosenzahlen veränderte sich der Personalbestand des AWA nur unwesentlich von 156 auf 161 Vollzeitstellen. Im organisatorischen Bereich wurden zwei Schwerpunkte gesetzt: Aufbauend auf dem Organisationshandbuch des VWD wurde einerseits ein neues Organisationsreglement ausgearbeitet und anderseits ein Projekt zur Reorganisation des Archivs und der Ablage gestartet.

4.2. Einzelne Abteilungen

Schwerpunktmässig wurde die erfolgreich eingeleitete Cluster- und Länderstrategie weiterverfolgt. So konnten 2004 wiederum zahlreiche kleinere und grössere Ansiedlungsprojekte realisiert werden (z.B. PUMA Schweiz AG, Ypsomed AG). Aber auch verschiedene ansässige Unternehmen konnten im Rahmen ihrer Expansionspläne mit Instrumenten der Wirtschaftsförderung unterstützt werden. Insgesamt wurden ca. 460 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert und ein Investitionsvolumen von ca. 72,5 Mio. Fr. ausgelöst. Mit allen regionalen Wirtschaftsförderungsstellen wurde die Weiterführung der Leistungsvereinbarungen vorbereitet. Die Neuausrichtung der Standortmarketing-Organisation Greater Zurich Area (GZA) bewog den Kanton, die Mitgliedschaft bei der GZA um weitere drei Jahre zu verlängern. Die personellen Kapazitäten zeitlich stark beansprucht hat die Betreuung des Projektes REMA-Briefzentrum «Mitte» der Post. Ein möglicher Standort ist Härkingen. Die Wirtschaftsförderung leistet weiterhin eine umfassende Betreuung bis zum definitiven Standortentscheid im Mai 2005. Ebenso zeitintensiv war die Ausarbeitung von Stellungnahmen zu überproportional vielen nationalen Vernehmlassungen wie beispielsweise zum «Bundesgesetz zur Förderung der Information über den Unternehmensstandort Schweiz» oder das «Bundesgesetz über die Neue Regionalpolitik» (NRP). Der Kanton hat sich im Interesse des Wirtschaftsstandortes Solothurn dezidiert für die Weiterführung beider Beschlüsse ausgesprochen. Bei den regionalpolitischen Förderprogrammen stand die Begleitung des Interreg-III-Programmes «BioValley», einzelner IHG-Projekte im Thal und des Abschlusses des Regio-Plus-Projektes «Standortmarketing Schwarzbubenland» im Vordergrund.

Die Zahl der Stellensuchenden ist im Jahr 2004 bei rund 7200 ziemlich stabil geblieben. Anfang Jahr konnten die Strukturen der RAV und der Arbeitslosenkasse personell gefestigt und im Verlauf des Jahres konsolidiert werden. Die öffentliche Arbeitslosenkasse Solothurn lag mit 10 086 Leistungspunkten pro Vollzeitstelle 2003 wiederum deutlich über der Bonusgrenze. Im Gegensatz zu den Vorjahren erfolgte aber keine Auszahlung mehr an die Mitarbeitenden. In der strategischen Ausrichtung liegt ein Hauptgewicht bei der Kundenzufriedenheit, die sowohl bei den RAV als auch bei der Arbeitslosenkasse gemessen wurde. Dabei konnten zufriedenstellende Ergebnisse erzielt werden. Ein gewisses Verbesserungspotenzial besteht noch bei den Kontakten zu den Arbeitgebern. Im Zusammenhang mit diversen Massenentlassungen wurde den betroffenen Angestellten mit kompetenter Information und Beratung sowie der teilweisen Einrichtung von betrieblichen Arbeitsmarktzentren geholfen. Im neuen Artikel 119b der Verordnung zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (AVIV) sind die qualitativen Anforderungen an die Personalberaterinnen und -berater festgelegt worden. Um diesen zu genügen, entsteht ein gewisser Aus- und Weiterbildungsbedarf. Bei der Sicherstellung der Kontrolle der Arbeitslosen ist der Kanton Solothurn, wie die meisten übrigen Kantone bereits früher, von der bisherigen Stempelpflicht zur Selbstdeklaration übergegangen. Die kantonalen organisatorischen Grundlagen des Arbeitslo-

senversicherungsvollzuges wurden zudem in einem neuen Einführungsgesetz zum Arbeitslosenversicherungsgesetz (EG AVIG/AVG) festgelegt. Im Rahmen der Prozessoptimierung wurde gesamtschweizerisch das Projekt «Elektronische Unfallmeldung der Suva (SUNET)» realisiert. Die öffentliche Arbeitslosenkasse Solothurn beteiligte sich daran bereits als Pilotbetrieb.

Am 1. Juni 2004 trat die zweite Phase der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und den Staaten der Europäischen Union EU (ohne neue EU-Staaten) sowie der Europäischen Freihandelsassoziation EFTA in Kraft. Damit entfällt die arbeitsmarktliche Prüfung bei der Beschäftigung von Staatsangehörigen aus diesen Ländern. Dafür mussten Prozessanpassungen im Bereich der Arbeitslosenversicherung vorgenommen sowie vermehrt Fragen im Zusammenhang mit dem Transfer von Sozialleistungen behandelt werden. Zur Verhinderung von Lohn- und Sozialdumping traten zudem gleichzeitig verschiedene flankierende Massnahmen in Kraft. Zur organisatorischen Regelung des Vollzugs dieser Massnahmen hat der Kantonsrat die Einführungsverordnung zum Entsendegesetz genehmigt. Für Angehörige von Drittstaaten bedarf es nach wie vor einer Arbeitsbewilligung auf der Grundlage der BVO. Einen besonderen Schwerpunkt bilden hier die in Dancings tätigen Tänzerinnen resp. die damit verbundene Missbrauchsbekämpfung. Zur Bekämpfung der Schwarzarbeit hat das AWA in enger Zusammenarbeit mit der Polizei Kanton Solothurn wiederum mehrere kantonsweite Arbeitsmarktkontrollen durchgeführt.

Im Sinne der Zielsetzung einer rationellen und nachhaltigen Energienutzung konzentrierte die Energiefachstelle ihre Aktivitäten auf die Förderung von Bauten nach MINERGIE-Standard und den erneuerbaren Energien. So konnten beispielsweise in der Berichtsperiode 40 MINERGIE-Label übergeben werden. In enger Zusammenarbeit mit den Nordwestschweizer Kantonen wurden äusserst erfolgreich verschiedene Aus-, Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen sowohl für Fachleute aus dem Bau- wie auch aus dem Baunebengewerbe und insbesondere auch vier «Tage der offenen Türe» für Minergie-Bauten durchgeführt. Insgesamt haben einige hundert Personen diese Anlässe besucht. Im Rahmen einer Medienveranstaltung konnten den Städten Grenchen, Olten und Solothurn sowie der Gemeinde Zuchwil das Label «Energiestadt» übergeben werden. Dies ist ein Leistungsausweis für eine konsequente und ergebnisorientierte Energiepolitik. Die Teilrevision Energiegesetz wurde in der Dezembersession vom Kantonsrat verabschiedet. Das Energiekonzept, welches die Energiepolitik des Kantons bis 2015 definiert, wurde vom Regierungsrat im März verabschiedet und vom Kantonsrat in der August-Session zur Kenntnis genommen.

Im Bereich Arbeitnehmerschutz traten wieder verschiedene Änderungen des Arbeitsgesetzes in Kraft. So hat der Bundesrat per 2. Mai 2004 diverse Modifikationen zur Verordnung 2 in Kraft gesetzt. Es handelt sich dabei um Betriebe, die bei der Umsetzung der Bestimmungen des revidierten Arbeitsgesetzes grosse Schwierigkeiten bekundeten. Auch erfuhr die Verordnung 1 zum Ar-

beitsgesetz eine Änderung, in dem die Assistenzärzte in öffentlichen Spitälern den Bestimmungen des Arbeitsgesetzes unterstellt wurden. Im Bereich Unfallverhütung ist die Richtlinie über den Beizug von Arbeitsärzten und anderen Spezialisten der Arbeitssicherheit (ASA 6508) seit dem Jahre 2000 in Kraft. Bei der Umsetzung bekunden viele Betriebe, trotz den vorhandenen überbetrieblichen Lösungen, grosse Mühe. Besonders trifft dies auf die kleinen Betriebe zu. Markant angestiegen ist 2004 die Zahl der Arbeitsunfälle. Für die Adventszeit konnte mit den Sozialpartnern wiederum eine Lösung zur Durchführung von Sonntagsverkäufen gefunden werden. Um dem veränderten Konsumverhalten gerecht zu werden, ist es dringend notwendig, dass der Bundesgesetzgeber klare Regelungen trifft.

Der Rechtsdienst hat alle Abteilungen des Amtes juristisch beraten und unterstützt. Darüber hinaus hat er diverse Massnahmenverfahren koordiniert und den Arbeitgebern sowie den Arbeitnehmervertretungen als Anlaufstelle gedient. Ausserdem hat der Rechtsdienst Schulungen zum Thema Verfügungen und Einspracheentscheide durchgeführt. In der kantonalen Amtsstelle KAST wurden Verfahren in den Bereichen Abklärung der Vermittlungsfähigkeit, Sanktionsverfügungen, Erlassgesuche, Kurzarbeits-Voranmeldungen und Schlechtwettermeldungen behandelt. Das mit der Inkraftsetzung des ATSG per 1. Januar 2003 eingeführte Einspracheverfahren hat sich bestens bewährt.

5. Kantonsforstamt

Die Auswirkungen der ausserordentlichen Sommertrockenheit des Vorjahres waren im Wald auch im Berichtsjahr noch deutlich spürbar. Nochmals mussten über 50 000 m³ Holz zwangsweise genutzt werden. Wenig ermutigend sind auch die Ergebnisse über den Gesundheitszustand des Waldes aufgrund von Beobachtungen, die der Kanton Solothurn mit weiteren sechs Kantonen und gemeinsam mit dem Bund seit 20 Jahren durchführt. Wälder und Waldböden leiden unverändert unter den Auswirkungen und Einflüssen der Gesellschaft. Die Wälder erhalten insbesondere zu viel Stickstoff und die Waldböden versauern zunehmend. Trotz Rückgang des manuellen Anteils der Waldarbeit als Folge der vermehrten Mechanisierung mussten im Berichtsjahr mehrere schwere Arbeitsunfälle, davon einer mit tödlichen Folgen, verzeichnet werden. Dieser unerfreulichen Tatsache soll mit gezielter Fortbildung im Bereich Holzernte-Prozesse und Arbeitssicherheit begegnet werden. Gemessen an den vielen positiven Reaktionen des Publikums und am grossen Medien-Echo war hingegen die Sonderausstellung Wald & Holz an der Herbstausstellung HESO in Solothurn, bei der sich das Kantonsforstamt massgebend engagierte und beteiligte, ein voller Erfolg.

5.1. Forstrecht

5.1.1. Rodungen und nachteilige Nutzungen

In der Berichtsperiode wurden 16 neue Rodungsgesuche eingereicht. Davon wurden 12 Gesuche mit einer Gesamtfläche von 0,97 Hektaren mehrheitlich für Anlagen der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung bewilligt. Zudem wurde in 24 Fällen die Zustimmung zur nachteiligen Nutzung (z. B. Leitungen, Kleinbauten) von Waldboden erteilt.

5.1.2. Baugesuche und Waldfeststellungen

Durch den Forstdienst wurden 98 Baugesuche behandelt, 12 davon abgelehnt. Sechs Gesuche für den Bau oder die Erweiterung eines Gebäudes oder einer Anlage im Wald wurden bewilligt und in 27 Fällen wurde die Zustimmung zur Erteilung einer Ausnahmegewilligung zur Unterschreitung des gesetzlichen Waldabstandes erteilt. Neun Gesuche bedurften keiner forstrechtlichen Ausnahmegewilligung. Zusammen mit Ortsplanungsrevisionen wurde in neun Gemeinden das Waldfeststellungsverfahren durchgeführt. Mit diesen Verfahren werden in den Bauzonen der Status «Wald» und die Waldabstandslinien verbindlich festgelegt.

5.1.3. Andere forstrechtliche Bewilligungen

Es wurden folgende Bewilligungen erteilt:

- Teilung von Wald (1);
- Durchführung von grossen Veranstaltungen (32); ein Gesuch abgelehnt;
- Befahren von Waldwegen (73);
- Einzäunung von Wald zur Wildschadenverhütung (14);
- Verbrennen von Waldrestholz (141).

5.2. Forstliche Planung

2004 wurden vier forstliche Betriebspläne von öffentlichen Waldeigentümern mit einer Fläche von 1471 Hektaren und einem jährlichen Hiebsatz von 9210 m³ genehmigt. Im Einverständnis mit den Eigentümern wurden dabei rund 132 Hektaren oder 9% der Gesamtfläche als Nichtwirtschaftswald (inkl. Waldreservate) ausgeschieden. Zusammen mit der Abteilung Natur und Landschaft des Amtes für Raumplanung konnten im Rahmen des Mehrjahresprogrammes Natur und Landschaft sieben freiwillige Vereinbarungen über 182 Hektaren Waldreservate und 22 Vereinbarungen zur ökologischen Aufwertung von 5,4 km Waldrändern abgeschlossen werden.

5.3. Ausbildung Forstpersonal

Ende 2004 bestanden 30 Lehrverträge für Forstwardte mit Solothurner Forstbetrieben, und in der Berichtsperiode haben sechs Lehrlinge die Abschlussprüfungen erfolgreich absolviert. Damit beendete die letzte Forstwardtklasse ihre Ausbildung an der GIBS Solothurn. Ab 2005 absolvieren die Forstwardte ihre schulische Ausbildung, die obligatorischen Einführungskurse und die Lehrabschlussprüfung in den Kantonen Baselland (6) und Bern (24). Am Bildungszentrum Wald in Lyss absolviert ein Student die Ausbildung zum Förster HF. Ebenfalls ein Student aus dem Kanton Solothurn ist am neu geschaffenen Fachhochschullehrgang Forstwirtschaft an der SHL Zollikofen eingeschrieben. Schwerpunkte bei der Fortbildung wurden gesetzt mit Kursen über die Förderung seltener Baumarten sowie über die Prävention zur Verhinderung gesundheitlicher Schäden bei der Waldarbeit.

5.4. Förderungsmassnahmen

Im Berichtsjahr wurden drei Projekte für den Neu- und Ausbau von Waldwegen genehmigt. Die Projekte für die Sanierung bestehender Waldwege konnten in drei Forstkreisen abgeschlossen werden. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit auf der Kantonsstrasse des Unteren Hauensteins wurden ein Schutzwaldprojekt genehmigt und die dringendsten Massnahmen ausgeführt. Wegen der ausserordentlichen Trockenheit im Sommer 2003 mussten als Folge der sich explosionsartig vermehrenden Borkenkäfer nochmals über 50 000 m³ Holz zur Vermeidung von Folgeschäden im gesunden Wald zwangsweise genutzt werden. Die entsprechenden Massnahmen wurden von Bund und Kanton 2004 letztmals unterstützt. Für den Zusammenschluss mehrerer Waldeigentümer zu effizienten Forstbetriebsgemeinschaften wurden drei Projekte eingereicht und genehmigt sowie Förderbeiträge zugesichert. Zur Förderung des eigentumsübergreifenden Maschineneinsatzes im Privatwald des Kantons wurde ein Projekt genehmigt.

5.5. Staatswald

Die Bewirtschaftung der Staatswälder Seewen und Rotberg (Metzerlen-Mariastein) wurde an die eigenständigen Forstbetriebsgemeinschaften Dorn-eckberg Süd und Am Blauen ausgegliedert. Trotz den nach wie vor unbefriedigenden Holzerlösen konnten für den gesamten Staatswald die Pflege und die Nutzung kostendeckend gestaltet werden.

5.6. Waldzustand

Auf den Wald wirken Umweltveränderungen, die ihm zu schaffen machen. Hohe Stickstoffeinträge und Ozonkonzentrationen erweisen sich dabei als

die bedeutendsten vom Menschen verursachten Belastungsfaktoren. Ihre Wirkungen reichen von verändertem Wachstum, gehemmter Wurzelbildung, zunehmendem Nährstoffmangel und Bodenversauerung bis hin zu erhöhtem Parasitenbefall. Die Wälder verlieren an Stabilität und werden empfindlicher gegenüber Trockenheit und Windwurf. Dies sind die wichtigsten Ergebnisse von Untersuchungen, die das Institut für Angewandte Pflanzenbiologie, Schönenbuch, im Auftrag der Kantone Aargau, beider Basel, Bern, Solothurn, Zug und Zürich gemeinsam mit dem Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft seit zwanzig Jahren durchführt.

6. Abteilung Jagd und Fischerei J + F

Jagd

6.1. Allgemeines

2004 fanden die Abstimmungen über die beiden Volksinitiativen «Jagen ohne Treiben» und «Zum Schutze der Feldhasen, Vögel und Dachse» statt. Beide Initiativen wurden vom Stimmvolk mit 55,8% (Feldhasen) und 57,5 (Treibjagd) abgelehnt. Für die Jäger ist diese Abstimmung zwar positiv verlaufen, die Resultate zeigen aber auf, dass die Jagd in der Öffentlichkeit sehr kritisch beobachtet wird. Es ist im Vorfeld der Abstimmung trotz zahlreichen, sachlich begründbaren Argumenten nicht ganz gelungen, dem kritischen Teil des Stimmvolkes die Jagd näher zu bringen. Eine langfristige und nachhaltige Öffentlichkeitsarbeit ist gefragt, um die Solothurner Bevölkerung vom Sinn und Nutzen der Jagd zu überzeugen.

Ebenfalls durchgeführt wurde die Neubewertung und Versteigerung aller 66 Solothurner Jagdreviere. Durch das vollständig neue Bewertungssystem, welches mit nachvollziehbaren Kriterien vor allem das Potenzial des Lebensraumes für die wichtigsten jagdbaren Wildarten unserer Jagdreviere erfasste, wurden die alten Jagdpachtpreise zum Teil massiv verändert, und zwar sowohl nach unten wie nach oben. Dies führte vor der Versteigerung zum Teil zu heftigen Reaktionen der betroffenen Jagdpächter. Durch eine offene und sachliche Information von Seiten der Verwaltung konnte aber der überwiegende Teil der Jägerschaft vom Zweck der Neubewertung, nämlich einer gerechten und nachvollziehbaren Festlegung der Pachtzinse, überzeugt werden.

Die steigenden Wildschäden an den landwirtschaftlichen Kulturen haben den Regierungs- und Kantonsrat überzeugt, dass sich die Jagdreviere direkt an dem in ihren Revieren entstandenen Schaden zu beteiligen haben. Der Kantonsrat hat daraufhin das Jagdgesetz so angepasst, dass sich die Jagdreviere mit 50% am Wildschaden in ihrem Jagdrevier, verursacht durch Wildschweine, beteiligen müssen. Durch diese Massnahme wird ein ökonomischer Anreiz geschaffen, die Regulation der Wildsauenbestände auch effizient zu lösen. Diese Gesetzesänderung tritt am 1. Januar 2005 in Kraft.

6.2. Jagdpässe

2004 wurden 1170 Jagdpässe ausgestellt (Vorjahr 1202), davon 551 an Jagdpächter, 106 an Jagdaufseher und 513 an Jagdgäste.

6.3. Wildschäden

2004 gingen 174 Gesuche (Vorjahr 312) um Vergütung von Wildschäden ein. Die ausbezahlten Entschädigungen beliefen sich auf Fr. 91 794.– (Vorjahr Fr. 224 130.–). Für Wildschadenverhütungsmassnahmen wurden Fr. 53 764.– ausbezahlt.

6.4. Jägerprüfung

2004 konnten 29 Fähigkeitsausweise (Vorjahr 12) ausgestellt werden (37 Anmeldungen bei Ausschreibung).

6.5. Schweisshundeprüfung

2004 wurden bei 24 Anmeldungen 18 Ausweise ausgestellt.

6.6. Jagdvergehen

2004 mussten wegen Jagdvergehen sieben Strafanzeigen eingereicht werden.

Fischerei

Die Trockenheit in den Bächen und Flüssen war auch 2004 ein wichtiges Thema, hatten sich doch die meisten Gewässer in der Wasserführung von den extrem trockenen Witterungsbedingungen im 2003 noch nicht erholt.

Im Berichtsjahr wurden acht weitere Gewässerabschnitte auf die Fischkrankheit PKD (Nierenerkrankung durch einen Parasiten) untersucht. Sie scheint sich immer mehr auszubreiten und ist mit eine Ursache für den massiven Forellenrückgang in den Fliessgewässern. Bei fünf Bachabschnitten der acht getesteten Gewässer wurde die heimtückische Krankheit festgestellt. Bei ungünstigen Bedingungen kann sie bis zu 90% des Forellenbestandes eines Gewässers vernichten. Zur Information der Bevölkerung und vor allem der Angelfischer hat die Jagd und Fischerei eine Informationsbroschüre verfasst, welche jetzt ebenfalls durch die schweizerische Fischereiberatung (FIBER) übernommen wurde.

6.7. Fischenzen

Die fischereiliche Bewirtschaftung erfolgt nach den Vorgaben der Jagd und Fischerei durch die Pächterschaft.

6.8. Fischereikarten

2004 wurden durch die Fischereivereine 2834 Fischereikarten (Vorjahr 2907) abgegeben.

6.9. Freiangler-Bewilligungen

2004 stellten die Oberämter 275 Freiangler-Bewilligungen aus (Vorjahr 282) .

6.10. Fischereiaufsicht

Die Fischereiaufsicht wurde 2004 von vier nebenamtlichen staatlichen Fischereiaufsehern und 77 freiwilligen Fischereiaufsehern ausgeübt.

6.11. Gewässerverunreinigungen mit Fischsterben

2004 ereigneten sich zwei Gewässerverunreinigungen mit Fischsterben.

6.12. Technische Eingriffe in Gewässer

2004 wurden 35 fischereirechtliche Bewilligungen erteilt.

6.13. Fischereivergehen

Wegen Fischereivergehen mussten 2004 neun Strafanzeigen eingereicht werden (Vorjahr 10).

6.14. Personal

Der Personalbestand der Jagd und Fischerei beträgt unverändert 2,8 Stellen.

7. Amt für Landwirtschaft ALW

7.1. Allgemeines

Das Jahr 2004 war geprägt durch die Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an die Agrarpolitik des Bundes. Die Allgemeine Landwirtschaftsverordnung (ALV; Teilrevision), die Investitionshilfeverordnung (IHV; Totalrevision) und die Bodenverbesserungsverordnung (BoVo; Totalrevision) treten auf den 1. Januar 2005 in Kraft. Im Juli bestand das ganze ALW die Zertifizierung nach ISO 9001:2000.

Folgende Informatik-Anwendungen wurden eingeführt: GELAN Personenverwaltung und Finanzsystem, SAP Projektsysteme bei den Strukturverbesserungen, Konsul für die Geschäftskontrolle im Boden-/Pachtrecht und DIPP für das Qualitätsmanagementsystem. Weniger erfreulich waren die gehäuft aufgetretenen Tierverluste bedingt durch Tierseuchen in einzelnen Betrieben.

7.2. Strukturverbesserungen

Die Grundeigentümer der Flurgenossenschaft Hofstetten-Flüh (inkl. Teilgebiet Ettingen BL) konnten am 15. Oktober 2004 die Bewirtschaftung des Neubesitzstandes in Angriff nehmen. Die umfangreichen Bauarbeiten stehen vor dem Abschluss. In Witterswil und Bättwil standen Aufwertungsmassnahmen bei Gewässern im Vordergrund. Mit der Grundsatzverfügung des Bundes wurde das Vorprojekt der Güterregulierung Gempen genehmigt. Bei den Landumlegungen Bahn 2000 konnten die umfangreichen Bauarbeiten zur Erschliessung der Neuzuteilung abgeschlossen werden. Im November 2004 ist die Flurgenossenschaft Biberist N5 aufgelöst worden, nachdem die Einwohnergemeinde Biberist sämtliche erstellten Werke zu Eigentum und Unterhalt übernommen hat. Bei den übrigen nationalstrassenbedingten Güterregulierungen in Lüsslingen, Nennigkofen und Grenchen wurden die letzten Bauarbeiten ausgeführt. Bei 14 Berghöfen konnten der Ausbau der Wasserversorgung und teilweise auch die Verkabelung der Stromversorgung unterstützt werden. Auf 32 km Zufahrtsstrassen zu Berghöfen wurde die periodische Wiederinstandstellung (PWII) ausgeführt. Seit 2004 wird diese Massnahme auch vom Bund mit Beiträgen unterstützt. Damit konnte der Nachholbedarf etwas aufgeholt werden.

7.3. Einzelbetriebliche Massnahmen

Die Direktzahlungen im Umfange von rund 68,5 Mio. Fr. konnten mit dem inzwischen konsolidierten System GELAN wiederum pünktlich und ohne grössere Probleme ausbezahlt werden. Ergänzt wurde GELAN durch die beiden zentralen Module einer neuen Personenverwaltung (PV) und eines Finanzsystems (FIS). Letzteres ermöglicht eine wesentlich transparentere und einfachere

Volkswirtschaftsdepartement

re Auszahlung der Direktzahlungen auf elektronischem Weg (Post-Finance). Im Bereich Boden- und Pachtrecht wurde die Nachfolge des Sachbearbeiters durch eine interne Reorganisation (Wechsel Bodenrecht in die Abteilung Strukturverbesserungen) geregelt. Auf den 1. Januar 2004 wurde zudem die Geschäftskontrolle KONSUL eingeführt.

Im Mehrjahresprogramm Landwirtschaft wurden Massnahmen und Projekte im Umfang von rund Fr. 438 000.– unterstützt.

7.4. Veterinärdienst

Das vergangene Jahr war von verschiedenen, die Tiergesundheit betreffenden Aktionen geprägt. In mehreren Rindviehbeständen musste die BVD diagnostiziert werden, eine Viruserkrankung, welche Frühgeburten und Kälbersterben verursacht. Sie ist nicht auf den Menschen oder auf andere Tiere übertragbar. Gesamtschweizerisch muss mit Millionenschäden, welche durch dieses Virus verursacht werden, gerechnet werden. Deshalb, und weil es von viehexportierenden Kreisen gefordert wird, ist der Wille von Seiten des Bundesamtes für Veterinärwesen da, ein Bekämpfungsmodell zu erarbeiten und umzusetzen. Allerdings wird dies mit hohen Kosten und epidemiologischen Hindernissen verbunden sein, da eine Neuinfektion schwierig zu verhindern ist. Schafhirne von über 12 Monate alten Schafen werden in einem einjährigen Projekt untersucht, um eine theoretisch mögliche Freiheit von BSE im Schaf nachweisen zu können. Das Programm wird vom Bund koordiniert. Auf einzelnen Landwirtschaftsbetrieben traten Seuchen auf (Salmonellen, Lungenkrankheiten), welche zu einer hohen Anzahl von auf Anordnung getöteten Tieren führten, die entschädigt wurden. Diese Ereignisse führten nebst den Routine-Vollzugskosten zu einer starken Belastung der Tierseuchenkasse.

Anlässlich von Routine-Kontrollen auf landwirtschaftlichen Kleinstbetrieben musste verschiedentlich die Tierhaltung beanstandet werden (fehlender Auslauf, fehlendes Licht). Leider traten ebenfalls einige Fehlanzeigen betreffend Tierschutz ein, welche zu regelmässiger Medienpräsenz des Veterinärdienstes führten. Im Laufe des Jahres traten verschiedene Bundesverordnungen und Weisungen in Kraft, deren Vollzug in Angriff genommen wurde.

7.5. Bildungszentrum Wallierhof

Folgende baulichen Renovationen konnten realisiert werden: Bis Ende Juli 2004 wurden in allen Internatzimmern Duschen und WC eingebaut. Das Flachdach des Schulgebäudes wurde vollständig saniert und neu ersetzt eine Holzpelletheizung einen Teil der defekten Ölheizung. Nach wie vor wartet die Landwirtschaftsschule auf den Entscheid für eine neue Struktur der Ausbildung. Zu einigen Vorschlägen konnte Stellung genommen werden.

2003/2004 besuchten 37 Schüler/innen die Schule, 2004/2005 sind es 40 Schüler/innen. Die Betriebsleiterschule absolvierten 2003/04 18 und 2004/05 16 Schüler. Diese Zahlen entsprechen den Durchschnittsdaten der letzten 10 Jahre. Der Vorkurs der Zweitausbildung wurde das zweite Mal mit dem Inforama Rütli und die Wahlfächer im zweiten Kurs sowie die BLS zusammen mit dem LZ Ebenrain angeboten. Der modulare Ausbildungsgang an der Hauswirtschaftsschule Wallierhof hat sich etabliert. Die Gesamtschülerinnen- und schülerzahl beläuft sich Ende 2004 erstmals auf 29. Der Grossteil der Frauen besucht schlussendlich den gesamten Kurs. Im Winter 2003/2004 besuchten 13 Frauen die Vollzeitausbildung, im Winter 2004/2005 sind es zehn Frauen. Alle anderen besuchen den berufsbegleitenden Kurs oder Module aus beiden Kursen. Die Kursangebote aus unserem Programm «Wallierhof für alle» sind sehr gefragt und innert kürzester Zeit ausgebucht. Zahlreiche Kurse wurden mehrfach durchgeführt.

Die für viele Betriebe schwierige Lage der Milchwirtschaft und der andauernde Preiszerfall bei verschiedenen landwirtschaftlichen Produkten erforderte einen grösseren Informations- und Beratungsaufwand zur Abfederung der finanziellen und betrieblichen Auswirkungen. Die Direktvermarktung und diverse Dienstleistungen der Landwirtschaft werden immer stärker als erfolgreiche Nische genutzt. Die Beratungs- und Interessengruppen haben sich als gute Begleitinstrumente für diese Entwicklung etabliert.

8. Amt für Militär und Bevölkerungsschutz AMB

8.1. Personelles

Der Personalbestand blieb per 31.12.2004 mit 39 Angestellten (11 Frauen, 28 Männer) unverändert. Bei den nebenamtlichen Sektionschefinnen (17) und Sektionschefs (81) musste eine Ersatzwahl vorgenommen werden.

8.2. Rekrutierung

Ab 2004 fand die Rekrutierung neu nach Armee XXI statt. Mit der vorgeschriebenen Vororientierung wurden 2559 16-jährige Schweizerinnen und Schweizer bedient. Viele Jugendliche reagierten positiv und liessen sich zielgerichtet über militärische Vorkurse informieren. An den 32 obligatorischen Orientierungstagen wurden 1213 Männer und 21 sich freiwillig gemeldete, gleichaltrige Frauen über den Verlauf der Rekrutierung und die Dienstpflicht informiert. Für eine sehr gute Qualität der Orientierungstage mit einer hohen Kundenzufriedenheit sorgten eine Moderatorin und fünf Moderatoren aus dem AMB. Von über 90% der Teilnehmenden wurden die Orientierungstage als sehr positiv beurteilt. Die gute Orientierung garantiert für die Stellungspflichtigen auch eine erfolgreiche Rekrutierung. An acht Rekrutierungszyklen in Windisch wurden 986 Männer und 10 Frauen beurteilt. 607 Männer

Volkswirtschaftsdepartement

wurden als militärdiensttauglich, 128 als zivilschutzdiensttauglich, 239 als untauglich rekrutiert und 12 wurden auf die Nachrekrutierung verwiesen oder um ein Jahr zurückgestellt. Von den 10 Frauen wurden sieben militärdiensttauglich. Die Zahl der Interessenten für den zivilen Ersatzdienst (ZED) ist gering und bewegt sich im Rahmen der Vorjahre. Die körperliche Leistungsfähigkeit der Jugendlichen nahm leider um 8% ab. Trotzdem erwarben noch 220 Männer (22,3%) die Militärsportauszeichnung.

8.3. Aufgebots- und Kontrollwesen

8.3.1. Dienstverschiebungen, Aufgebote

Seit der Einführung von Armee XXI gibt es keine kantonalen Truppen mehr. Als Folge davon läuft das Dienstverschiebungswesen nach dem Wohnortsprinzip. Das bedeutet für unseren Kanton eine Vervierfachung der Anzahl Gesuche. Von den rund 4500 eingegangenen Gesuchen mussten nach den gesetzlichen Bestimmungen 2570 Gesuche abschliessend beurteilt werden. Zu den Orientierungstagen und der Rekrutierung wurden 4109 Aufgebote erlassen.

8.3.2. Auslandurlaube

Zur beruflichen und sprachlichen Weiterausbildung, aber auch mit der Absicht einer dauernden Wohnsitzverlegung ins Ausland, wurde 65 Meldepflichtigen Auslandurlaub erteilt.

8.3.3. Entlassungen

Wegen der Verkleinerung der Armee wurden 3532 Angehörige der Armee der Jahrgänge 1965–1968 (diverse Jahrgänge bei den Offizieren) aus der Wehrpflicht entlassen. Insgesamt 10 regionale Entlassungen wurden an sieben Orten erfolgreich durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Polizei wurden erstmals alle Wehrmänner (ca. 1300) überprüft, welche die persönliche Waffe nach der Entlassung zu Eigentum beantragten. Fünf Wehrmänner erfüllten die Bedingungen zur Waffenabgabe nicht. Personen und Daten sind ausschliesslich der Polizei bekannt. Anlässlich der traditionellen, schlichten Feiern durften die Entlassenen jeweils den Dank der Regierung für die geleisteten Dienste entgegennehmen.

8.4. Zeughausverwaltung

Seit der Übertragung des kantonalen Zeughauses an den Bund (01.01.2001), betreibt dieser als bürgernahe Dienstleistung im Zeughaus Solothurn eine Retablierungsstelle. Im Zuge der Neuorganisation des Bundes im Zeughaus-

bereich wird diese Stelle 2005 leider geschlossen. Nach der Sanierung des Zeughauses Solothurn/Zuchwil, Altbau 1907, zog der Lehrverband Genie/Rettung des Bundes mit etwas mehr als 30 Arbeitsplätzen dort ein. Der übrige frei gewordene Büro- und Lagerraum konnte bis auf weiteres an verschiedene kantonale Amtsstellen vermietet werden.

8.5. Wehrpflichtersatz

12 519 Ersatzpflichtige mit einem Ersatzabgabebetrag von rund 6,7 Mio. Fr. wurden veranlagt. Von der Ersatzpflicht befreit waren 1312 Männer. Eingereicht wurden 235 Erlassgesuche, 135 Einsprachen und 690 Ratenzahlungsgesuche. Die zunehmend schlechter werdende Zahlungsmoral erforderte die Einleitung von rund 850 Betreibungsverfahren. Nach der Berücksichtigung aller Abzüge wie Erlasse, Abschreibungen, Verjährungen, Verlustscheine, Rückerstattungen und dem Ausstand verblieb ein Rohertrag von 6,2 Mio. Fr. Der Kantonsanteil betrug 1,2 Mio. Fr.

8.6. Schiesswesen

Das ausserdienstliche Schiesswesen im Kanton Solothurn war in der Berichtsperiode einerseits geprägt durch die Konsolidierung der Organisation des 2003 aus dem Solothurner Kantonalschützenverein, dem Unterverband Solothurn des Schweizerischen Arbeiterschützenbundes und dem Solothurner Sportschützenverband neu gegründeten Solothurner Schiesssportverbandes und andererseits durch die hinsichtlich Armee XXI erfolgte Entlassung weiterer Jahrgänge aus der Wehrpflicht. Ein Vergleich der Teilnehmerzahlen des obligatorischen Programmes mit der vorhergehenden Berichtsperiode ist daher schwierig. Auf der Distanz 300 m ist durch die zusätzlichen Entlassungen ein Rückgang von ca. 8% gegenüber 2003 festzustellen. Hingegen nahmen die Teilnehmer an den Pistolen-Bundesprogrammen auf 25/50 m erneut um 19 auf 812 zu. Mitbeeinflusst von der Verkleinerung der Armee verringerte sich die Anzahl der Anerkennungskarten im Vergleich zu den Vorjahren auf der Distanz 300 m um 16,3% und bei den Distanzen 25/50 m um 2,7%. Am eidgenössischen Feldschiessen nahm die Beteiligung auf der 300-m-Distanz um 7,2% auf 7130 und mit der Pistole um 4,4% auf 1566 Teilnehmerinnen und Teilnehmer ab. Mit der noch fortschreitenden Umsetzung der Armee XXI ist mit einem weiteren Rückgang der Beteiligungszahlen zu rechnen. Die durchgeführten 70 Jungschützenkurse wurden von 672 jungen Männern und 113 jungen Frauen besucht. Der mit Bundesgesetz vom 7. Oktober 1983 und mit der Lärmschutzverordnung vom 1. April 1987 vorgeschriebene Schallschutz der Schiessanlagen ist im Kanton Solothurn 2002 fristgemäss realisiert worden. Die Stadt Olten hat für die geschlossene Anlage «Kleinholz» noch keine Ersatzlösung gefunden. Die Schiesspflichtigen aus Olten absolvierten so das Pflichtprogramm in den umliegenden Gemeinden. Die für das Obligatorische Bundesprogramm 300 m im Kanton Solothurn in Betrieb stehenden 72 Schiess-

anlagen entsprechen den Anforderungen der eidg. Schallschutzverordnung. Die Werte werden jährlich vom Amt für Umwelt und vom Eidg. Schiessoffizier Kreis 11 Kanton Solothurn überprüft. Allfällige Überschreitungen der verfügbaren Soll-Werte werden mit den betroffenen Gemeinden und Schützenvereinen besprochen.

8.7. Kantonale Zivilschutzverwaltung (KZSV)

Das Berichtsjahr stand ganz unter dem Paradigmawechsel der Zuständigkeiten im Bevölkerungs- und Zivilschutz. Das neue Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz trat am 1. Januar 2004 in Kraft. Es überträgt die Verantwortung für die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen den Kantonen mit den Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz. Aufgrund dieser grundlegend veränderten Situation erfolgte mit dem neuen Einführungsgesetz zur eidgenössischen Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzgebung die Totalrevision der kantonalen Zivilschutzgesetzgebung. Als Kernelemente regelt sie die geografisch identische Bildung der Bevölkerungs- und Zivilschutzkreise, die Dienstleistungsdauer der Zivilschutzpflichtigen, die Einführung der Zuständigkeitsfinanzierung und macht die Gemeinden zu den Hauptträgerinnen des Zivilschutzes. Dem Partner Zivilschutz obliegen die Aufgaben Schutz der Bevölkerung, Betreuung von Schutzsuchenden Personen, Schutz der Kulturgüter sowie die Unterstützung der anderen Partnerorganisationen. Der Zivilschutz Kanton Solothurn hat noch einen Sollbestand von rund 3500 Pflichtigen, aufgeteilt auf 15 regionale Zivilschutzorganisationen. Lediglich deren vier konnten noch nicht abschliessend gebildet werden. Die Bestandesreduktion soll mit der gesetzlich vorgeschriebenen, verlängerten und professionelleren Grundausbildung wettgemacht werden. Alle Ausbildungsteile, so auch die Zusatz- und Kaderausbildung, basieren auf dem bundesrechtlichen Minimum. Das Zivilschutz-Musikkorps hatte bei verschiedensten Veranstaltungen wiederum sehr beachtenswerte Auftritte. Die Zivilschutz-Fachverbände wurden in ihren Bemühungen in den Bereichen ausserdienstliche Ausbildung und Information nachhaltig unterstützt.

8.7.1. Ausbildung und Einsatz

Die gesamte Palette der Ausbildung erfolgte durchwegs und konsequent auf der Basis des bundesrechtlichen Minimums und den entsprechenden Vorgaben. In der Grundausbildung und in Wiederholungskursen wurden rund 4000 Dienstage geleistet. Angehörige von regionalen Zivilschutzorganisationen (R ZSO) leisteten in Form von Einsätzen zugunsten der Gemeinschaft rund 3900 Einsatztage. Geleistet wurden die subsidiären Einsätze für verschiedene Instandstellungsarbeiten im Kanton Wallis, Pflegeleistungen in Altersheimen und Spitälern und weitere Hilfeleistun-

gen zugunsten kommunaler Infrastrukturen. Ein spezieller Einsatz musste für die Entseuchung eines Bauernhofes geleistet werden.

8.7.2. Schutz/Infrastruktur

Aufgrund der per 1. Januar 2004 in Kraft getretenen Gesetzesänderung, zwei Schutzplätze pro drei Zimmer für alle Wohnbauten, hat der Wechsel vom eigenen Schutzraum zur Befreiung von der Schutzraumbaupflicht gegen Ersatzabgabe mehrheitlich stattgefunden. Insbesondere werden bei Einfamilienhäusern heute eher selten noch Schutzräume eingebaut, sondern vielmehr Beteiligungen an privaten Sammelschutzräumen vorgezogen, die zur Erfüllung der Schutzraumpflicht gemeinsam von mehreren Bauherren erstellt werden. In der Berichtsperiode wurden 675 Ersatzabgaben von total Fr. 3 501 465.– verfügt und 97 neue Schutzraumprojekte bewilligt. 62 Gesuche (Um- und Anbauten, Aufstockungen, Bauten für den reinen Arbeitsbereich usw.) konnten von jeglicher Schutzbaupflicht befreit werden.

Die Planung der Weiterverwendung der Zivilschutzanlagen im Kanton wurde vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz genehmigt. Die Gemeinden konnten beim Bund erstmals ein Gesuch um Entrichtung des Pauschalbeitrages an die Unterhaltskosten der Zivilschutzanlagen einreichen. Die Ausführung der dafür massgebenden und vorgeschriebenen Wartungs- und Unterhaltsarbeiten wurden nur für 103 von 105 Zivilschutzanlagen erfüllt. Deshalb konnten von den bereit gestandenen Fr. 307 000.– nur Fr. 301 450.– beim Bund angefordert und den Gemeinden ausbezahlt werden. Die dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz eingereichte Planung über die periodische Anlagekontrolle wurde ebenfalls genehmigt.

Die digitalisierte Sirenenfernsteuerung SFI-457 bei der Alarmzentrale der Polizei Kanton Solothurn konnte in Betrieb genommen werden. Zurzeit können 41 Sirenen in den regionalen Zivilschutzorganisationen Thierstein, Dorneckberg, solothurnisches Leimental und Zone I KKG ab Alarmzentrale der Polizei Kanton Solothurn einzeln, in Gruppen oder gemeinsam ausgelöst werden.

Am 9. Oktober 2004 trat das vom Bundesrat ratifizierte zweite Haager Protokoll in Kraft. Es regelt u. a. die auf ziviler Seite zum Schutz der Kulturgüter zu ergreifenden Massnahmen und die Strafverfolgung von Personen, die Kulturgüter zerstören. Nach den neuesten Grundlagen fand die Aus- und Weiterbildung für 19 Kulturgüterschutz-Spezialisten statt. Mit den Gemeindeverantwortlichen wurden an drei Orten bewegliche Kulturgüter inventarisiert, dokumentiert und zum Schutz in einer Zivilschutzanlage zwischengelagert. Drei Objekte von nationaler und regionaler Bedeutung wurden mit Sicherstellungsunterlagen dokumentiert und eines von nationaler Bedeutung mit einer Brandmeldeanlage ausgerüstet. In drei Museen wurde mit der Dokumentation des Museumsbestandes begonnen. Die systematische Inventarisierung der Kunstdenkmäler im Kanton Solothurn wurde weiter geführt. Zum Schutz von beweglichen Kulturgütern konnten in

einer Gemeinde zwei Personenschutzräume zu einem Kulturgüterschutzraum umgenutzt und entsprechend ausgerüstet werden. Der Kulturgüterschutz engagierte sich für die Erreichung seiner Ziele auch bei Vorträgen, Podiumsgesprächen, Ausstellungen, Beratungen und Publikationen.

8.8. Zivile Katastrophenvorsorge

8.8.1. Allgemeines

Während der Berichtsperiode erarbeiteten verschiedene Projektgruppen die Grundlagen für Einsätze und Massnahmen mit grossem Koordinationsbedarf. Die Arbeitsgruppe Care Organisation baute eine entsprechende Organisation auf. Die Katastrophenvorsorge ist die Koordinationsstelle der Care Organisation und leitete verschiedene Einsätze. Für das Projekt Bahn 2000 wurde ein Interventions- und Rettungskonzept erarbeitet, wobei ebenfalls die Katastrophenvorsorge als Koordinationsstelle fungiert. Mit der Beteiligung an einem überregionalen Sicherheitslabor sichert der Kanton die Analyse extrem gefährlicher Krankheitserreger. Das Projekt Sicherheitsfunknetz (Polycom) wird weiter verfolgt. Die elektronische Lagedarstellung (ELD) wurde für den Kanton und den Kantonalen Führungsstab realisiert. Die Umstellung der Alarmierung der Bevölkerung mit Sirenen mittels Fernsteuerung über Infranet wurde eingeführt und teilweise realisiert. Dieses Projekt dürfte 2005 abgeschlossen werden. Die Sirenen-Mutationsstelle wird von der Katastrophenvorsorge betrieben. Als Dachorganisation des Bevölkerungsschutzes wurde eine grosse Zahl von Koordinationsaufgaben für die Grossereignisse Gretzenbach und die Tsunami-Flutkatastrophe geleistet.

8.8.2. Kantonaler Führungsstab

Der kantonale Führungsstab (KFS) wird regelmässig ausgebildet und geübt. Die Einführung des Care Koordinators im KFS hat sich bei verschiedenen Ereignissen bewährt. Die neu gebildete Logistikgruppe leistet bei Grossereignissen wichtige Unterstützungsarbeit.

8.8.3. Gemeindeführungsstäbe

Die Überführung der Gemeindeführungsstäbe in regionale Führungsstäbe (RFS), analog den Zivilschutzregionen, schreitet voran. Es bestehen zurzeit drei RFS. Ab 2005 werden die RFS ausgebildet und geübt.

9. Amt für berufliche Vorsorge und Stiftungsaufsicht ABVS

9.1. Allgemeines

Im Berichtsjahr 2004 stand vor allem die 1. BVG-Revision im gesamtschweizerischen Interesse: 20 Jahre nach Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge wurden diese Bestimmungen zur «2. Säule» umfassend revidiert. Aufgrund der Dringlichkeit hat der Bundesrat das 1. Paket der 1. BVG-Revision, die Transparenzbestimmungen bereits, per 1. April 2004 in Kraft gesetzt. Mit diesen Bestimmungen sollen vor allem die tatsächliche finanzielle Lage der Vorsorgeeinrichtung ersichtlich sein, die Sicherheit der Erfüllung der Vorsorgezwecke belegt werden und die Informationspflichten den Versicherten gegenüber, besonders auch bei den Sammeleinrichtungen, erfüllt werden. Per 1. Juni 2004 trat das neue Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz) in Kraft, das weitreichende Änderungen bringt und auch für Stiftungen und Vorsorgeeinrichtungen Anwendung findet.

9.2. Im Speziellen

Das Amt beaufsichtigte im Jahr 2004 total 496 Personalvorsorgestiftungen/ Pensionskassen und gemeinnützige Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von 6,7 Mia. Fr. Erfreulicherweise musste im Berichtsjahr in keinem einzigen Fall ein ausserordentlicher Stiftungsrat eingesetzt werden, und es wurde auch gegen keine einzige Verfügung der Aufsichtsbehörde ein Rechtsmittel eingelegt. Aufgrund von Umstrukturierungen bei den Arbeitgeberfirmen gab es zahlreiche Teilliquidationen von Vorsorgeeinrichtungen. Die Anzahl der Vorsorgeeinrichtungen mit Unterdeckung ist im Berichtsjahr auch im Kanton Solothurn zurückgegangen. Erhöht hat sich die Zahl der geprüften Reglemente der Vorsorgeeinrichtungen, vor allem aufgrund der Anpassung an die neuen gesetzlichen Vorschriften (Sanierungsmassnahmen). Vermehrt erfolgte der Kontakt mit der Aufsichtsbehörde per E-Mail, was die Anzahl der schriftlichen Auskünfte stark ansteigen liess.

9.3. Personelles

Nach über 20-jähriger Tätigkeit ist Albert Allemann, Sachbearbeiter, in den wohlverdienten Ruhestand getreten. Mit Reto Gasser, Rechtsanwalt und Notar, wurde die frühere juristische Kapazität wieder hergestellt resp. erweitert.

Beaufichtigte PV-Einrichtungen und Stiftungen	2003	2004
Personalfürsorgestiftungen	277	270
Einrichtungen öffentlichen Rechts	7	7
Gemeinnützige Stiftungen	195	219
Total	479	496
davon registrierte BVG-Vorsorgeeinrichtungen	88	85
Total Vermögen Personalvorsorgeeinrichtungen (JR 2002 bzw. 2003)	6 153 854 300	6 451 947 940
- gemeinnützige Stiftungen	263 849 022	259 729 922
Total Vermögen aller PV-Einrichtungen und Stiftungen	6 417 703 322	6 711 677 862
– Guthaben gegenüber Stifterfirma/Arbeitgeberfirma	37 976 700	25 736 100
– Guthaben gegenüber öff.-rechtlichem Arbeitgeber	38 884 300	37 344 400
– Guthaben FZ-Stiftungen + 3.-Säule-Stiftungen (Stifterfirma = Bank)	320 252 100	393 983 500
– Reine Arbeitgeber-Beitragsreserve	107 433 200	101 576 600
– Pensionskassen mit Unterdeckung (JR 2002 bzw. 2003)	32	18
Einsetzen von komm. Verwaltern/Liquidatoren/ a. o. Stiftungsräten	2	0
Beschwerden eingereicht (Art. 74 Abs. 2 lit. a BVG)	3	0
Beschwerden/Anzeigen an die Aufsichtsbehörden (Art. 84 Abs. 2 ZGB)	0	0
Schriftliche Auskünfte*	116	179
Persönliche Besprechungen*	36	34

*Infolge der technischen Entwicklung erfolgen die Kontakte mit der Aufsichtsbehörde vermehrt per E-Mail, Fax und Telefon-Konferenzgesprächen.

10. Ausübung der Aufsicht über die Solothurnische Gebäudeversicherung SGV

Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes ist von Amtes wegen Präsident der Verwaltungskommission der Solothurnischen Gebäudeversicherung SGV.

Die Brandschäden lagen mit 12,2 Mio. Fr. leicht über dem budgetierten Wert von 12 Mio. Fr. Es ereigneten sich auch einige grössere Schäden. Mit 2,9 Mio. Fr. verursachte der Brand der ehemaligen Handelsbank in Solothurn vom 10. Juni 2004 den grössten Schaden. Die Elementarschäden lagen mit 6,9 Mio. Fr. deutlich über dem budgetierten Wert von 5 Mio. Fr. Wesentlich beeinflusst wurde das schlechte Ergebnis durch die Sturm- und Hagelereignisse in den Monaten Juli und August.

Die Erträge aus dem Reservefonds liegen mit 3,4% knapp über den Erwartungen (3%). Die Prämieinnahmen betrugen erwartungsgemäss 31,2 Mio. Fr. Die übrigen Einnahmen und Ausgaben bewegten sich ebenfalls im Rahmen der Budgetzahlen. Die Reserven liegen nach wie vor über dem gesetzlich vorgesehenen Minimum.

Die im Jahr 2003 von der Abteilung Brandschutz durchgeführten Nachtkontrollen in Lokaltäten mit grosser Personenbelegung hatten grossmehrheitlich leider wiederum zu negativen Resultaten geführt. Es wurden 46 Gebäude einer brandschutztechnischen Kontrolle unterzogen. In 30 Fällen (65%) fehlte die Sicherheitsbeleuchtung und/oder die Fluchtwegbezeichnung. In 12 Fällen (26%) waren die Notausgänge geschlossen oder sonst nicht benutzbar. Diverse Gebäude wiesen andere brandschutztechnische Mängel auf. Nur gerade 13 Gebäude (28%) waren mangelfrei. Deshalb wurde 2004 nebst den fortgesetzten Nachtkontrollen intensiv nach Möglichkeiten gesucht, wie die Sicherheit der Besucherinnen und Besucher verbessert werden kann. Es fanden Gespräche sowohl mit Vertretern der Justiz als auch von Gewerbe und Handel statt. Ab 2005 wird seitens der Gebäudeversicherung vermehrt mittels Strafverfahren (Bussen) gegen das Missachten der elementarsten Sicherheitsbestimmungen vorgegangen werden.

Die Feuerwehrausbildung im Interkantonalen Feuerwehrausbildungszentrum ifa in der Klus in Balsthal verlief 2004 wiederum planmässig. Das Projekt Tunnelbrand-Bekämpfungsanlage, um welches sich die beiden Gebäudeversicherungen Basel-Landschaft und Solothurn mit Standort ifa neben den Standorten Hagerbach und Lungern beworben haben, ist beim Bundesamt für Strassen ASTRA hängig. Nachdem die beiden Gebäudeversicherungen mit Lungern in strategischer Hinsicht zu kooperieren beabsichtigen, stehen die Chancen für die beiden Standorte sehr gut. Fraglich ist allerdings, ob das Projekt in den nächsten Jahren überhaupt realisiert wird. Der Entscheid des Bundesrates steht noch aus.

Leider ereignete sich am Samstag, 27. November 2004, in einer Tiefgarage in Gretzenbach ein tragisches Unglück. Nachdem aufgrund brennender Autos am frühen Samstagmorgen die Stützpunktfeuerwehr Schönenwerd aufgeboten worden und mit dem Löscheinsatz bereits in der Endphase war, stürzte die Betondecke über der Tiefgarage ein. Von den elf sich in der Garage befindenden Feuerwehrmännern konnten sich drei selber befreien und einer wurde von seinen Kameraden geborgen; für die übrigen sieben aber kam jede Hilfe zu spät. Es handelt sich um das schwerste Unglück in der schweizerischen Feuerwehrgeschichte.

11. Tätigkeit der Aufsichtskommission, AHV, IV und Familienausgleichskassen

11.1. Grundlagen

Gemäss § 26 Absatz 3 des Gesetzes über die Organisation des Regierungsrates und der Verwaltung vom 7. Februar 1999 (RVOG) beaufsichtigt der Regierungsrat die Arbeit der Leitungs- und Aufsichtsorgane der mittelbaren Verwaltung. Der Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes ist von Amtes wegen Präsident der Aufsichtskommission über AHV, IV und die Familienausgleichskassen. Auf Grund dieses Amtes und als Vertreter des Regierungsrates hat er Einblick in die Geschäftstätigkeit der Aufsichtskommission und gestaltet diese mit.

11.2. Aufsichtskommission

Im Jahr 2004 konnte die Aufsichtskommission die anfallenden Geschäfte sowie die Überwachung des Geschäftsganges in vier ordentlichen Sitzungen behandeln. Unter anderem stellte die Aufsichtskommission dem Regierungsrat den Antrag auf die Erhöhung der Kinderzulagen für Arbeitnehmende um Fr. 15.– auf Fr. 190.– je Monat und Kind. Eine gegen den entsprechenden Regierungsratsbeschluss eingereichte staatsrechtliche Beschwerde wurde vom Bundesgericht mit Entscheid vom 1. November 2004 abgewiesen.

11.3. Ausgleichskasse und Familienausgleichskassen AKSO

Personal

Ende 2004 waren für die Abwicklung des Tagesgeschäftes 92 Personen bei rund 85 Pensen fest angestellt. Insgesamt beschäftigt die AKSO 74 Frauen und 33 in Teilzeit. Zusätzlich bildet die AKSO zurzeit sechs Lehrerinnen, resp. Lehrer sowie einen Praktikanten aus.

Organisationsentwicklung

Die Buchungskompetenz bezüglich Rückforderungen von Leistungen wurde organisatorisch in der Abteilung Finanz- und Rechnungswesen zusammengefasst, was den internen Stellenwechsel einer Mitarbeiterin zur Folge hatte.

Die AKSO fördert die Mitarbeitenden mit einem neu eingeführten System. Ziel ist die Erhaltung der Marktfähigkeit und die Kaderförderung. Mit zwei standardisierten, modularartig aufgebauten Laufbahnmodellen sollen einerseits den Mitarbeitenden eine berufliche Perspektive innerhalb der AKSO eröffnet, andererseits die Kaderkapazitäten ausgebaut werden.

Für alle 33 Kernprozesse haben die Prozessverantwortlichen Prozessziele formuliert, Prozesse auf deren Risiken überprüft und Massnahmen zur Minimierung von Risiken definiert werden. Im Berichtsjahr wurde ein Kennzahlen-Informationssystem, eine Balanced Scorecard, eingeführt. Im Rahmen einer Diplomarbeit einer Fachhochschule wurde für die AKSO ein Kommunikationskonzept erstellt. Dieses zeigt neben Stärken im internen und externen Bereich auch Schwächen auf, die gezielt verbessert werden müssen.

Der Auftrag für die Erneuerung der komplexen, hostbasierten alten Applikationen wurde im Verbund mit 17 weiteren Ausgleichskassen und Sozialversicherungsanstalten anderer Kantone nach anfänglichen Schwierigkeiten auf der Grundlage eines vorliegenden Detailkonzeptes der IBM Schweiz erteilt. Im Juli 2004 wurde das alte Server-Betriebssystem auf Windows 2003 migriert. Zuvor waren sämtliche PC auf Windows XP Professional und Office XP Professional umgestellt worden. Im Juni 2004 wurde allen Zweigstellen ein neues Zweigstellen-Handbuch in elektronischer Form abgegeben. Damit ist der einfache und rasche Zugriff auf alle Dokumente und Formulare möglich.

Durchführung

Die Einführung der 4. IV-Revision konnte problemlos bewältigt werden. Dabei liegt die Kompetenz der AKSO beim Geld, d. h. beim Einzug der Beiträge und der Auszahlung von Leistungen. Der Umfang der Änderung war für die AKSO mit den neuen Dreiviertelsrenten, dem Wegfall von Zusatz- und Härtefallrenten sowie den verschiedenen Sonderregelungen erheblich. Infolge der Revision mussten zahlreiche Ergänzungsleistungen angepasst werden.

Der Pendenzenstand der Neuanmeldungen für Ergänzungsleistungen hat Ende 2004 mit 75 Dossiers, oder einer halben Monatsproduktion, seit Jahren nie mehr einen so tiefen Stand erreicht. Dies obwohl die erledigten Neuanmeldungen im Berichtsjahr um rund 8% gestiegen sind. Die Quote der Zusprachen hat sich bei 60% eingependelt. Die individuelle Prämienverbilligung KVG führt die AKSO im Auftrag des Kantons durch. Im 2004 sind bei der Verarbeitung und Auszahlung von rund 60 000 Prämienverbilligungen keine grösseren Probleme aufgetaucht. Der Abschluss einer neuen Leistungsvereinbarung mit dem Kanton auf der Basis von Fallkosten-

pauschalen erhöht die Transparenz weiter.

Die AKSO konnte erstmals alle Jahresabrechnungen der Arbeitgeber bereits bis Ende März verarbeiten und die Lohnangaben auf den individuellen Konti verbuchen. Erfreulicherweise ist die Zahl der beim Versicherungsgericht des Kantons Solothurn eingereichten Beschwerden (ohne Berücksichtigung der individuellen Prämienverbilligung) gegen Einspracheentscheide oder Verfügungen der AKSO im Jahr 2004 auf 40 zurückgegangen (Vorjahr 72).

11.4. Invalidenversicherungs-Stelle IVSO

Per 1. Januar 2004 trat die 4. IVG-Revision in Kraft. Deren Umsetzung hat die IV-Stelle sehr in Beschlag genommen. Die Einführung der Dreiviertelsrente, die Überführung der Hauspflege- und Pflegebeiträge in die Hilflosenentschädigung sowie die situative Überprüfung eines Intensivpflegezuschlages für pflegebedürftige minderjährige Menschen konnten erfolgreich umgesetzt werden. Einerseits musste die EDV-Applikation den neuen gesetzlichen Bestimmungen angepasst werden, andererseits führte die Gesetzesrevision zu einer grossen Anzahl Fallrevisionen gerade im Bereich der Hilflosenentschädigung.

Diesem Umsetzungsaufwand zum Trotz konnte die IV-Stelle mehr erstmalige Gesuche erledigen als neu angemeldet wurden. Die erstmaligen Anmeldungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr um 7,9% ab. Die Anzahl erstmaliger Rentenentscheide ist aber vergleichbar hoch geblieben. Aus Sicht der Invalidenversicherung ist erfreulich, dass die Rentenzusprachen rückläufig sind und die Ablehnungen insgesamt zugenommen haben. Die Ablehnungsquote nahm von 31,9% (2003) auf 37,4% im Berichtsjahr zu.

Im Jahr 2003 wurde der Allgemeine Teil des Sozialversicherungsrechts (ATSG) und damit neu neben anderen Verfahrensabläufen das Einspracheverfahren für die Invalidenversicherung eingeführt. Im selben Jahr verzeichneten wir 582 Einsprachen. Erst mit dem Einspracheentscheid wird das Verwaltungsverfahren abgeschlossen. Dadurch entstand eine Art Beschwerdemoratorium, weshalb die Beschwerden gegen unsere Einspracheentscheide um 37,2% abnahmen. Im Berichtsjahr verzeichneten jedoch die Einsprachen eine Zunahme um 8,6%, und die Beschwerden ans kantonale und eidgenössische Versicherungsgericht nahmen insgesamt um 36,9% zu. Somit hat die Anzahl Beschwerden praktisch den Stand vor Einführung des ATSG erreicht. Praktisch ein Drittel der Einspracheentscheide wird vor Versicherungsgericht angefochten.

Damit wir den Auftrag aktive Arbeitsvermittlung, welcher mit der 4. IVG-Revision verstärkt hervorgehoben wurde, auch erfüllen können, haben wir ein Team Stellenvermittlung aufgebaut und personell verstärkt. Parallel dazu

wurde im Rahmen der SO+ Massnahme Nr. 49 in einem Teilprojekt die Schnittstelle zwischen RAV und der IV-Stelle optimiert. Mit RRB Nr. 2004/249 verabschiedete der Regierungsrat das Umsetzungskonzept und gab grünes Licht für die Optimierung der Schnittstellenprozesse. Dadurch konnte die Zusammenarbeit zwischen RAV und IV-Stelle erheblich verbessert werden. Diese so genannte interinstitutionelle Zusammenarbeit (IIZ) wird gesamtschweizerisch vom Seco und vom BSV unterstützt und propagiert, damit stellenlose Menschen, welche allenfalls ein Handicap haben, nicht zwischen den Durchführungsstellen hin und her geschoben werden. Die Anstrengungen, welche im Kanton Solothurn unternommen werden, sind vorbildlich.

Die IV-Stelle hat anlässlich des Projektes Direttissima alle internen Abläufe geprüft, Prozesse definiert und dazu jeweils den kritischen Pfad gesucht und diesen auf einer Prozesslandkarte im EDV-System festgehalten. Diese Prozesslandkarte unterstützt heute die Mitarbeitenden in der Fallführung. Die einzelnen Weisungen, Schulungsunterlagen und Hilfsmittel sind mit den Prozessen verknüpft und jederzeit abrufbar. Die Prozessverantwortlichen bewirtschaften fortlaufend die Anpassungen und Änderungen.

Kaum war die 4. IVG-Revision in Kraft, schickte der Bundesrat bereits den Entwurf zur Botschaft der 5. IVG-Revision in die Vernehmlassung. Der Bundesrat will damit bei der Invalidenversicherung die Rentenzunahme abbremsen, das kontinuierlich wachsende Defizit in den Griff bekommen und das Verfahren straffen. Ende 2004 hat der Regierungsrat zum Entwurf des Bundesrates Stellung genommen und unterstützt den Bundesrat im Grundsatz. In einzelnen Punkten machte er alternative Vorschläge.

Bau- und Justizdepartement (BJD)

1.1. Allgemeines

Das Berichtsjahr brachte eine Konsolidierung der Neuorganisation im erstmals mit Leistungsauftrag geführten Departementssekretariat. Die Vorgaben konnten weitgehend eingehalten werden, wobei sich aber zeigte, dass der Aufwand für die «Führungsunterstützung Departementsvorsteher» kapazitätsmässig unterschätzt worden war.

1.2. Gesetzgebung

In der Berichtsperiode wurden beschlossen: Für die Reform der Strafverfolgung nötige Änderung der Kantonsverfassung (Volksabstimmung vom 16. Mai 2004); Selbstständige Gerichtsverwaltung mit Änderung der Kantonsverfassung (Volksabstimmung vom 28. November 2004) und Änderungen des Gerichtsorganisationsgesetzes, des Geschäftsreglementes des Kantonsrates und des Gebührentarifs (23. Juni 2004); Änderung der Verordnung über öffentliche Beschaffungen (Submissionsverordnung) und der Verordnung über die amtliche Vermessung (24. Februar 2004).

Überdies liegen vor ein verwaltungsinterner Entwurf zur Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes und ein Vernehmlassungsentwurf für die Teilrevision des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr. Erste Vorarbeiten erfolgten zur Teilrevision des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

1.3. Rechtsdienst Bau/Beschwerdewesen

Hauptaufgabe des Rechtsdienstes Bau ist die Behandlung von Bau- und Nutzungsplanbeschwerden, deren Zahl seit einigen Jahren konstant geblieben ist. Im Berichtsjahr waren zusätzlich die insgesamt 50 Einsprachen gegen die Westumfahrung von Solothurn und die zugehörigen Nutzungspläne (Flankierende Massnahmen N5, Rötibrücke, Bahnhofplatz) zu behandeln. Der Termin (Ende Jahr) konnte eingehalten werden.

1.4. Rechtsdienst Justiz

Justizverwaltung: Für die Anpassung der Informatiklösung Gerichte (JURIS) an die Strafverfolgungsreform und an die Revision des Allgemeinen Teils des Schweizerischen Strafgesetzbuches und das neue Jugendstrafrecht wurde ein Projekt gestartet. Auf den Gerichten (insb. Versicherungsgericht, Richterämter Thal-Gäu

und Olten-Gösigen) und bei den Strafverfolgungsbehörden mussten mehrere befristete ausserordentliche Stellvertretungen eingesetzt oder verlängert werden.

Rechtsanwälte und Notare: Im 2004 (2003) wurden 10 (8) Rechtsanwaltskandidaten und 3 (5) Notariatskandidaten vom Regierungsrat patentiert. Berufsausübungsbewilligungen als Notar wurden 2 (1) erteilt. Die Anwaltskammer hat 8 (8) Personen ins Anwaltsregister eingetragen.

Verfahren: Im 2004 (2003) wurden 9 (12) Schadenersatzbegehren nach Verantwortlichkeitsgesetz und 6 (9) Beschwerden eingereicht. Die Geschäftslast in den übrigen Bereichen, wie Begnadigungen etc. wie auch an den juristischen Kursen, bewegte sich im Bereich der Vorjahre.

1.5. Staatsanwaltschaft

Die Geschäftslast der Staatsanwaltschaft hat gegenüber den Vorjahren wiederum zugenommen. Sie verzeichnete einen Neuzugang von 3966 Geschäften, d.h. eine Zunahme von 22% im Vergleich zum Vorjahr (2003: 3250 Geschäfte). Im Weiteren vertrat die Staatsanwaltschaft in 23 Verfahren die Anklage vor Ober- bzw. vor Kriminalgericht.

1.6. Untersuchungsrichteramt

Auch das Berichtsjahr 2004 war von viel Arbeit geprägt. Besonders erwähnenswert sind die weiterhin sehr hohe Geschäftslast des Amtes, die umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für die Umsetzung der Strafverfolgungsreform per 1. August 2005 (Mitarbeit in der Planungs- und in der Baukommission sowie im EDV-Projekt INGE 3) sowie der weitere Abbau von (älteren) Pendenzen durch den Einsatz von ausserordentlichen Untersuchungsrichtern. Das Untersuchungsrichteramt wird auf die neue Amtsperiode hin aufgehoben und geht auf in der Neuen Staatsanwaltschaft.

1.7. Jugendanwaltschaft

Die Anzahl neuer Kinder- und Jugendstrafverfahren hat sich im Berichtsjahr nochmals leicht erhöht. Im Jahre 2004 sind 2081 neue Fälle (2003: 2043 Fälle) eingegangen. Zusammen mit den aus dem Vorjahr hängigen Fällen waren im Jahre 2004 insgesamt 2271 Fälle (2003: 2279 Fälle) zu behandeln. 2004 wurden 2017 Fälle (2003: 2091 Fälle) erledigt. Per Ende 2004 waren 254 Fälle hängig. Im Jahre 2004 haben Verurteilungen wegen Raub und Körperverletzungen leicht zugenommen und solche wegen Vermögensdelikten sowie Handel und Konsum von Betäubungsmitteln leicht abgenommen.

Die Jugendanwaltschaft hat in Zusammenarbeit mit einem Männerbüro in Basel ein ambulantes Projekt für ein Jungentraining entwickelt, welches sich

bei einigen Jugendlichen als eine sinnvolle Alternative für eine Fremdplatzierung herausgestellt hat. Dieses Projekt wird auch in Zukunft weitergeführt. Auch einer guten Vernetzung mit Lehrkräften und anderen Fachstellen der Jugendhilfe wurde im Berichtsjahr besondere Beachtung geschenkt.

1.8. Zentrale Gerichtskasse

Nach der erfolgreichen Zentralisierung im Jahre 2001 hat sich die Zentrale Gerichtskasse weiter etabliert. Im Sommer 2004 hat die erste Lernende erfolgreich ihre Lehre als Kauffrau in der Gerichtskasse abgeschlossen.

2. Amt für Raumplanung (ARP)

2.1. Allgemeines

Das jährliche Überwachungsaudit zum Qualitäts-Management-System (QMS) wurde am 25. Juni 2004 erfolgreich durchgeführt. Im Jahr 2005 ist die nächste Rezertifizierung fällig.

2.2. Richtplanung/übergeordnete Planungsaufgaben

Der Regierungsrat hat in der Berichtsperiode Botschaft und Entwurf zum «Richtplan-Controlling» und «Verkehrspolitischen Leitbild» dem Kantonsrat unterbreitet. Der Kantonsrat hat am 3. November 2004 die Berichte zur Kenntnis genommen. Der Regierungsrat hat im Jahre 2004 zwei Richtplananpassungen genehmigt; vier Richtplananpassungen sind noch am Laufen.

Die Arbeiten an den Agglomerationsprogrammen Solothurn bzw. Olten/Netzstadt Mittelland liefen trotz der Ablehnung des Gegenvorschlages zur Avanti-Initiative (Februar 2004) weiter. Der Terminplan wurde etwas gestreckt. Die Programmentwürfe sind zurzeit in Vernehmlassung. Die Programme werden Mitte 2005 dem Bund eingereicht. Mit den Regionalplanungsorganisationen wurden neue Leistungsvereinbarungen abgeschlossen.

Bis zum Ende der Berichtsperiode wurde der Bebauungs- und Erschliessungsstand für sämtliche Gemeinden erhoben. Die Daten ergeben eine gute Grundlage um die zukünftige Baulandentwicklung im Kanton Solothurn zu steuern. Der Prozess für eine «Nachhaltige Entwicklung» wurde weiterentwickelt (Kernindikatoren, Nachhaltigkeitskompass) und umgesetzt (Nachhaltigkeitserklärungen mit Gemeinden und Organisationen).

2.3. Nutzungsplanung

Mit der Genehmigung von 11 Ortsplanungsrevisionen im Jahre 2004 haben nun alle Gemeinden mit einzelnen Ausnahmen ihre Nutzungsplanungen der

geänderten Planungs- und Baugesetzgebung aus dem Jahre 1992 angepasst. Der Gestaltungsplan hat als Leitverfahren für die formelle und materielle Koordination von grösseren raum- und umweltrelevanten Projekten ungeschmälernte Bedeutung. Die Richtlinie «Der Gestaltungsplan» wurde deshalb in überarbeiteter Fassung den Gemeinden, Planern und Investoren neu abgegeben. Die Neufassung soll mithelfen, die Verfahrensschritte zu klären und zu beschleunigen. Sie ist auch mit der Hoffnung verbunden, den Standard der kommunalen Gestaltungspläne anzuheben, damit sie den Zielen und Zwecken der Raumplanung entsprechen.

Die Abteilung Nutzungsplanung hat bei der Erschliessungsplanung «Solothurn West» und den damit zusammenhängenden flankierenden Massnahmen auf den Kantonsstrassen und den Gemeindestrassen der Stadt Solothurn mitgewirkt. Eingebunden war sie auch beim Projekt zur Umgestaltung des Bahnhofplatzes Solothurn, der Arealentwicklung Industriewerk Olten und der neu in Angriff genommenen Planung über das Bahnhofgebiet Dornach-Arlesheim. Unter dem Titel Stadtentwicklung entstanden weitere Projekte in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Planern/Investoren. So z.B. das «Areal Nepomuk» in Dornach, das Projekt «HB-West» für das Areal zwischen Hauptbahnhof Solothurn und Dornacherplatz, das Überbauungsprojekt «Südpark» an der Zuchwilerstrasse in Solothurn, die Umnutzung einer Bally-Industriehalle in ein Design Outlet in Schönenwerd, die Umnutzung des schützenswerten Industriebaus der Schuhfabrik Dulliken, die Umnutzung des Industrieareals «Leuenfeld» (von Roll) in Oensingen und das Projekt der Stadtentwicklung Olten SüdWest. Die planerische Projektleitung für das Projekt eines Briefszentrums Härkingen lag beim Amt für Raumplanung; ebenso die Projektleitung für einen neuen Bootshafen in Grenchen.

Die Abteilung Nutzungsplanung hat an der Tagung für Solothurner Gemeinden zu Tempo 30/Begegnungszonen mit dem Ziel mitgewirkt, die siedlungsorientierten Strassen als Lebens- und Begegnungsraum aufzuwerten.

Das Thema Geflügelmasthallen wurde anhand konkreter Beispiele mit dem Ausschuss der kantonalen Raumplanungskommission diskutiert. Die Diversifikation in der Geflügelmast ist für etliche Landwirte eine Option, um längerfristig ihre Existenz zu verbessern. Auch diese Mastställe haben sich in die Landschaft einzupassen, insbesondere im Bereich der Juraschutzzone. Sie sind meist UVP-pflichtig und bedingen deshalb einen Gestaltungsplan.

Erstmals sind landwirtschaftliche Biogasanlagen im Kanton in Planung. Neben der Hofgülle wird dabei auch sogenanntes Co-Substrat vergärt, wie zum Beispiel kommunale Grünabfälle. Biogasanlagen sind als Abfallbehandlungsanlagen meist ebenfalls UVP-pflichtig. Das anfallende Biogas wird vor Ort in einem Blockheizkraftwerk zu Öko-Strom und Wärme umgewandelt.

2.4. Baugesuche und Voranfragen

Die Abteilung Baugesuche ist kantonale Koordinationsstelle für alle Bauvorhaben ausserhalb der Bauzone.

Aufgrund der Revision 2000 des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) und der dazugehörigen Raumplanungsverordnung (RPV) und der erneuten Teilrevision der RPV vom 1. Juli 2003 ist eine Zunahme der Anzahl Baugesuche feststellbar. Die neuen Rechtsbestimmungen führen zu aufwändigeren Prüfungen der Baugesuche ausserhalb der Bauzone. Zudem ist feststellbar, dass wiederum mehr Baugesuche auch innerhalb der Bauzone von den örtlichen Baubehörden dem Kanton zur Koordination und Vernehmlassung eingereicht werden.

Bereich:	2002	2003	2004
Total eingereichte Baugesuche	420	471	487
– davon Baugesuche	345	394	418
– davon Voranfragen	75	77	69
Erledigte Baugesuche	406	398	463
– davon Zustimmung	312	316	342
– davon Ablehnung	94	72	91
– davon Rückzug	0	7	15
– davon sistiert	0	3	15

2.5. Natur und Landschaft

Kantonales Mehrjahresprogramm Natur und Landschaft

Am 16. März 2004 hat der Kantonsrat der Verlängerung des Mehrjahresprogrammes Natur und Landschaft bis 2008 zugestimmt. Ende 2004 wurde folgender Programmstand erreicht:

Massnahme:	Ziel 2004	Stand Ende 2004	Grad der Zielerreichung
Waldreservate	3000 ha	3000 ha	100%
Waldränder	150 km	98 km	65%
Sömmerungsweiden	1050 ha	1095 ha	104%
Heumatten	750 ha	758 ha	101%
Hecken/Bachufer	980 km	78 km	12%
Hochstamm-Obstbäume	15 000 Bäume	7499 Bäume	50%

Kantonale Landwirtschafts- und Schutzzone Witi Grenchen-Solothurn

Verschiedene Anpassungen des 1994 vom Regierungsrat erlassenen kantonalen Nutzungsplans im Bereich des motorisierten Fahrzeugsverkehrs und der Hundeleinenpflicht drängen sich auf. Für das Aarefeld Nennigkofen/Lüsslingen wurden die dazu nötigen Verfahren abgeschlossen und die Fahrverbots-signale aufgestellt. In einem Pilotversuch und mit Unterstützung des Kantons organisierten die Regionalplanungsgruppen das Wegräumen von Abfällen entlang der Aare. Der Pilotversuch war erfolgreich.

Kantonale Naturreservate

2004 wurden in 5 weiteren kantonalen Naturreservaten Schutz- und Pflegekonzepte erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet. Der Unterhalt der 90 kantonalen Naturreservate ist eine Daueraufgabe.

Landschaftsschutz, Juraschutzzone

Mit der zunehmenden Zersiedelung und dem wachsenden Druck auf verschiedenste Nutzungen im Gebiet ausserhalb der Bauzone kommt dem Landschaftsschutz besondere Bedeutung zu. Nicht nur in Schnottwil galt es, Lösungen zu finden, welche sowohl die Bedürfnisse der Landwirtschaft nach Handlungsspielraum als auch das Interesse der Bevölkerung an unverbauten Landschaftsräumen gebührend berücksichtigen.

Die Juraschutzzone bezweckt, Bauten mit besonderer Rücksicht auf das Orts- und Landschaftsbild zu gestalten. Dies führte angesichts des Kostendruckes in der Landwirtschaft vermehrt zu Diskussionen. Vorab bei Nebenbauten werden für die Gestaltung situationsgerechte Lösungen gesucht.

Für Beiträge an landwirtschaftliche Bauten in der Juraschutzzone wurden 2004 Fr. 215 632.– ausbezahlt. Abgegolten wurden ausserordentliche Aufwendungen, insbesondere für aufwändige Bedachungen (Ziegel) und vermehrt auch für besondere Dachformen.

3. Hochbauamt (HBA)

3.1. Allgemeines

Um dem zunehmenden Kostendruck, den steigenden Qualitätsanforderungen und dem stetigen Wandel der Bauwirtschaft gerecht zu werden, hat das Hochbauamt in den Jahren 2002 bis 2004 einen Veränderungsprozess eingeleitet. Zielsetzungen sind dabei insbesondere ein langfristig verbessertes Kosten-Nutzen-Verhältnis sowie eine höhere Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit.

Bau- und Justizdepartement

Die wichtigsten Meilensteine auf diesem Weg waren:

- Die Einführung von Globalbudgets in der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung, mit den Produktgruppen Immobilienmanagement, Instandhaltung und Instandsetzung sowie Neubauten, Umbauten und Sanierungen, ab Anfang 2003.
- Das Projekt HBA-plus/Organisation, mit einem nach ISO 9001 zertifizierten Qualitätsmanagementsystem sowie dem Einbezug des Gebäudebetriebs im Jahr 2004.
- Das Projekt HBA-plus/Informatik, mit der Einführung der Standardsoftware SAP im Projekt- und Objektmanagement ab Anfang 2004.
- Eine erste Etappe bei der Einführung von Computer Aided Design (CAD) und Facility Management (CAFM) im Jahr 2004.
- Die Einführung eines Umweltmanagementsystems nach ISO 14000 auf Anfang 2005.

3.2. Immobilienmanagement

Als Arbeitsgrundlage wurde eine Immobilienstrategie erarbeitet und im Dezember 2003 vom Regierungsrat verabschiedet. Ausgehend von der im Jahr 2004 durchgeführten Abklärung der Betriebsnotwendigkeit und des Standort-Potenzials aller kantonalen Immobilien sollen ausgewählte Areale entwickelt oder direkt veräussert werden. Zielsetzungen sind dabei ein möglichst grosser Impuls zur städtebaulichen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie ein Beitrag zur Verbesserung der Finanzlage des Kantons.

In Zusammenarbeit mit der Standortgemeinde und zum Teil bereits externen Investoren wurden bisher folgende grössere Immobilien-Entwicklungen eingeleitet:

- Für die Seminarreihe Solothurn, mit einem Hotel am Aareufer und dem Seminarzentrum Besenval/Landhaus, wurden zwei Wettbewerbe durchgeführt. 2004 wurden die Verträge mit der Stadt und dem Investor abgeschlossen sowie die Baubewilligungen erteilt.
- Für das Areal Sphinxmatte Solothurn (inkl. Anteil der kantonalen Pensionskasse) wurde ein Wettbewerb durchgeführt und 2004 ein Gestaltungsplan ausgearbeitet. Auch wurden bereits Verhandlungen mit potenziellen Investoren aufgenommen.
- Für das Kapuzinerkloster Solothurn wurden mehrere Projektideen bewertet. 2004 wurde ein städtebauliches Gutachten eingeholt und anschliessend konnte, gemeinsam mit einer regionalen Projektgruppe, eine Absichtserklärung unterzeichnet werden.
- Für das Zeughaus-Areal in Zuchwil wurde eine Koordinationsgruppe eingesetzt, die erste Projektideen entwickelt und Kontakte mit möglichen Investoren aufgenommen hat. 2004 wurde der Rahmen für einen geplanten Investoren-Wettbewerb abgesteckt.
- Für das Gewerbeland Bürenstrasse Biberist (inkl. benachbartem Grundstück) wurde ein Gestaltungsplan ausgearbeitet, der 2004 Rechtskraft erlangt hat.
- Für das frühere Fachhochschul-Areal in Oensingen wurde, gestützt auf ei-

nen mit der VEBO durchgeführten Wettbewerb, ein Gestaltungsplan ausgearbeitet und genehmigt. 2004 konnte ein grosser Teil des Areals an die VEBO verkauft werden.

- Für das Fegetzhofareal in Solothurn wurde 2004 ein Wettbewerb durchgeführt und ein Gestaltungsplanverfahren eingeleitet. Mehrere potenzielle Käufer haben bereits grosses Interesse angemeldet.
- Für das Areal Herzentalkpark in Dornach wurde 2004 ein Gestaltungsplanverfahren mit Umzonung eingeleitet.

Im Bereich der für den Eigenbedarf des Kantons benutzten Liegenschaften wurden im Jahr 2004 im Immobilienmanagement insbesondere folgende Massnahmen umgesetzt:

- Infolge der Fertigstellung des Umbaus für die Kinder- und Jugendpsychiatrie Solothurn wurde das Gotthelfhaus in Biberist für eine Immobilien-Entwicklung freigegeben.
- Ausgehend von der für die Neue Staatsanwaltschaft und den Haftrichter notwendigen Sanierung des Franziskanerhofes wurde 2004 für 23 verschiedene Dienststellen ein Umzugskonzept erarbeitet, das im 2. und 3. Quartal 2005 umgesetzt werden soll.
- Für die Fachhochschule Nordwestschweiz wurde eine kantonsübergreifende Mietlösung erarbeitet, die sich auf das Solothurner Modell der Internen Verrechnung abstützt.
- Für die Verselbstständigung der Solothurner Spitäler wurde dieses Modell angepasst und die Pläne aller Spitalgebäude wurden elektronisch erfasst.

Darüber hinaus sind im Jahr 2004 Liegenschaften mit einem Bilanzgewinn von Fr. 1 506 425.– verkauft worden, wobei Fr. 260 130.– zugunsten des Strassenbaufonds anfielen.

3.3. Instandhaltung und Instandsetzung

Als Arbeitsgrundlagen wurden eine Unterhaltsstrategie sowie jährlich rollend eine Unterhaltspriorisierung erarbeitet, die im Jahr 2004 zum zweiten Mal vom Regierungsrat verabschiedet wurde. Ab Anfang 2004 werden in rund fünf Jahren für alle grösseren kantonalen Gebäude technisch und ökonomisch optimierte Unterhaltskonzepte erarbeitet.

Für den Ordentlichen Unterhalt (neu Instandhaltung: Wartung und Sofortmassnahmen) sowie den Ausserordentlichen Unterhalt (neu Instandsetzung: Planbarer Unterhalt) standen im Jahr 2004 insgesamt 19,7 Mio. Franken zur Verfügung. Zu berücksichtigen ist dabei, dass im Ausserordentlichen Unterhalt ca. $\frac{1}{3}$ wertsteigernde Umbauten enthalten sind. Grössere Massnahmen wurden dabei insbesondere im Wallierhof und in der Kantonalen Berufsschule Olten sowie v.a. im Bürgerspital realisiert.

Bei einem Gebäudeversicherungswert aller kantonalen Hochbauten von rund 1,4 Milliarden Franken entspricht dies (ohne Umbauten) einem mittleren jährlichen Unterhaltsbudget von knapp 1,2% des Gebäudeversicherungswertes, was – auch im Quervergleich zu anderen öffentlichen Bauträgern sowie zu den SIA-Richtwerten – äusserst knapp bemessen ist.

3.4. Neubauten und Umbauten/Sanierungen

Als Arbeitsgrundlagen wurden einerseits eine Hochbau-Investitionsstrategie erarbeitet und vom Regierungsrat verabschiedet, anderseits eine jährlich zu aktualisierende längerfristige Investitionspriorisierung, die Anfang 2005 zum dritten Mal vom Regierungsrat genehmigt wurde. Zielsetzung ist dabei die optimale Staffellung der kantonalen Bauvorhaben, unter Berücksichtigung der Benutzerbedürfnisse und der technischen Randbedingung sowie des kantonalen Investitionsplafonds.

Bei den Neubauten sowie Umbauten und Sanierungen sind im Jahr 2004 insbesondere folgende Meilensteine zu erwähnen:

- Für den Umbau und die Sanierung der Pädagogischen Hochschule Solothurn konnte das Auswahlverfahren für das Planerteam abgeschlossen werden.
- Für die 2. Bauetappe des Kantonsspitals Olten wurden der Neubau des Ambulatoriums sowie die Fassadensanierung am Bettenhaus und Behandlungstrakt fertiggestellt.
- Im Rahmen der Schlussetappe für die bauliche Sanierung der stationären Einrichtungen der Psychiatrischen Dienste in Solothurn konnten der Neubau «Haus 3 Mitte» sowie der Umbau für die Kinder- und Jugendpsychiatrie fertiggestellt werden.
- Der Bericht über den «Stand der Bauten der Solothurnischen Krankenanstalten 2003» wurde am 15. Dezember 2004 vom Kantonsrat verabschiedet.
- Die Sofortmassnahmen zur Erhöhung der Sicherheit des Therapiezentrums Im Schache konnten ebenfalls in Betrieb genommen werden.
- Für den Ausbau des Therapiezentrums Im Schache wurde, gemeinsam mit den Bedürfnisträgern und den Bundesbehörden, eine Überprüfung des Raumprogrammes als Basis für den geplanten Wettbewerb durchgeführt.
- Der Umbau des Zeughauses 1907 in Zuchwil für den Lehrverband Genie/Rettung konnte, wie mit dem Bund vereinbart, fertiggestellt werden.
- Umbau und Sanierung der Nebengebäude des Schlosses Waldegg, als neues Domizil des Kantonalen Amtes für Kultur und Sport, wurden wie vorgesehen begonnen.
- Umbau und Sanierung des Franziskanerhofes für die Neue Staatsanwaltschaft und den Haftrichter sowie einzelne Dienststellen des Departements für Bildung und Kultur wurden ebenfalls wie geplant begonnen.

Für Neubauten sowie Umbauten und Sanierungen wurden im Jahr 2004 insgesamt rund 26,9 Mio. Franken benötigt. Die v.a. als Folge der 2002 durchge-

fürten Projektoptimierung für das Kantonsspital Olten entstandenen Globalbudgetreserven konnten dadurch um 5,1 Mio. Franken reduziert werden. Als Folge der Plafonierung der Hochbauinvestitionen auf 40 Mio. Franken pro Jahr bleiben die Fertigstellungstermine der drei grössten bereits bewilligten Bauvorhaben (Kantonsspital Olten, Psychiatrische Klinik Solothurn und Höhenklinik Allerheiligenberg) jedoch nach wie vor um 3 bis 7 Jahre nach hinten verschoben.

4. Amt für Verkehr und Tiefbau (AVT)

4.1. Allgemeines

Im Rahmen der 2. Etappe Delphin erfolgte Anfang 2004 die Einführung von SAP. Die kantonsweite Standardlösung wurde durch die spezifischen Instrumente für das Projekt- und Kreditmanagement ergänzt. Die Einführung konnte im Laufe des Jahres 2004 weitgehend konsolidiert werden. Weiter erfolgte im zweiten Semester 2004 die Initialisierung für die Überarbeitung des AVT-Qualitätsmanagementsystems. In Zusammenarbeit mit dem ARP wurde auch das Verkehrspolitische Leitbild zuhanden des Regierungsrates verabschiedet.

4.2. National- und Kantonsstrassen

4.2.1. Nationalstrassen

Die umgesetzten Gesamtinvestitionen betrugen für das Jahr 2004 rund Fr. 24,4 Mio. Im Vordergrund standen der Abschluss noch ausstehender Verträge der elektromechanischen Ausrüstung der A5 sowie Planungstätigkeiten (6-Streifen-Ausbau Härkingen–Wiggertal, Erhaltungsprojekt Wasseramt, Sanierungstunnel Belchen). Daneben wurden dringende Spurrinnensanierungen auf der A1 und auf der Belchenrampe der A2 ausgeführt.

4.2.2. Kantonsstrassen

Für das Jahr 2004 wurden Fr. 16,8 Mio. für Bau, Umgestaltung und Substanzerhaltung von Kantonsstrassen (inkl. kleine Kunstbauten) investiert.

In einer neuen Studie der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz und der Berner Fachhochschule Burgdorf wurde nachgewiesen, dass der in den letzten Jahren ausgewiesene Erhaltungsaufwand im Bereich der Kantonsstrassen ungefähr 50% des effektiv notwendigen Bedarfs abdeckt. Um diesem schleichenden Substanzverlust entgegen zu wirken, wurden im Berichtsjahr Finanzreserven aus vorangehenden Globalbudgetperioden zugunsten der Substanzerhaltung aufgelöst.

4.2.3. Flankierende Massnahmen zur A5

Im September 2004 konnte die Umfahrung Grenchen (Neckarsulmstrasse) dem Verkehr übergeben und der Rückbau im Zentrum Grenchen abgeschlossen werden. Im Weiteren wurden die Kreisel St. Urs in Biberist, Dorfzentrum Zuchwil und Franziskanerstrasse in Bellach fertig erstellt. Umgestaltungsarbeiten konnten in Grenchen, Bettlach und Zuchwil begonnen werden. In Solothurn wurden zusammen mit der Entlastung West und der Rötibrücke sämtliche Erschliessungspläne öffentlich aufgelegt. In den noch ausstehenden Abschnitten wurden die Ingenieurvergaben vorangetrieben.

4.3. Gesamtverkehrsprojekte

Solothurn, Entlastung West: Nachdem die Projektierungs- und Bauleitungsaufgaben im Herbst 2003 vergeben werden konnten, wurde im ersten Halbjahr 2004 der entsprechende Erschliessungsplan inkl. Umweltverträglichkeitsbericht erarbeitet. Die Planaufgabe erfolgte vom 8. Juni bis 7. Juli 2004 zusammen mit den Erschliessungsplänen zu den Flankierenden Massnahmen zur A5 und dem Ersatz der Rötibrücke. Die eingegangenen Einsprachen wurden im 2. Semester 2004 behandelt, und der Regierungsratsbeschluss über die Genehmigung der «Entlastung West» parallel zu den Beschlüssen über die Flankierenden Massnahmen zur A5 und dem Ersatz der Rötibrücke vorbereitet.

Entlastung Region Olten: Im Berichtsjahr wurden erste Planungsarbeiten ausgelöst und mehrere Ingenieursubmissionen durchgeführt. Die Arbeiten für das Verkehrsmanagementkonzept wurden ebenfalls gestartet. Ausserdem fand im Herbst das Mitwirkungsverfahren nach dem Planungs- und Baugesetz (PBG) statt. Es wird im Januar 2005 mit der Genehmigung des Mitwirkungsberichts durch die Regierung offiziell abgeschlossen werden können.

Im Rahmen des Gesamtverkehrsprojektes «Entlastung Region Olten» wurde zudem das Brückenprovisorium der Trimbacherbrücke erstellt.

4.4. Spezialfinanzierung (Strassenbaufonds)

Die Verschuldung des Strassenbaufonds ist per Ende 2004 auf Fr. 25,7 Mio. gesunken, verursacht durch den zwischenzeitlichen Finanzierungsüberschuss aus der auf 20 Jahre befristeten Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer zum Bau der Gesamtverkehrsprojekte Solothurn und Olten. Ab Beginn der Bauausführung und der damit verbundenen Vorfinanzierung wird sich die Verschuldung mittelfristig wieder erhöhen, sich jedoch langfristig erneut erholen.

4.5. Öffentlicher Verkehr

Am 12. Dezember 2004 ging der neue Fahrplan der BAHN 2000 erste Etappe in Betrieb. Der neue Fernverkehrsfahrplan mit der Neubaustrecke Mattstetten–Rothrist und der Ausbaustrecke Wanzwil–Solothurn machte es nötig, sämtliche Bahn- und Busfahrpläne entlang dem Jurasüdfuss neu zu erarbeiten. Die neuen Angebotskonzepte wurden vom Kantonsrat mit dem Übergangsprogramm 2005 beschlossen. Die Inbetriebnahme des neuen Fahrplans verlief weitgehend reibungslos.

Ebenfalls zum 12. Dezember 2004 konnte der bisherige Tarifverbund Solothurn-Grenchen (Frosch-Abo) mit dem Tarifverbund Bern (Bären-Abi) zum Integralen Tarifverbund «Libero» fusioniert werden. Im Libero-Tarifverbund gelten nun nicht mehr nur Abonnemente, sondern neu auch Einzelbillette und Mehrfahrtenkarten zur Benutzung sämtlicher Verkehrsmittel in den gelösten Zonen. Die Zone Bettlach-Grenchen wird in den Tarifverbund Biel-Seeland (Abo ZigZag) integriert, nimmt aber weiterhin mit Abonnementen am Libero-Tarifverbund teil.

Der Tarifverbund Olten wurde zum selben Zeitpunkt mit dem bisherigen Tarifverbund Aargau zum neuen Tarifverbund «A-Welle» zusammengeschlossen. Die A-Welle erstreckt sich vorläufig – wie bei den bisherigen Verbänden – nur auf Abonnemente. Im Rahmen der beiden Verbunderweiterungen konnte insbesondere das Verbundgebiet im Raum Thal und am Bucheggberg neu integriert bzw. den heutigen Erfordernissen der Pendler angepasst werden.

5. Amt für Umwelt (AFU)

5.1. Allgemeines

Der mit KR-Beschluss Nr. 133/2002 vom 11. Dezember 2002 dem Amt für Umwelt für die Periode 2003–2005 zugebilligte Verpflichtungskredit beträgt 9,0 Mio. Franken (2,5 Mio. Franken für 2004). Er ist somit für den gleichen Leistungsauftrag um 10 Mio. Franken geringer als in der Vorperiode. Das «Ergebnis vor Abschreibungen» wird für das Amt für Umwelt leicht positiv oder anders ausgedrückt: Die Aufwendungen der kantonalen Umweltverwaltung werden durch entsprechende, verursachergerechte Gebühren abgedeckt, was dem gesetzlich vorgegebenen Verursacherprinzip entspricht.

Für die Periode 2003–2005 bleibt die langfristige, übergeordnete Zielsetzung für die Tätigkeit des Amtes für Umwelt im Wesentlichen unverändert. Die Umwelt soll den nachfolgenden Generationen durch eine nachhaltige Nutzung der Ressourcen lebenswert erhalten bleiben. Gegenüber den Vorjahren erfuhren im Leistungsbereich insbesondere die kooperative und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Kunden und Nachbarkantonen sowie die Arbeiten im Bereich der belasteten Standorte eine verstärkte Bedeutung.

Bau- und Justizdepartement

Das Jahresendergebnis 2004 schliesst um 0,5 Mio. Franken besser ab als ursprünglich vorgesehen. Mindereinnahmen bei den verzögerten Bundesleistungen für den Kataster der belasteten Standorte standen Mehreinnahmen aus der Rückerstattung der Versicherungen für den Öl-Schadenfall in Schönenwerd gegenüber. Einmal mehr führten witterungsbedingte Einflüsse bei den Oberflächengewässern (Nachwirkungen aus der Trockenheit 2003) und beim Kernkraftwerk Gösgen zu Mehreinnahmen von gut einer halben Million Franken.

Die erbrachte Leistung wird weiterhin auch auf der Basis einer «Balanced Scorecard (BSC)» dargestellt. Die Jahreszielsetzungen des Departementes gemäss Jahreskontrakt wurden mehrheitlich erfüllt. Mit einem speziellen Leistungscontrolling gegenüber dem BJD wird über die einzelnen Zielsetzungen im Detail rapportiert. Die Arbeitsverschiebungen aus der Vorperiode konnten auch im 2004 aus personellen Gründen nicht abgebaut werden, was deshalb im Bereich der laufenden Rechnung zu einer zusätzlichen Äufnung der zweckgebundenen Reserven führt. Die limitierten personellen Ressourcen des Amtes müssen für die Planung von Projektbearbeitungen im Rahmen des Leistungsauftrages besser berücksichtigt werden.

Die Mitarbeiterzufriedenheit ist – trotz der erwähnten teilweise angespannten personellen Ressourcen – gut bis sehr gut und ist gegenüber der Vorperiode noch besser geworden.

5.2. Dienste/Koordination

Mit dem Instrument zur Erfolgskontrolle bei Umweltverträglichkeitsprüfungen, welches mit der ETH Zürich entwickelt wurde, konnten Erfahrungen gesammelt werden. Eine Mängelliste wurde der ETHZ zugestellt. Mit enger Begleitung durch das AIO wird dieses Projekt 2005 abgeschlossen und die Software in Betrieb genommen. Für den Internet-Auftritt wurde ein Nachführungskonzept erstellt und institutionalisiert. Die Ergebnisse der im Dezember 2004 durchgeführten Kundenumfrage werden im März 2005 vorliegen und Grundlage bilden für ein 2005 zu erarbeitendes Kommunikationskonzept.

Kooperationsvereinbarungen

Gemeinsam mit den Kantonen BS und BL sowie dem Malergewerbe konnte am 4. November 2004 eine Branchenlösung auf der Basis einer Selbstdeklaration realisiert werden. Kooperationsvereinbarungen mit Einzelfirmen konnten in diesem Jahr leider keine definitiv abgeschlossen werden. Es wurden aber Vorarbeiten geleistet, die es ermöglichten, am 27. Januar 2005 eine weitere Vereinbarung (Fraisa AG, Bellach) zu unterzeichnen.

Kantonsgeologie

Nach dem Austritt des Kantonsgeologen wurde die optimale Erbringung der Leistungen über die Geologinnen und Geologen der Abteilung Boden sichergestellt. Das Produkt «Kantonsgeologie» wird für die Globalbudgetperiode 2006–2009 neu organisiert.

5.3. Boden

Grundwasserbewirtschaftung und Geothermie

Die Nachführung und Bereinigung der Konzessionstabellen sowie des GASO-Archives wurden abgeschlossen. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen musste die Neuauflage der Gewässerschutzkarte Blatt 3, Wasseramt, auf 2005 verschoben werden.

Belastete Standorte, Altlasten

Die Einträge in den Kataster der belasteten Standorte konnten 2004 vollumfänglich abgeschlossen werden. In einer nächsten Phase werden nun 2005 alle Eigentümer der eingetragenen Standorte kontaktiert.

Steine und Erden

Anstelle der Überarbeitung des Kieskonzeptes tritt ein als sinnvoller erachteter Strategiebericht. Die Deponieplanung wurde weitergeführt und in die Verantwortung der Abteilung Stoffe, Produkt «Abfallwirtschaft», übergeben.

Bodenschutz

Das Bodenkartierungsprojekt befindet sich auf Kurs. Die Feldarbeiten und der Dateneingang verlaufen programmgemäss. Aufgrund der Budgetkürzung wird das Konzept bezüglich des weiteren Vorgehens überarbeitet. Für die Beratung bezüglich der Bodenverdichtungs-Prävention konnte die Panda-Sonde mit der entsprechenden Software getestet werden. Sie kann nun gezielt eingesetzt werden. Die Hinweiskarte Erosionsgefährdung für den Kanton Solothurn wurde in der ersten Hälfte 2004 fertig gestellt. Das Projekt zum Bodenbelastungsgebiet Dornach verläuft weiterhin nach Plan.

5.4. Wasser

Wasserbau

77% aller Gemeinden des Kantons haben ein Unterhaltskonzept Wasserbau erstellt oder zumindest in Auftrag gegeben. Das entsprechende Jahresziel wurde damit übertroffen.

Die Modellberechnungen der Wasserstände der Aare für das Höchsthochwasser mit den ergänzten Querprofilen sind abgeschlossen. Die Entwürfe von Überflutungskarten und der dazugehörige Schlussbericht liegen vor. Für die Gefahrenkarte Winznau wurden die Resultate bereits verwendet. Weitere Grundlagenarbeiten wie die Aufnahme der Querprofile der Emme konnten ebenfalls abgeschlossen werden.

Gewässerschutz

Nach dem Abschluss einer weiteren zweijährigen Untersuchung der Gewässerchemie im Schwarzbubenland wurden die vorhandenen Daten ausgewertet und dargestellt. Für die Abnahme der Hofdüngeranlagen konnte 2004 ein verlässlicher Partner gefunden werden.

Wasserversorgung

Die Wasserversorgungsplanung Niederamt, unter Einbezug der Resultate aus der Planung der Region Gäu-Olten, konnte wegen mangelnden personellen Ressourcen nicht im vorgesehenen Zeitrahmen erstellt werden. Sie wird nun 2005 realisiert.

Siedlungsentwässerung

Die Vorbereitungsarbeiten für eine Übersicht über die Abwasserkataster inkl. Versickerungen und Einleitungen der Gemeinden sind abgeschlossen. Ein Teil der Gemeinden wurde bereits vorinformiert. Das Internet als Informationsquelle wird weiter gefördert.

Das GIS-Projekt Siedlungsentwässerung Kanton Solothurn (SESÖ) konnte mangels personeller GIS-Ressourcen nicht wie geplant realisiert werden und musste auf 2005 verschoben werden.

5.5. Luft

Betriebliche Luftreinhaltung, Lärm, Elektromog

Ein Drittel aller Reinigungsanlagen mit halogenierten, organischen Stoffen wurde kontrolliert. Die Kontrollen zeigten, dass etwa die Hälfte der Anlagen Mängel aufweisen. Die Servicemonteure wurden bezüglich Feuerungskontrollen über die Neuerungen der BUWAL-Messempfehlungen bei Kleinfeue-

rungen geschult. Mit der Umweltfachstelle der Stadt St. Gallen und der Forschungsstiftung Mobilkommunikation wird das Merkblatt «Was ist Elektromog und was kann ich dagegen tun?» erarbeitet und 2005 herausgegeben.

Luftqualität und Luftgrundlagen

Der Luftqualitätsindex wurde mit Verzögerung im November vom Cercl'Air verabschiedet; momentan wird der Zusammenschluss der Datenhaltung SO/BL/BS mit AG und Innerschweiz erarbeitet; innerhalb dieser Zusammenarbeit wird auch der Luftqualitätsindex 2005 umgesetzt werden.

Die Nachführung des Emissionskatasters wurde abgeschlossen und der entsprechende Bericht veröffentlicht. Die Anpassungen aufgrund der neuen Richtlinie «Messempfehlungen Immissionen» des Bundes wurden realisiert.

5.6. Stoffe

Abfallwirtschaft

Die interne Vernehmlassung Deponieplanung wurde im Oktober/November 2004 durchgeführt. Infolge Qualitätsproblemen wurde entschieden, den Grundlagenbericht zu überarbeiten. Dadurch ergibt sich ein Verzug im Terminplan von rund 6 Monaten. Das Projekt kann – nach Durchführung der externen Vernehmlassung – voraussichtlich bis Mitte 2005 abgeschlossen werden. Die Regierung soll die Deponieplanung zusammen mit den Änderungen zum Richtplan gegen Ende 2005 beschliessen.

Gefahrstoffe

Die kantonsübergreifende Schwerpunktaktion «Überprüfung von mineralischen und organischen Handelsdüngern» wurde im April 2004 gestartet. Im August 2004 wurden die letzten Probenahmen durchgeführt und die Proben dem Kanton BL zur Analyse übergeben. Drei Proben waren zu beanstanden. Eine Verfügung wurde bereits erlassen, zwei weitere Verfahren sind noch im Status des rechtlichen Gehörs. Im Herbst wurde eine Kontroll- und Beratungskampagne «Korrektter Verkehr mit Giften in Schulen» gestartet. Das Projekt wird 2005 weitergeführt.

Chemie- und Biosicherheit

Bezüglich dem Verfahren zur Sicherstellung der Fortschreibung der Risikosituation (VESIFOR) wurden 20 Betriebe mit dem Ziel kontaktiert, die entsprechenden Bericht zu aktualisieren. Bei 16 Firmen konnte dies bereits abgeschlossen werden.

Die Umstellung auf die elektronische Erfassung und Übermittlung von Tankrevisionsrapporten und Kontrollrapporten von Leckschutzgeräten durch Revisionsfirmen ist zu 95% erreicht. Der Qualitätsstandard der Rapporte konnte deutlich verbessert werden.

Die Stichprobenkontrollen von Kleintankanlagen, welche aus der Revisionspflicht entlassen worden sind, konnten im 1. Quartal durchgeführt werden. Leider bestätigten sich unsere Befürchtungen. Von den überprüften, revisionspflicht-befreiten Kleintankanlagen entsprachen lediglich 15% den Anforderungen vollumfänglich. Weiteres Vorgehen: Bei Anlagen mit klaren Mängeln (auch nach der alten VWF) müssen diese behoben werden. Anlagen, welche nach altem Recht verordnungskonform erstellt worden sind, aber nicht den Anforderungen der VWF 98 für eine Befreiung von der Revisionspflicht entsprechen, müssen entweder angepasst oder wieder der Revisionspflicht unterstellt werden.

6. Amt für Denkmalpflege und Archäologie (ADA)

6.1. Denkmalpflege

2004 tagte die Denkmalpflege-Kommission fünfmal. Sie behandelte Beitragsgesuche, Unterschutzstellungen, Schutzentlassungen und Fragen grundsätzlicher Natur. Einzelheiten zu Beitragsleistungen und Schutzmassnahmen entnehmen Sie dem Bericht «Archäologie und Denkmalpflege im Kanton Solothurn» 9/2004.

6.2. Archäologie

Grössere und länger andauernde Notgrabungen führte die Kantonsarchäologie durch in Oberbuchsiten (römischer Gutshof), Olten (mittelalterliche Siedlungsschichten) und Rodersdorf (römischer Gutshof mit frühmittelalterlichen Gräbern). Dazu kamen zahlreiche Sondierungen und baubegleitende archäologische Untersuchungen. Dabei entdeckte man in Wangen b. O. ein bisher unbekanntes römisches Badegebäude, und in Wolfwil konnte so der Standort der ehemaligen mittelalterlichen Kirche gefunden werden. Die vorher in Heilbronn, Solothurn und Olten gezeigte Ausstellung Höhle-Castrum-Grottenburg war 2004 im Vindonissamuseum in Brugg AG und im Heimatmuseum Bucheggberg in Kyburg-Buchegg zu sehen. Führungen, Fundpräsentationen und Exkursionen ergänzten das Ausstellungsprogramm. «Tage der offenen Ausgrabung» wurden durchgeführt in Oberbuchsiten (ca. 500 Besucher) und in Rodersdorf (ca. 300 Besucher). Ausführlich orientiert über die Tätigkeit der Kantonsarchäologie Heft 9 (2004) der Reihe «Archäologie und Denkmalpflege im Kanton Solothurn».

7. Amt für Geoinformation (AGI)

Organisation und Personelles

Seit dem 1.1.2004 besteht im Bau- und Justizdepartement das Amt für Geoinformation. Es setzt sich zusammen aus den beiden Abteilungen «Amtliche Vermessung» und «SO!GIS-Koordination». Anfang Jahr wurde ein zusätzlicher GIS-Informatiker mit einem Pensum von 50% angestellt. Im März konnte die vakante Stelle des Leiters Vermessungsaufsicht wieder besetzt werden. Im Oktober wurde die Stelle des Leiters RADAV-Projekte geschaffen, damit die Realisierung der Amtlichen Vermessung – vorab im Hinblick auf den NFA – beschleunigt werden kann.

7.1. Amtliche Vermessung

Projekt RADAV (Rasche Aufnahme der Daten der Amtlichen Vermessung)

Die Erneuerung der Lagefixpunkte über das Kantonsgebiet wurde abgeschlossen. Bei der Realisierung der Amtlichen Vermessung traten bedingt durch personelle Wechsel und Ausfälle des Projektleiters Verzögerungen ein. Die Amtliche Vermessung im Kanton Solothurn war Ende 2004 über 328 km² im Standard AV93 realisiert, was 41% (Vorjahr 35%) der Fläche entspricht. Über 246 km² oder 31% (Vorjahr 32%) der Fläche war die Ersterhebung oder Erneuerung der Amtlichen Vermessung in Arbeit.

Nachführung und Unterhalt der Amtlichen Vermessung

Mit der Nachführung der Amtlichen Vermessung waren etwa 60 Fachleute und 20 Lehrpersonen in sechs privaten Vermessungsbüros beschäftigt. Diese standen unter der technischen Aufsicht des Amtes für Geoinformation. In verschiedenen Gemeinden wurden im Hinblick auf die Neuvermessung Unterhaltsarbeiten an der Vermarkung der Kantonsgrenze vorgenommen. Der Übersichtsplan 1:10 000 konnte im östlichen Bucheggberg und im Wasseramt nachgeführt werden.

7.2. SO!GIS-Koordination

Ein Schwerpunkt der Arbeit lag im Aufbau des «Geodatawarehouse», d. h. die digitalen Geoinformationen sollen normalisiert und in Redundanz freier Form in einem relationalen Datenbank-Managementsystem verwaltet werden. Die Grundlagen für das System wurden erarbeitet und die produktiven GIS- Daten wurden in das Geodatawarehouse überführt. Damit liegen heute alle wichtigen Datenebenen des GIS (Geographisches Informations System) in der Raumdimension und in der zeitlichen Dimension vor.

Bau- und Justizdepartement

Die Integration der Prozesse der Abteilung SO!GIS-Koordination in das Qualitäts-Management-System des Amtes für Geoinformation wurde in die Wege geleitet. Die zentralen Prozesse der Abteilung SO!GIS-Koordination sind beschrieben worden. In diesem Zusammenhang wurden die GIS-Verordnung überarbeitet und die GIS-Strategie verabschiedet.

Das von der Abteilung SO!GIS-Koordination entwickelte System BauGIS zur Unterstützung des Baugesuchsprozesses, ein Nachfolgeprodukt des Systems Progeko, wurde in einer ersten Version in den Testbetrieb übergeben.

Im Jahr 2004 konnte mit der interaktiven Gewässerschutzkarte ein weiteres Kartensystem im Internet publiziert werden. Durch die Publikation im Oktober wurde die durchschnittliche Zahl der Zugriffe auf das Internet-Angebot von geographischen Daten des Kantons Solothurn von ca. 40 000 auf ca. 100 000 Hits pro Monat erhöht.

Departement für Bildung und Kultur

1. Allgemeines

1.1. Bildung und Schule

Die Vision von Schule als einem pädagogischen Unternehmen erhielt im Geschäftsjahr 2004 neue Konturen. Wichtige, zum Teil jahrzehntealte Geschäfte, konnten von ihrem Projektstatus befreit werden und erhielten als vom Regierungsrat beschlossene Vorlagen ein neues Gewicht in der politischen Auseinandersetzung. Die Neugestaltung der Sekundarstufe I und die Vorlage für ein neues Mittelschulgesetz wurden so zu Handen der Vernehmlassung verabschiedet. Die Vorlage zur flächendeckenden Einführung von geleiteten Schulen und die komplette Überarbeitung der Disziplinar- und Erziehungsmassnahmen im Bereich der Volksschulen wurden nicht nur abgeschlossen, sondern im Geschäftsjahr auch vom Kantonsrat verabschiedet.

2. Stab

2.1. Pädagogik

Die Abteilung Pädagogik leistet in innerkantonalen und interkantonalen Geschäften der Schul- und Bildungspolitik grundsätzliche Unterstützung aus erziehungswissenschaftlicher Sicht. Innerkantonale erforderte die Vorlage zur Reform der Sekundarstufe I und die Initiative und Gegenentwurf Gute Schulen brauchen Führung eine intensive Begleitung. Für alle Ämter, im besonderen die Schulämter, wurden zudem Teilaufgaben in den verschiedensten Sachgebieten übernommen. Dazu wurde die Kommissionstätigkeit der nun institutionalisierten Koordinationskommission Bildung inhaltlich geführt. Interkantonale standen weiterhin die Stärkung von Koordination und Zusammenarbeit in Geschäften der gesamtschweizerischen und nordwestschweizerischen Konferenzen der Erziehungsdirektoren (EDK und NW-EDK), wie bspw. das EDK-Projekt Harmonisierung der Bildungssysteme (HarmoS) im Vordergrund. Im Besonderen wurden daneben auch interkantonale Sprachenprojekte, wie die Einführung des Europäischen Sprachenportfolios (ESP) und die Entwicklung von Instrumenten für die Evaluation von Fremdsprachenkompetenzen (IEF) kantonale betreut und in Bezug auf die kantonale Umsetzung begleitet. Im Anschluss an die im Frühjahr verabschiedete Strategie der EDK zum Sprachenunterricht in der obligatorischen Schule ist, zusammen mit den Kantonen BL, BE, FR und VS, der Start zu einem interkantonalen Projekt initiiert worden, das die Vorverlegung der Fremdsprachen mit der Priorität Französisch vor Englisch, sowie die Weiterentwicklung des ersprachlichen Unterrichts koordinieren und gemeinsam umsetzen soll. Das bereits im Jahr 2003

Departement für Bildung und Kultur

von der Abteilung Pädagogik initiierte und geleitete Projekt «Lesen bewegt» konnte erfolgreich weitergeführt und abgeschlossen werden. Zudem erarbeitete die Abteilung ein kantonales Konzept Schulqualitätsmanagement für alle Stufen zu Handen einer internen Vernehmlassung.

2.2. Beschwerdewesen

2004 wurden aus dem Bereich Mittelschulen 23, aus dem Bereich Berufsschulen 17, aus dem Bereich Volksschule und Kindergarten 51 und aus dem Bereich Stipendien 16 Beschwerden entschieden. 1 Aufsichtsbeschwerde (Bereich DBK) musste der Regierungsrat entscheiden. Diese erhebliche Zunahme von Beschwerden gegenüber den Vorjahren verläuft innerhalb eines allgemeinen Trendes, ohne erkennbare Tendenzen bei den vorgebrachten Beschwerdegründe. Als stellvertretendes Departement des Volkswirtschaftsdepartementes musste das Departement für Bildung und Kultur zuhänden des Regierungsrates 2 Beschwerden instruieren. Eine davon war eine Aufsichtsbeschwerde an den Regierungsrat. Das kantonale Verwaltungsgericht musste über 1 Beschwerde aus dem Bereich Stipendien und über 1 Beschwerde in Sachen Waldfeststellung entscheiden. Gegen einen DBK-Entscheid im Bereich Mittelschulen wurde staatsrechtliche Beschwerde beim Bundesgericht erhoben. Der Entscheid des Bundesgerichts ist Ende 2004 noch ausstehend.

2.3. Gesetzgebungstätigkeit

2004 gelangten keine DBK-Vorlagen zu einer kantonalen Volksabstimmung.

2004 wurden folgende Gesetzesvorlagen vom Kantonsrat angenommen:

- Änderung des Volksschulgesetzes (Disziplinar massnahmen gegen Schüler und Schülerinnen): 31. August 2004;
- Volksinitiative «Gute Schulen brauchen Führung» (ausformulierter Entwurf und Gegenvorschlag): Am 3. November 2004 empfahl der Kantonsrat, den ausformulierten Initiativtext abzulehnen, den Gegenvorschlag anzunehmen und diesen auch bei der Stichfrage zu bevorzugen. Die Volksabstimmung findet am 24. April 2005 statt.

Daneben wurden zahlreiche regierungsrätliche Verordnungen erlassen oder geändert, wie z.B. die Verordnung über die Erteilung der Maturität an den Maturitätsschulen des Kantons Solothurn (Maturitätsverordnung) vom 10. Mai 2004 (RRB 2004/1015), die Verordnung über die Fachmittelschule des Kantons Solothurn (Fachmittelschulverordnung) vom 18. Mai 2004 (RRB 2004/1064) oder die Verordnung über die Erteilung des Fachmittelschulzeugnisses an den kantonalen Fachmittelschulen (Prüfungsverordnung für die

Abschlussprüfungen der Fachmittelschule FMS) vom 10. Mai 2004 (RRB 2004/1013). Die Verordnung des Kantonalen Kuratoriums für Kulturförderung wurde mit RRB Nr. 2004/243 vom 26. Januar 2004 beschlossen. Der dagegen mit Verordnungsveto erhobene Einspruch wurde vom Kantonsrat mit Beschluss Nr. VET 048/2004 vom 11. Mai 2004 abgelehnt. Der Kantonsrat folgt damit einem entsprechenden Antrag des Regierungsrates (RRB Nr. 2004/909 vom 27. April 2004).

2.4. Finanzen

2.4.1 Rechnung

Die Rechnung 2003 des Departementes für Bildung und Kultur schloss mit einem Aufwandüberschuss von 313,3 Millionen Franken ab. Darin enthalten sind 13,6 Millionen Franken Rückstellungen für noch nicht geleistete Subventionen an Lehrerbesoldungen für die Jahre 2001–2003. Das Budget 2004 sieht einen Aufwandüberschuss von 310,9 Millionen Franken vor. Massgeblich geprägt wurde dieses Budget vor allem durch den Kostentreiber «Sonderschulen und Sonderschulheime». Hier ist gegenüber dem Budget 2003 ein Anstieg um 4.2 Mio. zu verzeichnen.

2.4.2 Globalbudgets

Das Departement für Bildung und Kultur führt folgende 7 Amtsstellen mittels Globalbudget und Leistungsauftrag (in Klammer die jeweilige Verpflichtungskreditperiode):

Departementssekretariat (02–04), Amt für Berufsbildung und Berufsberatung (02–04), Amt für Kultur und Sport (03–05), Mittelschulen (02–04), Pädagogische Fachhochschule (03–05), die Fachhochschule Nordwestschweiz (02–04) und das Amt für Volksschule und Kindergarten (04–06). Das finanzielle Volumen betrug im Budget 2004 105,8 Millionen Franken (ohne Teuerungszulage), d. h. 34 % des gesamten Nettoaufwandes.

2.5 Ausserkantonaler Schulbesuch

Ab der Stufe Progymnasium besuchten im Schuljahr 2003/2004 insgesamt 5042 (im vorgehenden Schuljahr: 4975) Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten ausserkantonale Schulen und Universitäten.

Im Kanton Solothurn wurden 1996 ausserkantonale Schülerinnen und Schüler sowie Studentinnen und Studenten im Schuljahr 2003/2004 unterrichtet.

Departement für Bildung und Kultur

Schuljahr 2003/2004	Anzahl ausserkantonale SchülerInnen/StudentInnen in Solothurn	Anzahl SchülerInnen/StudentInnen ausserkantonale
Progymnasium	35	220
Mittelschule	69	440
Berufsschule	1297	1304
Fachschulen, Höhere Fachschulen	191	185
Fachhochschulen	402	464
Lehrerbildungsstätten	2	61
Universitäten	–	2368
Total	1996	5042

2.6. Stipendien und Darlehen

2.6.1 Allgemeines

Der Stipendienabteilung sind im Jahre 2004 2338 (2003 2324) Gesuche um Ausbildungsbeiträge eingereicht worden. Die bewilligten Stipendien haben sich geringfügig um Fr. 10 000.– auf Fr. 5 943 000.– erhöht. Hingegen hat sich die Abweisungsquote im Jahre 2004 um 4,3% auf 44% erhöht.

2.6.2 Kantonsbeiträge

Die Stipendienabteilung hat während dem Jahre 2004 folgende Ausbildungsbeiträge zugesprochen:

Ausbildungsrichtung 1)	Stipendien 2004		Darlehen 2004	
	Anzahl	Franken*	Anzahl	Franken*
Maturitätsschulen	116	477	9	96
Schulen f. Allgemeinbildung	33	141	1	2
Vollzeitberufsschulen	66	414	14	185
Berufslehren	127	422	13	97
Berufsmaturitäten nach der Lehre	16	114	3	40
Höhere Berufsbildung	42	323	19	184
Fachhochschulen	198	1676	48	500
Universitäten	331	2376	87	566
Total	929	5943	194	1670

1) Neue Einteilung nach BFS

* in Tausend

2.6.3 Bundesbeiträge

Die Bundessubventionen betrugen im Jahre 2004 36% abzüglich einer linearen Kürzung von 16,66%, die der Bund aufgrund der Höhe der Gesamtaufwendungen für die Stipendien aller Kantone vornahm.

2.7. Koordinationskommission Bildung

Die Koordinationskommission Bildung wurde mit RRB Nr. 1946 vom 23. September 2002 eingesetzt. 2003 startete sie ihre Tätigkeit. Im Jahr 2004 beriet sie das DBK in der Berichtsperiode insgesamt an drei Sitzungen zu Koordinationsfragen in pädagogischen und bildungspolitischen Geschäften. Der 2003 von der Kommission eingesetzte Fachausschuss «Übergang Sekundarstufe I und II» ist für Fragen der Optimierung des Überganges von der Sekundarstufe I in die Sekundarstufe II zuständig und erarbeitete in Zusammenarbeit mit externen Fachpersonen Treffpunkte für den Abschluss des 9. Schuljahres.

2.8. Kirchenwesen

Am 13. Dezember 2004 fand die jährlich durchgeführte Aussprache zwischen der Solothurnischen Interkonfessionellen Konferenz (SIKO) und dem Departement für Bildung und Kultur (DBK) statt. Die wichtigsten Geschäfte der drei Landeskirchen 2004 waren folgende:

- Römisch-katholische Kirche: Seit dem 1. Juli 2004 sind die zehn Bistumskantone des Bistums Basel in drei Bistumsregionen aufgeteilt und haben die Namen der Bistumsheiligen erhalten. Die Bischofsvikare und je eine regionalverantwortliche Person der drei Bistumsregionen St. Urs, St. Viktor und St. Verena treffen sich wöchentlich mit dem Diözesanbischof, den Weihbischöfen, dem Generalvikar und den Bischofsvikaren Pastoral und Personal zur Sitzung des Bischofsrates. Die Bistumsregion St. Urs umfasst die Bistumskantone AG, BL und BS, die Bistumsregion St. Verena die Bistumskantone BE, JU und SO und die Bistumsregion St. Viktor die Bistumskantone LU, SH, TG und ZH.
- Christkatholische Kirche: Am 20. März 2004 fand die 63. Synode in Starrkirch-Wil statt. Anlässlich eines Gottesdienstes vom 4. Juli 2004 wurde der langjährige Pfarrer der Kirchgemeinde Olten-Starrkirch, Pfr. Franz Murbach, verabschiedet.
- Evangelisch-reformierte Kirche: Der reformierte Kirchgemeindeverein Kienberg beschloss an seiner Generalversammlung vom 12. Mai 2004, eine Kirchgemeinde nach Art. 54 Abs. 1 der Kantonsverfassung zu gründen. Die neu gebildete Gemeinde nennt sich Evangelisch-reformierte Kirchgemeinde Kienberg. Der Regierungsrat beschloss am 16. November 2004 (RRB 2004/2306) Botschaft und Entwurf an den Kantonsrat. Am 25.. Januar 2005

Departement für Bildung und Kultur

stimmte der Kantonsrat der Gründung der neuen Kirchgemeinde zu. Der Beschluss des Kantonsrates soll vorbehaltlich des fakultativen Referendums rückwirkend auf den 1. Januar 2005 in Kraft treten. Am 6. November 2004 konnte die Evangelisch-reformierte Kirche Kanton Solothurn ihre 150. Synode feiern.

Alle drei Landeskirchen waren im Berichtsjahr 2004 von der laufenden Teilrevision des Gemeindegesetzes und von der Motion der FdP/JL-Fraktion vom 23. Juni 2004 betreffend Aufhebung des Finanzausgleichs für Kirchgemeinden tangiert, welche jedoch am 25. Januar 2005 zurückgezogen wurde.

2.9. Ausübung der Aufsicht über die Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz

Nach § 26 Abs. 3 RVOG beaufsichtigt der Regierungsrat die Arbeit der Leitungs- und Aufsichtsorgane der mittelbaren Verwaltung. Die Vorsteherin des Departementes für Bildung und Kultur ist Mitglied des Fachhochschulrates, dem auch der Vorsteher des Amtes für Mittel- und Hochschulen beratend angehört. Damit hat die Departementsvorsteherin als Vertreterin des Regierungsrates Einsicht in die Geschäftstätigkeit und innerdepartementalen Support. Der Fachhochschulratspräsident und der Direktor der Fachhochschule rapportieren zudem der Departementsvorsteherin quartalsweise – bei Bedarf auch häufiger – über die wichtigsten Geschäfte und Ereignisse. In diesen Gesprächen verschafft sich die Departementsvorsteherin den Überblick über die Geschäfte, prüft die Einhaltung der kantons- und regierungsrätlichen Vorgaben und fordert Einblick in wichtige Dokumente.

In der Berichtsperiode bildeten die Verhandlungen und Vorarbeiten zu einer Fusion der Nordwestschweizer Fachhochschulen einen Schwerpunkt. Diesbezüglich wurde der Regierungsrat mehrfach informiert und konsultiert. Dieser hat dazu am 18. Mai 2004 (RRB 2004/1080), zeitgleich mit den Partnerkantonen Basel-Stadt, Basellandschaft und Aargau, einen Staatsvertragsentwurf zu Händen der Vernehmlassung verabschiedet und die Finanzkontrolle beauftragt, in Abstimmung mit den Partnerkantonen eine „due diligence“-Prüfung durchzuführen. Nach Auswertung der Ergebnisse der Vernehmlassung und Kenntnisnahme der Ergebnisse der «due diligence»-Prüfung der Finanzkontrolle wurde am 9. November 2004 (RRB 2004/2270) der Abschluss eines Staatsvertrages beschlossen und die entsprechende Vorlage dem Kantonsrat zu Beratung und Beschluss weitergeleitet. Insgesamt darf festgehalten werden, dass der Fachhochschulrat und die Direktion der Fachhochschule gute Arbeit leisten und die Interessen des Kantons vollumfänglich wahrnehmen. In der Berichtsperiode wurden keine Entscheide getroffen, welche gestützt auf § 26 RVOG beanstandet werden müssten.

3. Kindergarten und Volksschule

3.1. Allgemeines

Aufsicht, Förderung, Beratung

Die Fortsetzung von Aufsicht, Förderung und Beratung der Volksschulen und Kindergärten durch das Inspektorat basierte auf dem vom Amt für Volksschule und Kindergarten entwickelten Grundlagenpapier mit Qualitätsmerkmalen für die Arbeit der Lehrpersonen. Es umfasst die sieben Kriterien Pädagogik, Lernklima, Zielorientierung, Wirksamkeit, Didaktik, Methodik und Klassenführung. Die laufenden Beobachtungen während der Schulbesuche finden bis in den Sommer 2005 unter dem Aspekt des Kriteriums «Zielorientierung» statt. Die Ergebnisse werden verwendet für die Steuerung und Entwicklung der Unterrichtsarbeit der Lehrpersonen.

Projekt «Geleitete Schulen» kommt vor das Volk

Das Pilotprojekt «Geleitete Schulen» begleitete bisher bereits 83 Schulen. Zehn Schulen wurden inzwischen zertifiziert und gelten nun als «Geleitete Schule im Normalbetrieb». Diese Schulen werden vom Inspektorat periodisch einer externen Kontrolle unterzogen. In den übrigen Schulen läuft die Inspektoratsarbeit im gewohnten Rahmen weiter. Der Auftrag des Kantonsrates an den Regierungsrat, zur Initiative des Lehrerverbandes LSO «Gute Schulen brauchen Führung» einen Gegenvorschlag auszuarbeiten, wurde im Berichtsjahr erfüllt. Die entsprechende Vorlage passierte den Kantonsrat ohne Gegenstimme. Am 24. April 2005 wird die entsprechende Volksabstimmung stattfinden. Kantons- und Regierungsrat empfehlen, flächendeckend «Geleitete Schulen» einzuführen und den Gegenvorschlag anzunehmen.

Englisch obligatorisch

Englischunterricht ist seit dem Schuljahr 2003/2004 für alle Schülerinnen und Schüler ab 7. Klasse obligatorisch. Er ist wie der Französischunterricht ein Promotionsfach. Von Anfang an waren genug qualifizierte Lehrpersonen vorhanden.

Neugestaltung Werken

Die traditionelle Aufteilung in textiles und nicht-textiles Werken wurde ab Schuljahr 2004/2005 abgeschafft. An deren Stelle wurde das Fach Werken mit neuen Inhalten eingeführt. Die Unterrichtseinheiten und die Stundentafel wurden angepasst, die gesamte Anzahl Lektionen für das Werken blieb aber gleich.

Der Kantonsrat genehmigte die Änderungen des Volksschulgesetzes für die Einführung von Disziplinarmassnahmen gegen Schüler und Schülerinnen. Diese erlauben nun, Schüler welche einen geordneten Schulbetrieb verhindern, im äussersten Fall und zeitlich befristet von der Schule zu weisen. Sowohl die Lehrpersonen als auch die Schulkommissionen sind befugt, Massnahmen zu ergreifen und auch die Inhaber der elterlichen Sorge in die Pflicht zu nehmen. Ein Leitfaden, ein Netz für Time-out-Plätze und ein Interdisziplinäres Interventionsteam sind noch im Entstehen und sollen Lehrpersonen und Schulbehörden unterstützen. Die Gesetzesänderung tritt ab 1. Januar 2005 in Kraft.

Strukturreform Sekundarstufe I

Die seit 1993 laufende Strukturreform der Sekundarstufe I wurde weiter entwickelt und Ende Dezember 2004 in die Vernehmlassung geschickt. Die Umsetzung der Reform soll ab Schuljahr 2006/2007 etappenweise erfolgen.

Zahlreiche politische Vorstösse

Verschiedene Parteien reichten im Verlauf des Jahres politische Vorstösse zu Bildungsfragen ein. Die meisten geben den laufenden Trends und Entwicklungen im Bildungswesen zusätzliche Schubkraft, z.B.: Einführung von grossen Blockzeiten an den Volksschulen, Systemänderung der Subventionierung der Besoldungskosten der Lehrkräfte, Konzeptentwicklung zur Differenzierung von Förderung und Selektion, Gesetzliche Verankerung des gesamten Sonderschulbereiches im VSG.

3.3. Schulpsychologischer Dienst (SPD)

Nach dem Rückgang vom vorletzten Jahr haben sich die Fallzahlen auf dem Schulpsychologischen Dienst auf hohem Niveau stabilisiert. Nach wie vor werden jährlich knapp 5% aller schulpflichtigen Kinder beim SPD angemeldet.

Die Einweisungen in Kleinklassen sind stark rückläufig. Während 2001 noch gut 250 Schülerinnen und Schüler neu in den Kleinklassenstatus versetzt werden mussten, hat diese Zahl kontinuierlich um beinahe einen Drittel abgenommen. Zu dieser erfreulichen Entwicklung haben neben dem einsetzenden Rückgang der Schülerzahlen und der Tätigkeit der Fachlehrkräfte auch die Bestrebungen des SPD beigetragen, gemeinsam mit den Beteiligten tragfähige Lösungen zu entwickeln, um auch schwächere Schülerinnen und Schüler nach Möglichkeit in der Primarschule zu belassen. Derartige Bestrebungen erfordern – zusätzlich zu den tendenziell komplexer werden

Lern- und Verhaltensschwierigkeiten der angemeldeten Kinder – viel Zeitaufwand von Seiten unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. So hat sich beispielsweise die Zahl der Triage- und Beratungssitzungen trotz tendenziell rückläufiger Fallzahlen massiv erhöht (vgl. Tabelle).

Offensichtlich findet die Arbeit des SPD auch bei den Eltern eine zunehmende Akzeptanz. Dies zeigt sich zum einen in der steigenden Zahl von Elternanmeldungen und zum anderen in der Tatsache, dass das Einverständnis mit einer Untersuchung und dem Antrag des SPD nur noch in ganz seltenen Fällen verweigert wird.

Ausgewählte Kennzahlen	2002	2003	2004
Anzahl Einzelfallabklärungen	1285	1189	1180
Einweisung in eine Kleinklasse	229	186	177
Triage- und Beratungsgespräche	730	983	1022
Anmeldungen durch Eltern (in %)	22	22	25
Eltern mit einer Anmeldung zur Untersuchung nicht einverstanden	10	8	4
Eltern mit dem Antrag des SPD nicht einverstanden	29	19	7

4. Mittelschulen und Hochschulen

4.1. Mittelschulen, Allgemeines

Das markanteste Ereignis im Berichtsjahr war die Einführung der neuen Fachmittelschule FMS an den Kantonsschulen Solothurn und Olten, welche die bisherige zweijährige Diplommittelschule ablöst. Die FMS wurde nach den Vorgaben der EDK konzipiert und bietet mit einem dreijährigen Lehrgang eine fundierte Vorbereitung auf anspruchsvolle Berufsausbildungen an. Im Kanton Solothurn wird die FMS mit den Ausrichtungen auf die Berufsfelder Gesundheit, Erziehung und Soziales angeboten. Das Interesse am neuen Angebot ist erfreulich hoch. Nach Bestehen der anspruchsvollen Aufnahmeprüfung begannen im August 2004 insgesamt 96 Schülerinnen und Schüler den FMS-Lehrgang, drei Klassen in Solothurn und eine Klasse in Olten. Die bisherige Diplommittelschule wird 2005 die letzten Diplome abgeben.

2004 wurden mit 415 Schülerinnen und Schülern deutlich weniger in die Maturitätslehrgänge aufgenommen als im Vorjahr (507). Auch in die Untergymnasien wurden etwas weniger Schülerinnen und Schülern aufgenommen als im Vorjahr (257, Vorjahr 288). Nachdem im Jahr 2002 die neu gestalteten Maturitätslehrgänge eingehenden Evaluationen unterzogen wurden und – darauf gestützt – auf August 2003 bereits Anpassungen bei den Promotionsreglementen der Maturitätsschulen und der Untergymnasien vorgenommen wurden, nahm der Regierungsrat auf August 2004 nun noch Korrekturen an der Maturitätsverordnung vor. Insbesondere wurde bestimmt, dass ab Som-

mer 2005 alle Maturitätsprüfungen vor den Sommerferien abgeschlossen werden sollen, wie dies auch von parlamentarischer Seite gefordert worden war. Die neuen Maturitätslehrgänge wurden überdies mit einem Projekt auf nationaler Ebene evaluiert (EVAMAR), dessen Ergebnisse Anfang 2005 veröffentlicht werden.

Ende Jahr wurde der Entwurf zu einem neuen Mittelschulgesetz zusammen mit dem Entwurf zur Anpassung des Volksschulgesetzes für die Reform der Sekundarstufe I in die Vernehmlassung geschickt. Das Mittelschulgesetz soll die überholte Kantonsschulgesetzgebung aus dem Jahr 1909 ablösen.

Die erste Globalbudgetperiode erwies sich für die Mittelschulen als schwierig. Die geforderten Leistungen wurden zwar grösstenteils erfüllt. Das Budget wurde aber in allen drei Jahren der Periode 2002–04 überschritten (verursacht durch die Kantonsschule Solothurn, vgl. 4.2.5), weshalb Zusatz- und Nachtragskredite beantragt werden mussten. Die Kantonsschulen erbringen ihre Leistungen aber unverändert relativ kostengünstig.

4.2. Kantonsschule Solothurn

4.2.1. Lehrkörper

	Schuljahr 2003/2004	Schuljahr 2004/2005
Mittelschullehrpersonen	139	144
Lehrbeauftragte	71	57
Total	210	201

4.2.2. Schüler/innen und Klassenbestände zu Beginn des Schuljahres

	Schuljahr 2003/2004		Schuljahr 2004/2005	
	Schüler/innen	Klassen	Schüler/innen	Klassen
Untergymnasium	462	20	430	19
Sprachliches Maturitätsprofil	373	18	355	16,5
Mathematisch-Naturwissenschaftliches Maturitätsprofil	246	12,5	221	11,5
Wirtschaftlich-Rechtliches Maturitätsprofil	364	17,5	352	17
Musisches Maturitätsprofil	131	6	148	7
Diplommittelschule	99	4	42	2
Fachmittelschule			71	3
Total	1675	78	1619	76

4.2.3. Ausserkantonale Schülerinnen und Schüler

	2003/2004	2004/2005
Untergymnasium	37	35
Sprachliches Maturitätsprofil	23	25
Mathematisch-Naturwissenschaftliches Maturitätsprofil	15	12
Wirtschaftlich-Rechtliches Maturitätsprofil	11	11
Musisches Maturitätsprofil	7	6
Diplommittelschule	3	1
Fachmittelschule		2
Total	96	92

4.2.4. Abschlussexamina der Schülerinnen und Schüler

	August 2003	August 2004
Maturitätszeugnisse (MAV 95)	244	245

	Juli 2003	Juli 2004
Diplommittelschule	39	47

4.2.5. Unterricht und Schulbetrieb

Der Start der Fachmittelschule, welche die Diplommittelschule ablöst, verlief erfreulich. Mit der Unterstützung des Hochbauamtes konnte ein erster Schritt in die universelle Gebäudeverkabelung des Schulhauses gemacht werden, um die Voraussetzungen zur vermehrten Nutzung der Informatikmittel im Unterricht zu schaffen. Dieser Prozess muss in den nächsten zwei Jahren fortgesetzt werden. Parallel dazu erfolgt die interne Weiterbildung der Lehrpersonen, damit die neuen Technologien sinnvoll genutzt werden können.

Die erste Globalbudgetperiode erwies sich für die Kantonsschule Solothurn als schwierig. Zwar wurden praktisch alle geforderten Leistungen gemäss den Indikatoren im Leistungsauftrag 2002–2004 erfüllt. Die Budgetierung für diese Periode wurde durch verschiedene Umstände erschwert: Loslösung des Lehrerseminars (heute Pädagogische Hochschule), Integration des Musischen Maturitätsprofils und der Diplommittelschule am Herrenweg, Umsetzung der neuen Schulleitungsstrukturen, Budgetkürzungen. Massnahmen zur Verbesserung der finanziellen Führung wurden eingeleitet. Dank dem Mitwirken aller Beteiligten kann jetzt mit Zuversicht in die neue Globalbudgetperiode 2005–2007 gestartet werden. Der finanziell schwierige Weg, den die Kantonsschule Solothurn in den letzten drei Jahren zu beschreiten hatte, findet nun seinen Abschluss.

Für Einzelheiten zur Schulentwicklung wird auf den Jahresbericht 2003/2004 der Kantonsschule Solothurn verwiesen.

4.3. Kantonsschule Olten

4.3.1. Lehrkörper

	Schuljahr 2003/2004	Schuljahr 2004/2005
Mittelschullehrpersonen	84	80
Lehrbeauftragte	60	70
Total	144	150

4.3.2. Schüler/innen- und Klassenbestände zu Beginn des Schuljahres

	Schuljahr 2003/2004		Schuljahr 2004/2005	
	Schüler/innen	Klassen	Schüler/innen	Klassen
Untergymnasium	386	18	374	17
Sprachliches Maturitätsprofil	262	13	258	13
Musisches Maturitätsprofil	81	4	86	4
Mathematisch-naturwissenschaftliches Maturitätsprofil	133	7	137	7
Wirtschaftlich-rechtliches Maturitätsprofil	172	8	164	8
Diplommittelschule	44	2	22	1
Fachmittelschule			25	1
Total	1078	52	1066	51

4.3.3. Ausserkantonale Schülerinnen und Schüler

	Schuljahr 2003/2004	Schuljahr 2004/2005
Sprachliches Maturitätsprofil	1	–
Musisches Maturitätsprofil	1	1
Mathematisch-naturwissenschaftliches Maturitätsprofil	1	–
Wirtschaftlich-rechtliches Maturitätsprofil	3	1
Diplommittelschule	–	–
Fachmittelschule	–	–
Total	6	2

4.3.4. Abschlussexamina der Schülerinnen und Schüler

	August 2003	August 2004
Maturitätszeugnisse (MAV 95)	126	144

	Juli 2003	Juli 2004
Verkehrsdiplom:	9	
Diplommittelschule:	21	20

4.3.5. Unterricht und Schulbetrieb

Mit der Einführung der Fünftagewoche hat sich – zumindest von aussen betrachtet – am Schulbetrieb am meisten geändert. Die ersten Erfahrungen entsprechen den Erwartungen: die befürwortende Mehrheit geniesst die Vorteile, die unterlegene Minderheit sieht sich in den Nachteilen bestätigt. Das Schulprogramm konnte in allen Teilen mit gutem Erfolg realisiert werden. Interne und externe Evaluationen spiegeln die Qualität der seriösen Arbeit. Am Untergymnasium und in der Maturitätsschule wurden auf Grund dieser Evaluationen wiederum kleinere Anpassungen vorgenommen. Der Englischunterricht am Untergymnasium beginnt neu ein Jahr früher (7. Schuljahr). Mit den Präsentationen der Maturaarbeiten, des eigentlichen «Hits» der neuen Ordnung MAR 95, wurde mit grossem Erfolg erstmals an einem Samstag eine öffentliche Veranstaltung gemacht. Eine Premiere ist auch die Pilotklasse in den Sprachen Französisch und Englisch, wo nach den Richtlinien des europäischen Portfolios unterrichtet wird. Ebenfalls zum ersten Mal wird im Haus eine Klasse der neuen Fachmittelschule FMS geführt. Vorgängig dazu war mit der Erarbeitung des Lehrplans und der Stundentafel viel Pionierarbeit nötig.

4.3.6. Bau und Unterhalt

Wie schon in den vergangenen Rechenschaftsberichten angemerkt bereitet uns der bauliche Zustand der Kantonsschule grosse Sorgen. Über die Jahre hinweg hat das Hochbauamt punktuelle Instandhaltungs- bzw. Instandsetzungsmassnahmen am Gebäude und an der Haustechnik geplant und realisiert. Mit den vorgenommenen Einzelsanierungsmassnahmen hat man problem- und situationsspezifisch auf den Bauzustand und unsere Anliegen reagiert und konnte damit weitgehend auch grössere Schadensbilder bzw. Investitionen verhindern. Diese Vorgehensweise ist zwar praktikabel, jedoch für eine gesamtheitliche Betrachtungsweise eher ungeeignet. Um sich den notwendigen Gesamtblick für die anstehenden Sanierungsmassnahmen verschaffen zu können, hat nun das Hochbauamt zusammen mit einem Architektenteam eine umfangreiche strategische Planung erarbeitet. Das Ziel ist, bei der Sanierung den «Roten Faden», d.h. die Durchgängigkeit in Bezug auf Ar-

chitektur, Gestaltung und Organisation sowie Nutzen und Unterhalt sicherzustellen. Die genauen Baumassnahmen und die sich daraus ergebenden Investitionen müssen in den nächsten Planungsschritten der Vor- bzw. Bauprojekte ermittelt und verifiziert werden.

4.4. Fachhochschule

Das starke Wachstum der Fachhochschule Solothurn, Teil der Fachhochschule Nordwestschweiz, setzte sich im Berichtsjahr fort. Die Zahl der Studierenden nahm sowohl bei den Diplomstudien als auch bei den Nachdiplomstudien deutlich zu. Mit dem Diplomstudiengang Angewandte Psychologie wurde ein neues Angebot eingeführt. Die Nachfrage dafür ist überaus gross. Eine deutliche Zunahme ist bei den Studiengängen Wirtschaftsingenieur und Soziale Arbeit festzustellen. Die Aktivitäten in angewandter Forschung und Entwicklung wurden weiter verstärkt. Die angegliederte Höhere Fachschule für Technik Grenchen verzeichnete eine leichte Zunahme an Studierenden, wogegen die Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik Olten eine Abnahme registrierte. Das Wachstum der Fachhochschule konnte mit Ertragssteigerungen (bei stagnierendem Kantonsbeitrag) finanziert werden.

Im Berichtsjahr wurden die Abklärungen und Verhandlungen zur künftigen Form der interkantonalen Zusammenarbeit im Fachhochschulbereich intensiv weitergeführt. Nachdem die Regierungen der Kantone AG, BS, BL und SO im Dezember 2003 den Auftrag erteilt hatten, einen Staatsvertrag zur Fusion der Nordwestschweizer Fachhochschulen auszuarbeiten, legte die dazu eingesetzte Projektorganisation im Frühjahr 2004 einen Entwurf samt Botschaft vor. Die im Sommer 2004 in den vier Kantonen dazu durchgeführte Vernehmlassung zeigte weitgehende Zustimmung zu diesem Vorhaben. Der Entwurf wurde anschliessend unter Würdigung der angemeldeten Vorbehalte überarbeitet und nachverhandelt. Der Regierungsrat entschloss sich dafür, auch die Pädagogische Fachhochschule in die künftige FHNW zu integrieren. Im November 2004 schlossen die vier Regierungen den Staatsvertrag ab. Er muss nun von den vier Parlamenten genehmigt werden, was bis Mitte 2005 vorgesehen ist. Wenn der erste Leistungsauftrag samt Globalbudget im Herbst 2005 von den vier Parlamenten beschlossen wird, kann die Fusion zur FHNW anfangs 2006 vollzogen werden.

Zahlen zur Entwicklung der Fachhochschule und der angegliederten Höheren Fachschulen finden sich im Anhang. Im Übrigen wird auf den Jahresbericht der Fachhochschule verwiesen.

4.4.1. Studierende im Diplomstudium Fachhochschule

		2002/2003				2003/2004		
	Studie- rende	davon Studen- tinnen	Diplome	Auf- nahmen 2002	Studie- rende	davon Studen- tinnen	Diplome	Auf- nahmen 2003
Elektrotechnik und Automation (Vollzeit)	20	1	7	1	0	0	10	0
Elektrotechnik und Automation (berufsbegleitend)	19	0	6	0	5	0	6	0
Informatik und Telekommunikation (Vollzeit)	21	1	9	1	0	0	11	0
Informatik und Telekommunikation (berufsbegleitend)	36	1	16	1	9	1	8	0
Maschinen- und Betriebstechnik (Vollzeit)	22	1	12	0	0	0	10	0
Maschinen- und Betriebstechnik (berufsbegleitend)	33	1	6	1	10	0	15	0
Systemtechnik (Vollzeit)	46	1	0	35	84	5	0	40
Systemtechnik (berufsbegleitend)	24	0	0	22	54	3	0	23
Wirtschaftsingenieur/in (Vollzeit)	35	3	0	37	95	6	0	50
Wirtschaftsingenieur/in (berufsbegleitend)	21	1	0	17	47	3	0	28
Betriebsökonomie	121	43	29	85	175	60	34	79
International Management	75	26	13	63	164	67	22	77
Wirtschaftsinformatik	76	7	21	35	95	8	22	43
Soziale Arbeit	85	64	24	46	146	108	23	65
Angewandte Psychologie allgemein	41	29	0	43				
Höhere Fachschule für Technik (Vollzeit)	18	0	18	0	15	0	12	15
Höhere Fachschule für Technik (berufsbegleitend)	142	3	45	64	130	3	41	70
Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik	128	26	29	20	83	18	43	25
Vorstudium Ingenieure	29	1	0	40	12	1	0	12
Total	951	180	235	468	1'165	312	257	570

Departement für Bildung und Kultur

4.4.2. Teilnehmende Weiterbildung Fachhochschule

Teilnehmende Weiterbildung	Technik		Wirtschaft		Soziales		Total	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
Unternehmensschule/Praktiker Management Schule	0	0	21	9	0	0	21	9
Nachdiplomstudien/-Kurse	52	45	503	577	498	523	1053	1145
Personalfach-Ausbildung	0	0	138	91	0	0	138	91
Personalberater-Ausbildung	0	0	448	376	0	0	448	376
Kurse/Seminare	621	383	767	1066	448	485	1836	1934
Tagungen	136	107	1104	1087	206	232	1446	1426

Total

4.4.3. Personal Fachhochschule

Stand per 31.12.2003	Direktion		Technik		Wirtschaft		Soziales		HFfWI ¹		HFT-SO ²		Total	
	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %
Professuren ³	3	270	27	2540	35	3110	12	990					77	6910
Oberer Mittelbau ⁴			53	1569	37	1171	33	510	6	182	35	780	164	4212
Unterer Mittelbau ⁵			13	1270	20	1525	6	380					39	3175
Administratives und techn. Personal	46	3805	8	710	25	1535	6	295	1	100	8	159	94	6604
Total	49	4075	101	6089	117	7341	57	2175	7	282	43	939	374	20901

¹ Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik

² Höhere Fachschule für Technik

³ Direktor/in, Professor/in, Dozent/in im Hauptamt, Leiter/in Produktgruppe, Leiter/in Fachbereich/Kompetenzzentrum

⁴ Übrige Dozierende, Lehrbeauftragte/r, Referent/in, Expert/in

⁵ Assistierende und wissenschaftliche Mitarbeitende

Stand per 31.12.2004	Direktion		Technik		Wirtschaft		Soziales		HFFWI ¹		HFT-SO ²		Total	
	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %
Professuren ³	2	200	25	2340	35	3037	13	1045					75	6622
Oberer Mittelbau ⁴			54	1399	47	1690	48	1050	6	166	46	835	201	5140
Unterer Mittelbau ⁵			11	1040	17	1435	9	530					37	3005
Administratives und techn. Personal	46	4010	6	395	39	2000	7	385	1	70	6	103	105	6963
Total	49	4210	96	5174	138	8162	77	3010	7	236	52	938	418	21 730

1 Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik

2 Höhere Fachschule für Technik

3 Direktor/in, Professor/in, Dozent/in im Hauptamt, Leiter/in Produktgruppe, Leiter/in Fachbereich/Kompetenzzentrum

4 Übrige Dozierende, Lehrbeauftragte/r, Referent/in, Expert/in

5 Assistierende und wissenschaftliche Mitarbeitende

4.5. Pädagogische Fachhochschule

In der Berichtsperiode 2004 ist der Aufbau der PH Solothurn weiter fortgeschritten. Die Anerkennungskommission der EDK hat am 24. Januar 2004 die provisorische Anerkennung ausgesprochen, welche die Grundlage war für die Aufnahme der beiden Studiengänge in die interkantonale Fachhochschulvereinbarung. Zu den Abteilungen Ausbildung sowie Weiterbildung und Beratung sind neu zwei kleinere Abteilungen gekommen: die Abteilung Forschung und Entwicklung sowie die Abteilung Dienste und Qualitätsmanagement. Der Gesamtbestand von 273 Studierenden konnte gehalten werden. Der Anteil der ausserkantonale Wohnhaften betrug im November 2004 31 Prozent. Der Schulrat bewilligte ein Projekt Qualitätsmanagement und beschloss auf der Grundlage eines Expertenberichts ein Profil mit vier Profilschwerpunkten: «Bildung für eine nachhaltige Entwicklung», «Bildung der 4- bis 8-Jährigen», «ICT Technik – Organisation – Pädagogik» und «Kultur und Bildung».

Der vom Regierungsrat beschlossene Staatsvertrag über die Fachhochschule Nordwestschweiz sieht auch die Integration der PH Solothurn in die FHNW vor. Dafür wurden im Berichtsjahr anspruchsvolle Vorarbeiten geführt.

Die PH Solothurn hat neu die Organisation der berufspraktischen Ausbildung für die Studierenden der Sekundarstufe 1 übernommen. Kooperationsverträge bestehen mit der PH Aargau und der Universität Bern. Studierende aus den betreffenden Studiengängen können ihre berufspraktische Ausbildung auch in Schulen der Sekundarstufe 1 des Kantons Solothurn leisten. Die Weiterbildung und Beratung hat in der Berichtsperiode ihr Beratungsangebot differenziert und ausgebaut. Im Fachbereich «Werken» wurde eine Beratungsstelle für Lehrpersonen und Studierende eingerichtet. Im Bereich Berufseinführung wurde in den Sommerferien neu eine Kurswoche für Berufsanfänger/innen angeboten. Im Bereich der berufsbegleitenden Weiterbildung wurde unter anderem die Weiterbildung für die flächendeckende Einführung des Mathematiklehrmittels mathbu.ch organisiert und eingeleitet. Das Angebot an Nachdiplomstudien (NDS) wurde wesentlich ausgebaut. Parallel laufen drei NDS für Praxislehrpersonen, die sich für die neue Ausbildung und den Bereich Erwachsenenbildung qualifizieren wollen. Das Diplom berechtigt zu einem Lehrauftrag an der PH Solothurn und beinhaltet gleichzeitig den Erwerb für den eidgenössischen Fachausweis Ausbilder/in. Zusammen mit dem Amt für Volksschulen und der Fachhochschule Solothurn Nordwestschweiz in Olten wurde ein NDS für Schulleitende konzipiert und vorbereitet. Ende November fand an der PH eine nationale Werkstatt-Tagung zum Thema Bildung für eine nachhaltige Entwicklung statt.

In der Forschung und Entwicklung laufen bereits sechs pädagogische Projekte, die zum Teil über Drittmittel finanziert werden. Die Leitungsstelle wurde besetzt und der Aufbau der vier Profilschwerpunkte ist im Gange. Mit der PH Aargau und der HPSA beider Basel konnte ein Abkommen über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der anwendungsorientierten Bildungsfor-

sung erzielt werden. Zusammen betreiben die drei Pädagogischen Hochschulen sieben Forschungsschwerpunkte. Die PH Solothurn hat den Lead für die Forschungsschwerpunkte «Bildung für eine nachhaltige Entwicklung» (BNE) und «Bildung der 4- bis 8-Jährigen» (B48) übernommen. Im Bereich BNE besteht eine Zusammenarbeit mit der Interfakultären Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie der Universität Bern. Im Rahmen dieser Kooperation sind konzeptionelle Vorarbeiten geleistet worden, bei denen ein Hauptaugenmerk auf den Partizipationschancen von Kindern im Primarschulalter liegt. Im Bereich B48 konzentriert sich die Aufmerksamkeit auf familienergänzende Betreuungsmassnahmen von Kinderhort bis zur Tagesschule. Die Mediothek der PH Solothurn wurde in der Berichtsperiode erneuert, die Aufstellungssystematik wurde überprüft. Die PH Solothurn ist dem Medienverbund NEBIS beigetreten. Unter Führung der ETH Zürich sind in diesem Verbund über 100 Mediotheken verbunden. Die Abteilung Dienste und Qualitätsmanagement entwickelte die Grundlage für die neue Kosten- und Leistungsrechnung, die mit SAP auf den 1. Januar 2005 eingeführt wird. Eine neue Software EVENTO wird für die Hochschulverwaltung eingeführt. Grosse Anstrengungen wurden im Ausbau der IT-Infrastruktur geleistet.

Zahlen zum Personal der Pädagogischen Fachhochschule finden sich im Anhang. Im Übrigen wird auf den Jahresbericht der PH Solothurn verwiesen.

4.5.1. Personal Pädagogische Fachhochschule

Stand per 31.12.2004	Direktion		Ausbildung		W+B		F+E		D+QM		Mediothek		Total	
	Anzahl*	Pensum** in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %	Anzahl	Pensum in %
Leitung	3	290	4	211	2	160	2	90					11	751
Dozierende	3	240	6	825									9	1065
Lehrbeauftragte	-	-	72	2035			1	10					72	2035
Seminarlehrer/in	-	-	(12)	***										
Pädagogische / wissen- schaftl. Mitarbeitende	-	-			3	139	2	110					6	249
Adminsitratives und technisches Personal	2	200	2	150	3	190			10	710****	6	285	23	1535
Total	8	730	84	3221	8	489	5	210	10	710	6	285	121	5635

* Headcount der direkt Unterstellten

** zugeordnete Stellenprozente

*** 2004 nicht mehr erhoben

**** ohne Raumpflege im Stundenlohn

4.5.2. Studierende der Studiengänge Kindergarten/Unterstufe (KGU) und Mittlere Stufe der Primarschule (MSP) und der Vorkurse Pädagogische Fachhochschule

	Studienjahr 2003/2004		Studienjahr 2004/2005	
	Frauen	Männer	Frauen	Männer
Seminar	77	19	17	0
Kindergärtnerinnenseminar	16	0	0	0
Total Seminar	93	19	17	0
Vorkurs für Berufsleute	9	11	7	10
Standortbestimmung	45	10	78	15
Total Vorkurse	56	19	85	25
Sondermassnahmen	36	10	10	10
Kindergarten / Unterstufe	37	1	100	7
Mittlere Stufe der Primarschule	36	15	82	29
Total Studiengänge	73	16	182	36

4.5.3. Weiterbildung und Beratung Pädagogische Fachhochschule

	ausgeschriebene		durchgeführte Kurse		Teilnehmende Kurse		Kursteiln.-Stunden		durchschn. Teiln. pro Kurs	
	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004	2003	2004
– Berufseinführung und Wiedereinstieg	5	6	5	6	80	113	558	1730	16	19
– offenes Kursprogramm*	226	287	137	184	1916	2862	14350	21878	14	16
– LLAG**	-	-	40	42	507	478	4395	3267	13	11
– SCHILLW***	-	-	87	101	1955	2041	14597	15339	22	20
– ELF****	-	-	6	-	99	-	2814	-	16	-
– NDS Praxislehrpersonen*****	2	4	2	5	49	134	3402	9510	24	27
– NDS Schulleitende*****	11	11	16	18	298	447	6290	6523	18	24
– Fachpatent Englisch (ausgestellte Zertifikate)	10	24								
Total	244	308	292	356	4881	6075	45716	58247	18	19.5

Departement für Bildung und Kultur

*mit Schwerpunktkursen und obligatorischen Kursen. Obligatorisch waren 2003 und 2004 der Einführungskurs zu «Bonne chance 1» und die Einführungsveranstaltungen zum «Neuen Lehrplan Werken» und - ab 2004 - Einführungskurse in die Mathematik-lehrmittel «Zahlenbuch» und «Mathbu.ch». Ein Schwerpunkt war die «Werkstatt-tagung» mit 150 Teilnehmenden.

**LLAG = fachdidaktische Lehrerarbeitsgruppen

***SCHILLW = schulinterne Weiterbildung. Im Rahmen von SCHILLW ist eine Zunahme von ICT-Kursen zu verzeichnen.

****ELF= Erweiterte Lernformen. Das Projekt ist abgeschlossen. Die letzten Kurse fanden 2003 statt.

*****NDS PLP= Mehr durchgeführte als ausgeschriebene Kurse bedeutet, dass Kurse-teile aus 2003 im 2004 stattfanden.

*****NDS SL: Mehr durchgeführte als ausgeschriebene Kurse bedeutet, dass Kursteile aus 2003 im 2004 stattfanden und dass einige Kurse hoher Nachfrage wegen doppelt geführt wurden.

5. Berufsbildung und Berufsberatung

5.1. Berufsbildung

Die Tätigkeit des Amtes für Berufsbildung und Berufsberatung (ABB) wurde im Jahr 2004 neben dem Wechsel des Amtsvorstehers durch Folgendes geprägt:

Aus den Abteilungen (Berufslehren, Berufsschulen, Berufs- und Studienberatung, Amtsleitung)

Neben den durch den raschen Wandel in der Berufsbildung, Berufsberatung und in der Wirtschafts- und Arbeitswelt stark belasteten Tagesgeschäften, konnten dank dem grossen Engagement aller Mitarbeitenden folgende Ziele erreicht werden:

- Steigerung der Anzahl Lehr- und Anlehrverhältnisse
- Vermittlung von Anschlusslösungen für schwer vermittelbare Jugendliche
- Einführung neuer Berufe und Lehrpläne
- Einführung eines Wahlfachangebotes für Turnen und Sport am BBZ West
- Organisation und Durchführung von Lehrabschlussprüfungen/Lehrmeisterkursen
- Erfolgreicher Start der neuen BBZ-Strukturen mit zwei Berufsbildungszentren
- Einführung der Berufsmaturität für Gesundheits- und Sozialberufe
- Einführung von Globalbudget/Leistungsauftrag in den Berufsbildungszentren

Lehrstellenbeschluss II

Umsetzung und Abschluss der Massnahmen zur Behebung des Lehrstellenmangels (Start durch den Regierungsrat am 22. August 2000)

- Überführung der Stelle «Lehrstellenmarketing» in den geregelten Amtsbetrieb
- Steigerung der Anzahl Vorlehr- und Anlehrstellen
- Mithilfe bei der Organisation der Berufsmesse in Grenchen
- Abschluss und Genehmigung des Schlussberichtes LSB II durch das BBT (Nov. 2004)

Personelles

Neubesetzung der Stelle des Amtsvorstehers mit Franz Wyniger (19.7.04)

5.1.1. Anzahl Lehrverhältnisse (Lehr-, Anlehr- und Vorlehrverträge) 1990 bis 2003

Die nachfolgende Tabelle vermittelt einen Überblick über die Neueintritte und den Gesamtbestand sowie die Veränderung der Zahl der Lehrverhältnisse in den letzten 13 Jahren.

Jahr	Neue Lehrverhältnisse	Neue Anlehrverhältnisse	Vorlehre	Total Neue	Gesamtbestand	Veränderung
1990	1886	86	0	1972	5694	0
1991	1867	93	0	1960	5437	-257
1992	1805	95	0	1900	5172	-265
1993	1751	95	0	1846	5045	-127
1994	1691	98	0	1789	4935	-110
1995	1680	109	0	1789	4924	-11
1996	1762	115	0	1877	5058	134
1997	1832	115	14	1961	5295	237
1998	1930	123	16	2069	5526	231
1999	1952	122	20	2094	5746	220
2000	1968	133	22	2123	5805	59
2001	2012	131	41	2184	5897	92
2002	1971	135	35	2141	5972	75
2003	1844	136	37	2017	5919	-53
2004	1897	167	56	2120	5870	-49

Departement für Bildung und Kultur

Gesamtbestand an Lehrverhältnissen nach Berufskategorien:

Berufskategorien		Geschlecht 2004	Anzahl 2004	Total 2004
A. Gewerblich-Industrielle Berufe (inklusive Haushalt)	m	2997		
	w	980	3977	67.75%
B. Kaufmännische Berufe	m	337		
	w	716	1053	17.94%
C. Verkauf	m	109		
	w	422	531	9.05%
D. Anlehre	m	171		
	w	82	253	4.31%
E. Vorlehre	m	35		
	w	21	56	0.95%
Total		5870	5870	100%

Neu abgeschlossene Lehrverhältnisse nach Berufskategorien:

Berufskategorien		männlich 2004	weiblich 2004	Total 2004
A. Gewerblich-Industrielle Berufe		932	363	1295
B. Kaufmännische Berufe		119	243	362
C. Verkauf		54	186	240
D. Anlehre		111	56	167
E. Vorlehre	35	21	56	
Total	1251	869	2120	

Im Jahr 2004 wurden 571 Lehrverhältnisse aufgelöst.

5.1.2. Lehrmeisterkurse

Bei wiederum gutem Erfolg wurden in den beiden Jahren Lehrmeisterkurse durchgeführt. Die zusätzlich eingehenden Anmeldungen für eine freiwillige Kursteilnahme zeigen, dass die Kurse einem Bedürfnis entsprechen. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Lehraufsicht beteiligen sich zusätzlich an Lehrmeisterkursen, die von den Berufsverbänden im Rahmen der Vorbereitung auf die höhere Fachprüfung (Meisterprüfung) organisiert werden.

Kurs	m	2004 w	total
a.) Gew.-Ind. Berufe (7)	119	33	152
b.) Kaufm. Berufe (3)	25	45	70
c.) Verkaufsberufe (2)	12	30	42
Gesamttotal	156	108	264

5.2. Berufsschulen

5.2.1. Berufsbildungszentrum Solothurn-Grenchen

Auf den 1. Februar 2004 wurden die So+-Massnahmen im Bereich Berufsbildung umgesetzt. Gemäss der neuen Berufsschulverordnung besteht das Berufsbildungszentrum Solothurn-Grenchen (Direktor, Ernst Hürlimann) aus folgenden Teilschulen: Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Solothurn (Rektor, Stefan Ruchti), Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Grenchen (Rektor, Hansjörg Bolli), Kaufmännische Berufsfachschule Solothurn-Grenchen (Rektor, Thomas Froidevaux), ZeitZentrum Grenchen (Rektor, Ulrich Bucher) sowie dem Erwachsenenbildungszentrum Solothurn-Grenchen (Leiter, Rolf Schütz). Die Dienste werden durch den Leiter Dienste, Rolf Knörr, geführt.

Im Vordergrund standen die operativen Umsetzungen der neuen Leitungs- und Verwaltungsstrukturen, die Einführung des neuen Schulverwaltungssystems Eco-Open und der Buchhaltungssoftware SAP. Für das Jahr 2005 mussten die Vorbereitungsarbeiten im Zusammenhang mit der «Wirkungsorientierten Verwaltungsführung WoV», der Globalbudgetierung und der Kosten-Leistungsrechnung gestartet werden. Im Berichtsjahr erfolgte die erste Migration der Bibliothekssoftware Book plus zu Faust im BBZ Solothurn-Grenchen. Anstelle des sistierten Berufsschulsports an den Gewerblich-Industriellen Berufsfachschulen Solothurn und Grenchen sowie der Kaufmännischen Berufsfachschule Solothurn wurde ein Wahlpflichtangebot eingeführt.

Organisatorisch wurde das EBZ Solothurn-Grenchen als «Teilschule» im Berufsbildungszentrum (BBZ) Solothurn-Grenchen integriert. Damit wurden die Weiterbildungsaktivitäten der GIBS Solothurn, GIBS Grenchen und der KBS Solothurn-Grenchen in einer Schule zusammengefasst.

Auf der Angebotsseite des EBZ Solothurn-Grenchen wurden die Lehrgänge eidg. Dipl. Verkaufsleiterin, Führungsfachmann mit eidg. Fachausweis und die Sachbearbeiterin Personalwesen erfolgreich eingeführt. Die Ausbildungen zur Kauffrau nach Art. 32/34 und zum «Gastronomiekoch mit eidg. Fachausweis» wurden vorbereitet. Die Lehrgänge werden im 2005 starten.

5.2.2. Berufsbildungszentrum Olten

Die Gewerblich-Industrielle Berufsfachschule Olten (Rektor, Georg Berger), die Kaufmännische Berufsfachschule Olten-Balsthal (Rektorin, Ursula Wildi) und das Erwachsenenbildungszentrum Olten (Leiter, Rainer Nussbaumer) bilden seit 1. Februar 2004 das Berufsbildungszentrum Olten (Direktor, Mario Clematide). Die BBZ-Leitung hat sich zum Ziel gesetzt, ein Kompetenzzentrum für Aus- und Weiterbildung als vielfältiges und flexibles Angebot im Bereich der Berufsbildung zu werden. In teamorientierter Führung sucht die BBZ-Leitung nach Lösungen für die pädagogischen, betriebswirtschaftlichen und sozialen Anforderungen eines solchen Kompetenzzentrums. Im Berichts-

Departement für Bildung und Kultur

jahr sind zu diesem Zweck unter anderem die organisatorischen Instrumente (Mittelbau mit Abteilungs- und Fachgruppenverantwortlichen) geschaffen worden.

Das EBZ ist im Berichtsjahr bestrebt gewesen, mit gezielten Massnahmen die Umsatz- und Ertragseinbussen der Vorjahre zu vermeiden. Mit einem rigiden Kostenbewusstsein und neuen Weiterbildungsangeboten soll der Turnaround geschafft werden. Bewährt haben sich in diesem Zusammenhang die Vorbereitungskurse auf die Berufsprüfungen im gewerblich-industriellen Bereich.

Im Bereich Dienste sind durch interne Überprüfungen, optimiert durch externe Begleitung, die zweckmässigen Restrukturierungsmassnahmen ergriffen worden. Die intensivierte Zusammenarbeit der beiden Hauswarte hat die Anstellung eines Lernenden in diesem Bereich ermöglicht. Im administrativen Bereich sind durch Schwerpunktbildung (Finanzwesen, Schulsekretariat, Mediothek und Vermietung) erfolgversprechende Arbeitsvoraussetzungen geschaffen worden. Einen eigentlichen Kulturwechsel stellt die künftige betriebswirtschaftliche Führung mit Globalbudget und Kostenleistungsrechnung dar.

5.2.3. Landwirtschaftliche Berufsschule (LBS)

Entgegen dem schweizerischen Trend ist im Kanton Solothurn die Zahl der Auszubildenden des Berufes Landwirt/in eher zunehmend. Auffallend viele Lernende aus der Romandie wählen den Kanton Solothurn für ihre berufliche Ausbildung. Damit bietet der Kanton auch in diesem Bereich gute Gelegenheit zur Verständigung über die Sprachgrenzen hinweg.

Ab Februar 2004 besuchen nun die Lernenden der Landwirtschaft den Berufsschulunterricht in den Räumlichkeiten des Wallierhofs (früher GIBS Solothurn). Gemäss dem neuen schweizerischen Ausbildungsmodell sollen die Landw. Berufsfachschule und die Landw. Schule zu einer Schule vereinigt werden. Ein Begehren, das diese Zusammenlegung auch im Kanton Solothurn verlangt, ist noch hängig.

5.2.4. Berufsmaturität (BM)

Im vergangenen Jahr stand das zehnjährige Jubiläum der jetzigen Berufsmaturität im Vordergrund. Im Kanton Solothurn werden an den beiden BBZ in Olten und Solothurn die kaufmännische, technische, gestalterische und seit August 2004 die gesundheitlich-soziale Berufsmaturität angeboten.

Die gestalterische Berufsmatur wird als Zusatzjahr nach der Lehre durchgeführt. Die kaufmännische, technische und gesundheitlich-soziale Berufsmaturität werden zusätzlich während der Lehre angeboten. Im Kanton Solothurn schliessen insgesamt 16% (gemessen an der Anzahl Lehrverträge) eine Berufs-

ausbildung mit einem Berufsmaturitätsausweis ab. Für viele junge Leute ist die Berufsmaturität ein attraktives Angebot, weil sie einerseits eine gute Vorbereitung auf ein Studium an einer Fachhochschule ist und andererseits zu einem guten Allgemeinwissen verhilft. Ab 2005 besteht eine Passerelle für das Studium an allen schweizerischen Universitäten (inkl. ETH).

5.3. Berufs- und Studienberatung

5.3.1. Statistik

Der Auszug aus der BBT-Statistik vermittelt den zahlenmässig erfassbaren Teil der Beratertätigkeit. Ab der Berichtsperiode 98/99 hat es zwei wesentliche Änderungen der statistischen Erfassung gegeben. Zum einen wurde der Berichtsraum vom Schuljahr hin zum Kalenderjahr geändert, zum andern werden neue Kriterien der Beratungsfälle eingeführt: Hier werden nur noch die in sich abgeschlossenen (*) Beratungsfälle erfasst.

5.3.1.1. Anzahl Beratungsfälle (Einzelberatung)

Statistikjahr	männlich	weiblich	Total
1990/1991	1083	1497	2580
1991/1992	1224	1399	2623
1992/1993	1431	1592	3023
1993/1994	1499	1800	3299
1994/1995	1286	1586	2872
1995/1996	1252	1585	2837
1996/1997	1411	1735	3146
1997/1998	1226	1520	2746
1998/1999	1213	1512	2725
1999/2000	1020	1249	2269 *
2000/2001	880	1139	2019
2001/2002	825	1118	1943
2002/2003	947	1325	2272

* (neues Erfassungskriterium)

2004 erscheint in der nächsten Berichtsperiode

5.3.1.2. Besucherzahlen in den Beratungs- und Informationszentren (BIZ)

Statistikjahr	BIZ-Besucher
1990/1991	5000
1991/1992	7000
1992/1993	9000
1993/1994	10000
1994/1995	12000
1995/1996	14000
1996/1997	16800
1997/1998	16200
1998/1999	16500
1999/2000	17000
2000/2001	17500
2001/2002	18500
2002/2003	17900

2004 erscheint in der nächsten Berichtsperiode

Zu den Hauptdienstleistungen in den BIZ gehören neben der Möglichkeit zur Selbstinformation auch die Ausleihe von Dokumentationsmaterial sowie die Vermittlung von Adressen für Lehrstellen und sonstige Ausbildungsstätten. Sehr stark benutzt wurde das Angebot von Kurzberatungen während der Öffnungszeiten des BIZ und von Auskünften zu spezifischen Fragen schulischer und beruflicher Ausbildungsgänge. In obiger Statistik noch nicht erfasst sind die zahlreichen Gruppenführungen im BIZ z.B. von Schulklassen im Rahmen der Berufswahlvorbereitung, Erwerbslosengruppen oder anderen Interessierten.

6. Amt für Kultur und Sport

6.1. Amtsleitung/Kunst- und Kulturförderung

Im Herbst 2004 begannen die Arbeiten für die Um- und Sanierungsbauten der Nebengebäude auf Schloss Waldegg, nachdem der Kantonsrat im Vorjahr die Umsetzung von Projekt SO+ Massnahme Nr. 22 und den damit verbundenen Objektkredit beschlossen hatte. Im Berichtsjahr wurde die Fortschreibung der solothurnischen Kantongeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts zuhanden des Regierungsrates vorbereitet. Damit verbunden ist die Festlegung der Projektorganisation und die Beschlussfassung über den Rahmenkredit für das Gesamtprojekt sowie die Kreditfreigabe für die Realisierung von Teilband IV.2. Die Einwohnergemeinde Solothurn kündigte vorsorglich per Ende 2006 den Vertrag vom 27. Juni / 21. November 1995 über den Betrieb der Zentral-

bibliothek Solothurn zwischen Stadt und Kanton. Die im Geschäftsjahr dazu aufgenommenen Verhandlungen konzentrieren sich auf die Ausarbeitung eines neuen Verteilschlüssels, nach welchem die Kosten zwischen Stadt und Regionsgemeinden aufgeteilt werden sollen.

Die Gremien des Kantonalen Kuratoriums für Kulturförderung tagten im Berichtsjahr insgesamt 42 mal. Schwerpunkt der Kuratoriumsarbeit lag auf der Bearbeitung der Gesuche von Kunstschaffenden und Kulturvermittelnden. In der Berichtsperiode wurden 16 Solothurner Kulturschaffende mit Förder- und Auszeichnungspreisen geehrt. Am 1. Juli 2004 wurde die neue Verordnung über das Kuratorium für Kulturförderung in Kraft gesetzt. Das musikalische Förderprojekt «Klangserve» konnte in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Solothurn umgesetzt werden. Schulklassen mit ihren Lehrerinnen und Lehrern arbeiteten zusammen mit je einem Komponisten und einem Musiker. Am 10. Dezember 2004 fand das erste Konzert mit vier Schulklassen statt. Am 9. Dezember 2004 fand auf Schloss Waldegg die Preisfeier zum Literaturwettbewerb «Kantonaler Preis für junge Literatur» statt. Insgesamt 198 Jugendliche und junge Erwachsene hatten sich daran beteiligt. Damit wurde ein kantonsrätliches Postulat aus dem Jahr 2003 umgesetzt.

6.2. Schloss Waldegg (Museum, Begegnungs- und Kulturzentrum)

Die Gemeinde Feldbrunnen-St.Niklaus finanzierte für die Museumssammlung den Ankauf einer wertvollen Silberschale aus dem 17. Jahrhundert. Im Herbst wurde im Zusammenhang mit dem Jubiläum zum 5-jährigen Bestehen der Musikakademie eine kleine Ausstellung mit Fotografien von Franz Gloor organisiert.

Zu den Höhepunkten im Betriebsjahr zählten die Verleihung der Werkjahrbeiträge, die kantonale Schultheaterwoche und die in den Sommerferien erfolgreich durchgeführten 5. Meisterkurse auf Schloss Waldegg.

Das Begegnungszentrum führte 2004 das Schwerpunktthema «Integration» weiter und organisierte in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen eine Fachtagung sowie einen Begegnungsanlass. Das Begegnungsfest, durchgeführt zusammen mit dem Bauernverband, stand unter dem neuen Schwerpunktthema «Zusammenhalt im Kanton».

Wegen Umbauarbeiten war ein Rückgang der Anlässe und der Besucherzahlen zu verzeichnen.

6.3. Museum Altes Zeughaus

Im Rahmen des Projektes «Harnischsammlung» wurden im Berichtsjahr 120 Harnische konserviert.

Als Sonderausstellungen wurden «Das studentische Portrait» mit einer Dokumentation und «schweiz total» gezeigt. Mit dem Heft 20 der Schriftenreihe des Museums «Stangenwaffen im Museum Altes Zeughaus» konnte ein Teil der Sammlung publizistisch bearbeitet und veröffentlicht werden. Im Museum Altes Zeughaus fanden u.a. 6 Vorträge des Historischen Vereins des Kantons Solothurn statt. Mit dem «Familihtag» (2.5.2004) und der internationalen Tagung der «Gesellschaft für Waffen- und Kostümkunde» (30.9.2004–2.10.2004) wurden zwei weitere erfolgreiche Anlässe durchgeführt. Bis Ende Dezember verzeichnete das Museum 17 599 Besuchende (Vorjahr 15 881), was einer Zunahme von 11% entspricht. Die Sammlung wuchs um 21 Nummern.

6.4. Kantonale Sportfachstelle

Im zweiten Jahr mit den neuen Weisungen und Bestimmungen von Jugend + Sport haben über 26000 Jugendliche zwischen zehn und zwanzig Jahren an einem J+S-Angebot der solothurnischen Vereine, Schulen und Organisationen teilgenommen. Dadurch konnten vom Bund über 1,17 Mio. Franken an diese Institutionen ausbezahlt werden.

Das Kursangebot in der Kaderbildung umfasste 36 Kurse und war wiederum mit den Kantonen und dem Bundesamt für Sport gut koordiniert.

Die kantonalen Sportpreise 2004 wurden am 25. Mai in Grenchen im Rahmen einer würdigen Feier an 13 Preisträgerinnen und Preisträger vergeben.

6.5. Zentralbibliothek Solothurn (Stiftung)

Wesentliche Ereignisse 2004 waren: der auf die Initiative von Frau Landamann Ruth Gisi durchgeführte erste kantonale Bibliothekssonntag, die Publikation der Festschrift zum 70. Geburtstag von Prof. Dr. Rolf Max Kully, die Veröffentlichung eines neuen Sagenbandes von Elisabeth Pfluger und die Herausgabe einer Geschichte des Stadttheaters. Alle drei Werke erschienen in der Reihe «Veröffentlichungen der Zentralbibliothek». Einzelheiten können dem Jahresbericht der Stiftung entnommen werden.

6.6. Entwicklungshilfe

2004 unterstützte der Kanton mit Fr. 80 000.– vier Projekte im Ausland und mit Fr. 20 000.– ein inländisches Projekt.